Die KPD zu den Hamburger Wahlen — Seite 3

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 45 vom 6.11.1981 | 15. Jahrgang | 1 DM

Preissteigerungen über 7 Prozent!

WIESBADEN. — Die monatliche Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes kündigt die höchste Preissteigerungsrate seit sechs Jahren an: in zwei Bundesländern, NRW mit 7,2 und Bayern mit 7,1 Prozent, liegt die Teuerung bereits klar über sieben Prozent. Davon sind alle Bereiche des Lebens betroffen. Wurde bisher immer behauptet, es sei allein die Preistreiberei der Ölmultis, die die ständig anwachsenden Teuerungsraten hervorrufen würde, so ist dies gerade durch die Oktoberzahlen widerlegt. Denn in diesem Monat stieg der Benzinpreis — ausnahmsweise — nicht an, und trotzdem erhöhten sich die allgemeinen Preise um 0,5 Prozent.

Und es wird auch sehr deutlich: wenn Brot bis zu 3,70 Mark und Butter bis zu 2,70 Mark kostet — dann werden die Rekordprofite der Nahrungsmittelmonopole erklärlich. Wer die Entwicklung der Mieten betrachtet, kann es sich ja vorstellen, wie anderswo verdient werden muß, wenn sich die Versicherungswirtschaft, größter „Häuslebauer" im Lande, beklagt, die Gewinnspanne liege bei Mietshäusern zu niedrig — nur bei 6 bis 7 Prozent.

7 Prozent Preissteigerung bei über 1,2 Millionen Arbeitslosen. Das beweist nicht nur das Scheitern der Wirtschaftspolitik, die vor zehn Jahren noch alle Übel des Kapitalismus sanieren können sollte. Das beweist auch, daß die westdeutsche Wirtschaft sich in einer tiefen Wirtschaftskrise befindet, am Beginn einer solchen Krise, wie es sie seit langen Jahren nicht mehr gab. Und es zeigt, daß in dieser Situation die Unternehmer alles tun, um die Krisenfolgen auf die arbeitenden Menschen abzuwälzen.

Da wird nicht nur Politik und Verwaltung zum Sozialabbau mobilisiert, da wird nicht nur selbst voll hingelangt, was die Preistreiberei betrifft, da wird auch jetzt bereits eine riesige Kampagne zum Lohnabbau organisiert.

Wenn in Nordrhein-Westfalen die Teuerungsrate mit 7,2 Prozent am höchsten ist, in dem Bundesland also, in dem es immer noch die größte Industrie- und Arbeiterkonzentration gibt, so zeigt das, wer am meisten unter dieser Entwicklung zu leiden hat.

Zur selben Zeit, als diese Teuerungsrate offiziell bekannt gegeben wird, wird auch der Abschluß, den die Gewerkschaft NGG für die Brauindustrie in NRW vollzogen hat, bekannt: 5 Prozent mehr Lohn für die Brauereiarbeiter. Das ist schon auf dem Papier ein Lohnverlust von zwei Prozent. Forderungen, die wie von verschiedenen Vertrauensleutegremien, etwa bei Peine/Salzgitter, erhoben wurden, nach 8,5 Prozent mehr Lohn plus 1,5 Prozent Nachschlag zum Ausgleich für die Vorjahrsverluste, erscheinen in diesem Zusammenhang gerechtfertigt und eher bescheiden.

Bei den Unternehmern haben solche Forderungen Hysterieanfälle ausgelöst. Sie treffen alle Vorbereitungen, den Kampf um einen vollen Lohnstopp zu führen. Der Verband der sogenannten Metallarbeitgeber hat sich extra dafür an der Spitze umorganisiert, um möglichst geschlossen Front gegen die Arbeiter machen zu können.



Seit Montag letzter Woche hat die Belegschaft der Vereinigten Deutschen Metallwerke den Betrieb besetzt. Die Kollegen kämpfen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. VDM beschäftigt 1 700 Menschen. Laut Beschluß der Konzernbosse soll VDM bis 31. März nächsten Jahres stillgelegt werden.

VDM-Belegschaft steht im Kampf gegen Stillegung

„Dieser Betrieb ist besetzt"

FRANKFURT. — Seit Montag letzter Woche (26. Oktober) hält die Belegschaft des Frankfurter Stammwerks von VDM (1 700 Beschäftigte) in Frankfurt-Heddernheim den Betrieb besetzt. Die Werkstore sind blockiert, und die gesamte Produktion liegt still. Zu der großartigen Kampfaktion kam es gegen den Willen der IGM-Ortsverwaltung und der Betriebsratsspitze von VDM. Die VDM-Belegschaft kämpft um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Laut Beschluß des Werksvorstands soll VDM bis zum 31. März nächsten Jahres stillgelegt werden.

Die Besetzung entwickelte sich aus einer Belegschaftsversammlung, die am Montag letzter Woche um 13 Uhr auf dem Werksgelände begann, und zwar unter freiem Himmel, denn die VDM-Bosse hatten sich geweigert, der Belegschaft eine Halle zur Verfügung zu stellen. Unmittelbarer Anlaß für die Besetzung war das provokatorische Verhalten des Werksvorstands, der sich noch nicht einmal bereit zeigt, über einen von der IG Metall vorgelegten Sozialplanentwurf ernsthaft zu verhandeln.

Im Verlauf der erwähnten Versammlung marschierten die Arbeiter zu den Werkstoren, verriegelten sie mit Ketten und erklärten den Betrieb für besetzt. **„Dieser Betrieb ist besetzt"** steht seither auf Plakaten, die an den beiden Werkstoren aufgehängt wurden. Kein Fahrzeug kann mehr die Tore ohne Erlaubnis der Arbeiter passieren. Im Laufe des Nachmittags schloß sich die gesamte Belegschaft der Aktion an. Man begann sich auf einen langen Kampf einzurichten.

In der ersten Nacht hielten ca. 100 Mann im Werk die Stellung. Sie nächtigten zum Teil in Schlafsäcken. In dieser Nacht erstellten die Kollegen auch ein Flugblatt für die Frühschicht. Die Kollegen der Frühschicht wurden in diesem Flugblatt aufgefordert, ihre Karten zu ste-

Fortsetzung auf Seite 4

Veranstaltungsreihe der KPD

Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau

Hamburg: 5.11., 19.00 Uhr, Gaststätte Jarrestadt, Jarrestraße 27, Hamburg 60.

Bremen: 6.11., 20.00 Uhr, Gaststätte Eder, Ecke Thedinghauser Straße/Gottfried-Menken-Straße.

Stuttgart: 6.11., 20.00 Uhr, Gaststätte Friedenau, Rotenbergstraße, Stuttgart-Ost.

Weinheim: 6.11., 20.00 Uhr, Gaststätte Weschnitztal, In der Birkenauer Talstraße 57.

Karlsruhe: 11.11., 20.00 Uhr, Linkskurve, Goethestraße.

Westberlin: 13.11., 19.00 Uhr Tarantel, Neukölln, Karl-Marx-Straße 131 (U-Bahn Karl-Marx-Straße).

Köln: 20.11., 19.00 Uhr, Mathildenhof, Köln-Deutz, Mathildenstraße.

Grußadresse der KPD

An die Vertauenskörperleitung von VDM/Heddernheim

Liebe Kolleginnen, liebe Koliegen von VDM!

Mit großer Sympathie haben wir die Nachricht von Eurem mutigen und beispielhaften Kampf aufgenommen.

Die VDM-Kapitalisten wollen Eure Arbeitsplätze vernichten und Euch mit einem Almosen abspeisen. Ihr habt ihnen die richtige Antwort erteilt: Betriebsbesetzung, Streik. Kein noch so guter Sozialplan kann den Verlust Eurer Arbeitsplätze ersetzen.

Auf breiter Front sind Unternehmer und Regierung zum Angriff gegen die Arbeiter und Werktätigen angetreten: Massenentlassungen, Betriebsschließungen, Lohn- und Sozialabbau. Auf unseren Schultern wollen sie die Folgen der von ihnen verschuldeten Krise abladen.

Tausende und Abertausende Arbeiterfamilien sind — wie Ihr — in ihrer Existenz bedroht. Voller Sympathie und Hoffnung blicken sie jetzt auf Euch, Euer Kampf kann die Pläne der Unternehmer durchkreuzen. Ihr straft alle diejenigen Lügen, die uns weismachen wollen, in der Krise könnten wir nicht kämpfen, da seien uns die Hände gebunden.

Ihr habt den Kampf trotzdem aufgenommen und damit ein Zeichen gesetzt für die gesamte Arbeiterklasse. Ihr seid die Ersten, aber ihr werdet nicht die Einzigen bleiben.

Bleibt einig und standhaft in Eurem mutigen Kampf, bis Eure Forderungen voll erfüllt sind! Ihr habt jetzt die Macht dazu in Euren Händen, wir werden Euch dabei mit allen uns verfügbaren Mitteln unterstützen.

Mit solidarischen kämpferischen Grüßen

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

(Mit gleicher Post überweisen wir Euch 500,— DM für Euren Fonds).

8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens eröffnet!

Am Sonntag, dem 1. November, wurde in Tirana, Hauptstadt der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, der 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens eröffnet. Die Eröffnung des Parteitags fällt zusammen mit dem 40. Gründungstag der Partei, die das albanische Volk im nationalen Befreiungskampf ebenso siegreich anführte wie beim Aufbau des Sozialismus.

Zwei Ereignisse werden im Mittelpunkt stehen: Der Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees der PAA seit dem letzten Parteitag 1976, den der Erste Sekretär des ZK, Genosse Enver Hoxha, halten wird. Und die Direktiven des Parteitags zum 7. Fünfjahrplan, die von Ministerpräsident Mehmet Shehu, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees, vorgetragen werden.

An dem Parteitag nehmen neben den Delegierten der albanischen Kommunisten auch zahlreiche Gastdelegationen aus allen Kontinenten teil, Vertreter wahrhaft kommunistischer Parteien und revolutionärer Organisationen. Darunter auch eine Delegation der KPD unter Leitung des Genossen Ernst Aust. Wir werden im nächsten „Roten Morgen" ausführlich über den Parteitag berichten.

Am Sonntag begann nach der offiziellen Eröffnung die Verlesung des Rechenschaftsberichts des ZK. Bereits vor Eröffnung des Parteitags hatte der Genosse Enver Hoxha für die anwesenden Gastdelegationen einen Empfang gegeben.

Über die Arbeiten des Parteitags und seinen Verlauf informiert die ganze Woche über Radio Tirana (Zeiten und Wellen siehe Innenseiten).



Der Kulturpalast von Tirana, in dem der Parteitag stattfindet

Kommentar der Woche

Noch bevor der nach der Sommerpause von den Bonner Koalitionsparteien ausgekungelte Entwurf für den Bundeshaushalt 82 überhaupt in Kraft getreten ist, tauchte in den vergangenen Wochen schon die erste Finanzierungslücke auf. Über ihre tatsächliche Höhe ist ein Verwirrspiel betrieben worden — inzwischen hat man sich auf etwa acht Milliarden Mark geeinigt —, aber einen handlichen Namen für diese Lücke hat der Bonner Jargon schnell gefunden: das „Zweitloch".

Ein Begriff, der wahrhaft passend, weil ausbaufähig ist. Kann man doch in einigen Monaten die „Entdeckung', eines Drittlochs verkündigen, dann eines Viertlochs usw. Daß es solche neuen Lücken geben wird, erscheint kaum fraglich. Nicht nur deshalb, weil die Daten der wirtschaftlichen Entwicklung für das nächste Jahr noch immer viel zu positiv angesetzt sind. Auch die Militärausgaben werden durch neue maßlose Forderungen der Rüstungskonzerne ihre berüchtigte Dynamik entwickeln. Das haben wir ja etwa bei der Preisexplosion des „Tornado"-Projekts schon erlebt.

Sozialabbau ohne Ende?

Man muß auch kein Prophet sein, um sich heute schon ausmalen zu können, wie denn künftige Haushaltslöcher gestopft werden sollen. Die Bonner Regierung hat das letzte Woche beim Zweitloch exemplarisch vorgeführt. Der erste Griff — wie bei der gesamten seit Monaten betriebenen Sparaktion — galt auch hier wieder den Einkommen der Arbeitslosen: Durch Veränderung der Bemessungszulage wurde faktisch das Arbeitslosengeld insgesamt empfindlich gekürzt. Dann wurde zur Abwechslung auch wieder den beschäftigten Werktätigen in die Tasche gegriffen: Die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um weitere 0,5 Prozent läßt zusätzliche 2,85 Milliarden in die Staatskasse fließen.

Streit in der Bonner Koalition gab es nur um das Vorhaben, bei der Ausbildungshilfe für Schüler 100 Millionen zu streichen. Dieser Plan wurde fallengelassen. Und wer wird nun stattdessen zur Kasse gebeten? Es kann kaum noch verwundern: noch einmal die Arbeitslosen: So wird also Schritt für Schritt und Monat für Monat der Sozialabbau weiter vorangetrieben. Wie hatten doch im Spätsommer die führenden Figuren der Sozialdemokratie noch getönt? Stärkere Schultern müßten mehr tragen als schwächere. Von besonderen Abgaben war die Rede, die auf hohe Einkommen erhoben werden müßten und von anderen schönen Dingen mehr.

All das hat sich inzwischen längst als pure Demagogie, als dreiste Täuschung der arbeitenden Menschen entlarvt. Denn bei jeder Runde im Amoklauf der Bonner Sparkommissare sind es ausschließlich die Werktätigen gewesen, denen immer neueLasten aufgebürdet wurden. Und es sollte sich, wie gesagt, niemand darüber täuschen, daß es nach dem Willen **aller** Bonner Parteien auch in den kommenden Monaten so gehalten werden soll. Wer darüber noch Illusionen hat, der sollte einmal in den Chor der Unternehmer-Bosse und ihrer politischen Interessenvertretung hineinhören, der am Wochenende angestimmt wurde.

Als hätte der brutale Raubbau am sozialen Besitzstand der Werktätigen nicht längst die Grenzen des Erträglichen erreicht, kommentierte BDA-Boß Esser mit beispielloser Unverschämtheit, dieser Sozialabbau sei noch „zu gering" ausgefallen. Seine Kumpane vom BDI jammerten über eine anhaltende „Beunruhigung in der Wirtschaft". Und Vizekanzler Genscher beeilte sich, die armen, verunsicherten Monopolherren wieder zu beruhigen, indem er ihnen „weitere Eingriffe auch in die Leistungsgesetze" versprach. Sein Generalsekretär Verheugen kündigte sogar an, beim nächsten Haushaltsloch werde man nun endgültig mit einer „Systemveränderung" beginnen.

Das alles ist mehr als deutlich. Niemand sollte glauben, daß es nach dem im Rahmen der Haushaltsberatungen vollzogenen sozialen Kahlschlag nun erst einmal eine „Ruhepause" geben würde. Sozialabbau ohne Ende — das ist das Programm der Bonner Koalition. Und im Hintergrund stehen schon die Strauß und Stoltenberg bereit, um dieses schmutzige Geschäft in die eigenen Hände zu nehmen und noch effektiver zu betreiben.

Und da hilft es gar nichts, wenn die DGB-Führer sich alle paar Wochen einmal mit eigenen Vorschlägen an die Bundesregierung wenden oder ihre Forderungen an die Bonner Haushaltspolitik noch einmal wiederholen. Darüber geht auch der Ex-Gewerkschaftsfunktionär Matthöfer mit einem Schulterzucken hinweg. Was not tut, ist jetzt endlich die Einleitung von wirklichen gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen. Nur durch die Mobilisierung der Millionenmassen des DGB kann der Sozialabbau ohne Ende noch gestoppt werden.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Aus Anlaß des Breschnew-Besuchs:

Am 22.11. wird in Bonn für den Frieden demonstriert

Am 1. November fand ein weiteres Treffen von Organisationen der Friedensbewegung statt, auf dem über eine Demonstration aus Anlaß des Breshnew-Besuchs beraten wurde.

Ein neuer gemeinsamer Aufruf war bei Redaktionsschluß noch in Arbeit. Eins aber stand bereits fest: Die Demonstration findet statt!

Die KPD hatte sich bereits kurz nach der Bonner Friedensdemonstation vom 10.10. in einem offenen Brief an die Unterstützer dieser Aktion gewandt, um sie zu einer gemeinsamen Demonstration auch anläßlich des Besuches von Breschnew, Oberhaupts der zweiten imperialistischen Supermacht, zu bewegen. Sie betonte darin, daß der Machtkampf beider Supermächte und ihre Militärblöcke die gegenwärtig größte Bedrohung des Friedens darstellen und die Friedensbewegung deshalb gegen beide kämpfen muß. Dabei verteidigte sie den Kampf für einseitige Schritte zur Friedenssicherung durch die Bundesrepublik. Hinsichtlich des Breshnew-Besuchs rief unsere Partei auf, das Feld nicht den reaktionären Kräften zu überlassen, die mit Sicherheit zu Kundgebungen für die NATO-Politik aufrufen werden, um die in der Bevölkerung vorhandenen Ablehnung der Kreml-Politik für die westliche Kriegstreiberei nutzbar zu machen. In einem weiteren Schreiben hob die KPD hervor, daß es sich hier um eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung handelt.

Unser Aufruf hat innerhalb der Friedensbewegung ein insgesamt positives Echo gefunden. In verschiedenen Friedensinitiativen wurde er diskutiert.

Der Arbeitskreis Frieden Oberhausen zum Beispiel vervielfältigte ihn im Anschluß an eine solche Diskussion und verschickte ihn mit einem Begleitschreiben an „alle Organisationen und Gruppen in Oberhausen, die für Frieden arbeiten". Der Arbeitskreis wird bei der Oberhausener Friedenswoche zu der Aktion aufrufen.

Die Aachener Friedensinitiative nennt in einem Rundschreiben nach dem Treffen vom 18.10., in dem die Jusos und die GRÜNEN entgegen früheren Äußerungen einen Rückzieher gemacht hatten, die KPD neben der VOLKSFRONT die einzige Organisation, die sich nicht nur an einem oder an einzelnen Orten, sondern bundesweit für eine Demonstration ausgesprochen hat. Die Aachener Initiative forderte entschieden eine solche Demonstration. Sie schrieb unter anderem:

„Die Junge Union hat bereits angekündigt, daß sie eine Kundgebung gegen den Breschnew-Besuch machen wird. Es ist andererseits damit zu rechnen, daß die DKP und ihr nahestehende Kräfte Jubel- und Begrüßungskundgebungen machen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß solche Kräfte wie die JU sich vor der Bevölkerung als die einzigen Kämpfer gegen die Aggressionspolitik der SU aufspielen können.

Die Kräfte in der BRD, die die Friedensbewegung als ‚moskauhörig' und ‚auf einem Auge blind' zu diffamieren versuchen, werden durch Jubelkundgebungen der DKP natürlich Auftrieb bekommen, für ihre Versuche, die Friedensbewegung in der Bevölkerung politisch zu isolieren."

Die Aachener wandten sich gegen die Haltung von GRÜNEN und Jusos, stellten die von ihnen angestrebte Beschränkung auf eine Podiumsdiskussion zwischen „Insidern" als ungeeignet heraus und riefen alle Friedensfreunde auf, am 1. November zahlreich zu erscheinen oder ihre Meinung mitzuteilen, denn: „... es sollte im Interesse der Basis der Friedensbewegung liegen, zu entscheiden, wie sie gegen die Politik der SU protestiert."

Etwa 50 Organisationen und Initiativen waren dann am 1.11. zum Treffen gekommen. Es dauerte allerdings geschlagene sieben Stunden, bis man zu vernünftigen Arbeiten kam. Denn so lange hatten es die DKP und ihr nahestehende Kräfte geschafft, mit fruchtlosen Diskussionen, die später in Beschimpfungen der anwesenden Kriegsgegner ausuferten, diese Arbeit zu sabotieren. Auch hier wurde deutlich, wer die Kräfte sind, die die Friedensbewegung wirklich spalten und isolieren wollen.

Bevor es zu den erwähnten Beschimpfungen kam, hatte die DKP versucht, die Demonstration umzuwandeln in eine Pro-Breschnew-Aktion, bei der nur einige kritische Anmerkungen erlaubt sein würden, die aber im wesentlichen von der Bundesregierung ein „Eingehen auf Breschnews Friedensvorschläge" usw. fordern sollte.

Erst am Abend rangen sich auch die GRÜNEN,die die Diskussionsleitung übernommen hatten, zu der Klarstellung durch, daß hier über die Durchführung der Demonstration auf der Basis des vorläufigen Aufrufs, der die Politik der Sowjetunion ebenso wie die der USA kritisiert, geredet werden sollte. Darauf verließen die meisten Anhänger der DKP den Raum.

Etwa 30 Organisationen unterstützten schließlich den Aufruf als Grundlage der Demonstration. Es gab verschiedene Änderungsvorschläge, unter denen nur einer von größerer Bedeutung war: die Jusos verlangten ein stärkeres Gewicht für ihre Forderung nach „Fortsetzung der Entspannungspolitik". Es wurde an diesem Tag noch kein neuer Aufruf formuliert, diese Aufgabe wurde einer Redaktionsgruppe der GRÜNEN übertragen.

Die KPD hatte sich dafür ausgesprochen, den Aufruf so zu lassen, wie er vorlag. Wir sind allerdings auch bereit, im Interesse der gemeinsamen Demonstration den Aufruf zu unterzeichnen, wenn die von den Jusos geforderte Änderung in erträglicher Form vorgenommen wird. Denn das würde an der positiven Stoßrichtung nichts ändern, wenn wir auch klar zum Ausdruck gebracht haben und weiter — auch in Bonn — klar zum Ausdruck bringen werden, daß die sogenannte Entspannungspolitik eine Illusion und Sackgasse ist.

Übrigens war der Juso-Vorstand unabhängig vom Schicksal seines Änderungsvorschlags am 1.11. nicht zu einer konkreten Zusage über eine Unterstützung der Demonstration bereit. Wir sind sicher, daß diese Haltung nicht den Interessen der Juso-Mitglieder entspricht.

Die GÜNEN gestanden voll ein, daß ihre Haltung auf dem Treffen am 18.10., mit dem sie ja auch gegen einen auf dem Parteitag der GRÜNEN gefaßten Beschluß verstießen, an der Basis ihrer Organisation auf heftige Kritik gestoßen ist. Es ist diese Kritik, dieser eindeutige Wille der Mitglieder der GRÜNEN, auch gegen die Kriegspolitik der Sowjetunion zu demonstrieren, der den Bundesvorstand zu der Entscheidung veranlaßt hat, einer solchen Aktion doch noch zuzustimmen und sie mit zu organisieren.

Den Wortlaut des endgültigen Aufrufs werden wir im nächsten RM veröffentlichen.

Wir rufen unsere Leser auf, für eine Teilnahme an der Bonner Demonstration am 22.11. zu werben!

Solidaritätskampagne mit den Kommunistischen Oppositionellen in der DDR

Gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit

Die Aktion des Solidaritätskomitees für die kommunistischen politischen Gefangenen in der DDR, die Besetzung des Bonner Büros der ADN Nachrichtenagentur, hat zu einer wesentlich breiteren Berichterstattung über diese Vorfälle geführt, als sie bisher stattgefunden hatte.

Zahlreiche, zum Teil recht große Berichte in den Tageszeitungen verschiedener Großstädte des Bundesgebiets und Westberlins waren das Ergebnis einer Aktion, die erfolgreich organisiert worden war, um das bisherige totale Schweigen zu durchbrechen.

Und während immer noch Unterschriftenlisten mit Protestunterschriften eingehen, die auf der Bonner Demonstration vom 10. Oktober gesammelt wurden, wird auch die internationale Solidaritätskampagne fortgesetzt.

Bereits in ihrer Septemberausgabe hatte die revolutionäre Zeitung für die türkische Emigration „Emegin Sesi" einen ausführlichen Artikel über die Verhaftung der kommunistischen Oppositionellen in der DDR veröffentlicht. Darin wurde auch zum Protest bei den DDR-Behörden aufgerufen. Auch in der türkischsprachigen Ausgabe des „Roten Morgen" war zum Protest gegen diesen politischen Terror des Honecker-Regimes aufgerufen worden. Aufgrund dieser Aufrufe haben sich auch zahlreiche türkische Kollegen und Kollegen anderer Nationalitäten aus der Türkei in den Protest eingereiht.

Auch auf den gegenwärtig laufenden Versammlungsreihen der KPD wurden zahlreiche Unterschriften gesammelt und Protestkarten verschickt. In verschiedenen Orten verstärkten die Genossen der KPD ihre Anstrengungen zur Solidarität und organisierten verschiedenste Aktionen, um die Öffentlichkeit zu informieren. Immer wieder berichten Genossen dabei von dem großen Interesse, von Neugier aber auch Unglauben über diese Vorgänge. Das zeigt, daß der Boden für eine weitere Verstärkung der Arbeit gut ist.

Organisieren wir die Solidarität!

Wird die Türkeihilfe gesperrt?

BONN. — In der letzten Woche empfahl der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Stimmen der Vertreter aller Parteien die Sperrung der sogenannten Türkeihilfe für 1982, die bisher mit 460 Millionen Mark veranschlagt ist.

Damit reagierten die Bonner Parteien auf den immer breiteren weltweiten Protest gegen die faschistischen Methoden der türkischen Militärjunta. Insbesondere war das Verbot der Betätigung der bürgerlichen Parteien für die Bonner Politiker Grund, etwas mehr auf Distanz zu gehen.

Denn bisher ist Bonn der große Koordinator der sogenannten Türkeihilfe, die im wesentlichen von den NATO-Staaten geleistet wird. 590 Millionen Mark wurden in diesem Jahr bisher aus dem Bundeshaushalt der Kasse der türkischen Faschisten zugeschossen. Davon erst Mitte September dieses Jahres durch ein Regierungsabkommen 130 Millionen Mark Militärhilfe. Und dies war ausgerechnet sozusagen zum Jahrestag des faschistischen Putsches beschlossen worden, als bereits alle Welt das Folterregime Evrens kritisierte.

Der Bundestag, der im Juni einige Bedingungen für die weitere Türkeihilfe gestellt hatte, vor allem eben einen „Demokratisierungsprozeß", mußte damit auf die öffentliche Empörung reagieren, die die türkischen Generale mit ihrer Farce hervorriefen.

Ein Sprecher von Genschers Auswärtigem Amt sagte vor der jetzigen Reise, die Bundesregierung betrachte die Entwicklung in der Türkei „aufmerksam und mit Sorge". Natürlich kann davon keine Rede sein. Bisher war Bonn nicht nur der Hauptgeldgeber der faschistischen Junta, sondern auch Organisator der gesamten finanziellen Stützungsaktionen für die Diktatur. Und auch der sogenannte Demokratisierungsprozeß, der jetzt immer mehr durchschaut wird, wurde in Bonn geboren, wo man die eigene Rolle damit beschönigen wollte. Dieser Scheinprozeß war erst zu dem Zeitpunkt ins Gespräch gebracht worden, als die anfängliche Bonner Behauptung, es handele sich gar nicht um einen regelrechten Militärputsch, immer unglaubwürdiger geworden war.

Jetzt also wird auch diese zweite Variante der Bonner Schutzpropaganda für sich und seine türkischen Schützlinge unglaubwürdig — und das ist es auch, was Herrn Genscher Sorge macht.

Um so mehr müssen alle Antifaschisten und Antiimperialisten unseres Landes die Forderung nach dem sofortigen Stopp der Türkeihilfe erheben, nach ihrem völligen Stopp, denn sie dient ja nur der Erhaltung der faschistischen Herrschaft in der Türkei.

Für ein linkes demokratisches Wahlbündnis in Hamburg!

Erklärung der KPD zur Bürgerschaftswahl 1982 in Hamburg

Mitte nächsten Jahres werden in Hamburg Bürgerschafts- und Kommunalwahlen stattfinden. Zwischen verschiedenen Organisationen in der Hansestadt wird seit einiger Zeit die Bildung eines Wahlbündnisses diskutiert. Der Landesbezirk Hamburg unserer Partei, der schon im Juni einen ersten Vorstoß für ein solches Bündnis unternommen hat, faßte seine Vorschläge in einer Erklärung zusammen, die wir untenstehend nachdrucken. Der erste Teil dieser Erklärung, der die gegenwärtige Situation in der BRD beschreibt, ist in unserem Abdruck weggelassen worden.

Hamburg ist wahrlich keine glückselige Insel, auf die die geschilderte Situation nicht zutrifft. Im Gegenteil: vieles tritt hier in besonders verschärfter Form auf. Hamburg ist eine Stadt,

• in der die Arbeitslosenzahlen inzwischen über dem Bundesdurchschnitt liegen, wobei die Entwicklung noch weitergehen wird, wenn Pläne wie die Stillegung von HDW/Hamburg mit rund 5000 Arbeitsplätzen verwirklicht werden, oder der rapide Abbau von Arbeitsplätzen im Angestelltenbereich (der in Hamburg besonders hoch ist) nicht gestoppt werden...

• wo die Misere im sozialen Bereich deutlich hervortritt: Schulen sollen dichtgemacht werden, die Kinder haben zu wenig Lehrer, im Gesundheitswesen wird an allen Ecken und Enden gespart, keine Freizeitmöglichkeiten für die Jugendlichen, usw...

• wo inzwischen ständig 80000 Menschen auf Wohnungssuche sind, während auf der anderen Seite Mietwucher und Bodenspekulation wuchern...

• die nach München zur zweitgrößten Rüstungsmetropole geworden ist, in der eine Unzahl von Betrieben direkt oder indirekt für die Rüstung produziert, angeführt von der Waffenschmiede Blohm & Voss...

• wo der Polizeiknüppel mehr und mehr das politische Argument des Senats gegen den berechtigten Widerstand der Bevölkerung wird...

Das und vieles andere mehr in einer Stadt, die seit Jahrzehnten von der SPD regiert wird, einer Partei, die sich auch heute noch gerne als Arbeiter- und Reformpartei verkaufen will. Dieser Lack ist längst abgebröckelt — auch in Hamburg. Der Sturz von Klose durch die Rechten in der SPD hat deutlich gemacht, daß nicht einmal in Einzelfragen, wie der Brokdorf-Entscheidung, eine Politik gegen die Interessen der Konzerne innerhalb der SPD möglich ist.

Der Widerstand nimmt zu!

Überall in der BRD nimmt der Widerstand gegen diese Politik zu. Arbeiter besetzen Betriebe, um die Stillegung zu verhindern, Arbeitskämpfe häufen sich und werden zunehmend schärfer — gegen die Sozialpartnerschaftspolitik der meisten Gewerkschaftsführer —, die Friedensbewegung wird immer stärker. Häuser werden besetzt gegen Abriß, Wohnungsnot und Mietwucher, Massenproteste gegen die Zerstörung unserer Umwelt, usw.... Es gibt keinen Bereich, in dem das Kapital seine gewünschte „Friedhofsruhe" durchsetzen kann.

Eine demokratische Massenbewegung quer durch alle Weltanschauungen, politischen Parteien und Organisationen formiert sich. Kräfte, die sich bisher kaum angesehen haben, beginnen miteinander zu sprechen, weil es die gemeinsamen Kampfaufgaben erfordern, und unternehmen auch häufiger gemeinsame Aktionen.

Wir treten ein für eine demokratische Bündnisliste für die Bürgerschaftswahl 1982!

Der Kampf gegen die reaktionäre Politik des Kapitals findet vor allem dort statt — und wird letzlich auch dort entschieden werden —, wo die Menschen leben, arbeiten und studieren: in den Betrieben und Gewerkschaften, im Stadtteil, auf der Straße, in Schulen und Hochschulen. Das ist eine Grundauffassung der Kommunisten, gegen die bürgerliche Auffassung, daß dieser Kampf auf irgendwelche Stellvertreter-Gremien in Parlamenten, Gerichten, Betriebsräten usw. delegiert werden könnte.

Wir sind allerdings der Auffassung, daß eine fortschrittliche, linke Parlamentsmehrheit den Kampf „vor Ort" wesentlich unterstützen und erleichtern kann. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zeigen das sehr deutlich.

Voraussichtlich werden im Juni '82 in Hamburg die Kommunalwahlen und Bürgerschaftswahlen stattfinden. Für eine immer größere Zahl von Menschen quer durch alle Altersstufen und Schichten ist die SPD keine wählbare Partei mehr, CDU und FDP kommen sowieso nicht in Frage. Die KPD ist deshalb von Anfang an dafür eingetreten, daß versucht werden muß, die demokratischen und linken Kräfte dieser Stadt zusammenzuschließen, um vor allem den Werktätigen eine **breite** Alternative zu den bürgerlichen Parteien bieten zu können. Schon am 5. Juni 81 hat deshalb unser Landesverband an 35 in Hamburg vertretene Organisationen einen Brief geschickt, der ein Treffen anregt, um erste Vorstellungen zum Eingreifen in die Bürgerschaftswahlen '82 auszutauschen. Von verschiedenen Seiten sind ähnliche Initiativen ergriffen worden. Verschiedene Initiativen und Arbeitsgruppen haben sich gebildet, um inhaltlich und organisatorisch Vorstellungen zu erarbeiten, wobei auch Genossen der KPD mitarbeiten.

Die KPD ist der Auffassung, daß zuerst die **inhaltlichen Grundlagen** für eine, wie auch immer gestaltete gemeinsame Kandidatur gesucht werden müssen. Erst an zweiter Stelle sollte über einen organisatorischen Rahmen gesprochen werden. Leider ist es so, daß einige Gruppen, wie z.B. die Partei der „Grünen" genau umgekehrt herangehen, möglicherweise, um einer inhaltlichen Diskussion — um zweifellos umstrittene Punkte — aus dem Wege zu gehen. Wir fürchten eine solche inhaltliche Diskussion nicht, und wir wollen mit diesem Papier einen Beitrag dazu leisten.

Vorschläge zur programmatischen Diskussion

Bevor über einzelne Forderungen und Programmpunkte diskutiert wird, muß unserer Meinung nach die Auseinandersetzung über folgende grundsätzliche Fragen geführt werden:

1. An wen richtet sich das Bündnis vor allem?

2. Welches sind die Schwerpunkte des Programms?

Als KPD sind wir der Meinung, daß ein Bündnis sich in erster Linie an die Werktätigen, die Arbeiter und Angestellten unserer Stadt richten muß. Dabei muß es unser Ziel sein, gerade die Teile der Werktätigen anzusprechen, die sich zunehmend auch von der SPD abwenden und im Grunde nicht mehr bereit sind, die SPD noch einmal als das „kleinere Übel" zu wählen.

Deshalb steht für uns der Bereich Betrieb und Gewerkschaft an erster Stelle des Programms, wobei der kompromißlose Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung die dringendste Aufgabe ist. Für ein konsequent linkes Wahlbündnis halten wir die Orientierung auf die Arbeiterklasse für notwendig, da nur duch die Kraft der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen sind — das gilt z.B. auch für den Friedenskampf.



Maidemonstration in Hamburg

Diese Schwerpunktsetzung heißt jetzt aber nicht, daß das Bündnis sich nicht auch für andere Schichten der Bevölkerung, sowie auch für Minderheiten einsetzt, die in unserer Gesellschaft diskriminiert werden. Insbesondere wendet sich ein Wahlbündnis an die werktätige und studierende Jugend, die sich zunehmend von den bürgerlichen Parteien und unserem Staat abwendet, weil dieser ihr zunehmend keine Perspektive und Zukunft bieten kann, ja nicht einmal mehr für jeden einen Ausbildungsplatz. Wir sind allerdings der Meinung, daß ein Wahlbündnis **nicht** durch ein bloßes **Aneinanderreihen** von Gruppen und Forderungen aus den verschiedenen Bereichen bestehen darf, und daß ein Wahlbündnis sich nicht nur als Interessenvertretung der darin beteiligten Organisationen begreifen darf.

Im Interesse des Kampfes gegen die Angriffe des Kapitals, im Interesse des Kampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau zunehmende Unterdrückung, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung ist es notwendig, daß ein linkes Wahlbündis sich die Aufgabe stellt, den Widerstand der Werktätigen gegen diese Politik der Herrschenden durch die Arbeit im Parlament zu unterstützen, dort die Forderungen der Massen auf den Tisch zu bringen, und die Betrugsmanvöver der bürgerlichen Parteien vor der Öffentlichkeit zu entlarven.

Entsprechend dieser Orientierung ergeben sich unserer Meinung nach folgende Schwerpunkte für ein Wahlprogramm:

I. Betrieb und Gewerkschaft
II. Friedenskampf
III. Antifaschistischer Kampf
IV. Wichtige soziale Forderungen und Bereiche wie Wohnung, Schule, Ausbildung, Umwelt, Ausländer etc.

Dabei halten wir es für wichtig, den Zusammenhang herzustellen, zwischen der verschärften Ausbeutung in den Betrieben, dem Sozialabbau, der Unterdrückung nach Innen und der Kriegsvorbereitung zur Expansion nach außen — alles das zusammen ist der Weg des Kapitals in der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus.

Ein gemeinsames ideologisches Dach eines Wahlbündnisses über diese Punkte hinaus halten wir — ob grün oder sozialistisch — für falsch, da es dem Charakter eines linken, demokratischen Wahlbündnisses widersprechen würde. Ein Bündnis hat ja gerade die Aufgabe, Organisationen und Menschen verschiedener Weltanschauung und Ideologie im Kampf um gemeinsame politische Ziele zusammenzuschließen.

Im Folgenden wollen wir jetzt einen Vorschlag für die wichtigsten Forderungen des Wahlprogramms machen. Dabei erheben wir keine Anspruch auf Vollständigkeit oder darauf, daß dieser oder jener Programmpunkt genau so oder so aussehen sollte.

I.

Arbeit für jeden
Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze gegen Massenentlassungen und Stillegungen
HDW darf nicht stillgelegt werden!
Alle Subventionen müssen an die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen gekoppelt werden!
Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Herabsetzung des Rentenalters!
Gesetzliches Verbot der Aussperrung, wenn nötig auch durch Landesgesetz!
Uneingeschränktes Streikrecht
Gegen das Verbot politischer Streiks, Schluß mit der Illegalisierung spontaner Streiks
Streikrecht für Auszubildende und Beamte!
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gegen die besondere Diskriminierung der Frauen im Arbeitsleben!

II.

BRD — raus aus der NATO
Abzug aller fremden Truppen
Keine Stationierung von ABC-Waffen in der BRD
Neutralität der BRD
Weg mit Nachrüstungs- und NATO-Doppelbeschluß
Abbau der Rüstungsproduktion in Hamburg
Hamburg muß eine Stadt für den Frieden werden!
Keine Aufnahme von Panzerproduktion bei HDW!

III.

Verbot aller faschistischer Organisationen, Verbot der Grauen Wölfe
Uneingeschränkte Organisations-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit
Bestrafung aller faschistischer, rassistischer und kriegshetzerischer Propaganda
Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb und in der Öffentlichkeit!
Weg mit den Berufsverboten
Schluß mit der Gesinnungsschnüffelei
Weg mit der undemokratischen 5-Prozent-Klausel
Gegen den Ausbau des Polizei- und Schnüffelstaates

IV.

Gegen Mietwucher und Bodenspekulation, für ausreichenden und menschenwürdigen Wohnraum zu niedrigen Preisen
Kommunales Wahlrecht für Ausländer, Gegen die Diskriminierung ausländischer Mitbürger
Ausstieg Hamburgs aus dem AKW Brokdorf — Brokdorf darf nicht gebaut werden
Kampf dem Bonner Atomprogramm
Für eine ausreichende medizinische Versorgung der Hamburger Bürger — kein Bettenabbau in den Krankenhäusern
Volle Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen
Gegen den Schulentwicklungsplan — für kleinere Klassen
Keine weitere Verseuchung der Elbe, Sanierung der Elbe und der anderen Flüsse auf Kosten der Verursacher, Unterstützung der Elbfischer

Wie und ob diese Punkte durchzusetzen sind, muß im Einzelfall und gemäß der entsprechenden Situation entschieden werden. Wie gesagt: wir haben kein rlei Illusion — sicher im Gegensatz zur Mehrzahl der Werktätigen heute — daß wesentliche Forderungen nur durch eine noch so gute Parlamentsarbeit durchgesetzt werden könnten. Aber sie kann helfen, unterstützen.

Unsere Meinung zur Struktur und Arbeit einer gemeinsamen Liste

Wie eine gemeinsame Liste organisatorisch aussehen sollte, wird im Moment wohl am heftigsten diskutiert, bevor in vielen Bereichen überhaupt mit der programmatischen Diskussion begonnen wurde. Wir wollen hier nicht die verschiedenen Standpunkte darstellen, sondern kurz unsere Vorstellungen darlegen.

• Die KPD tritt grundsätzlich dafür ein, daß möglichst viele fortschrittliche Gruppen und Strömungen — ob organisiert oder nicht organisiert — einbezogen werden sollten. Für uns gibt es keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse innerhalb der demokratischen Bewegung.

• Um das zu erreichen, halten wir ein Bündnis auf der Basis der Einzelmitgliedschaft für sinnvoll.

• Es müssen wirksame Mechanismen eingebaut sein, die den Schutz von Minderheiten garantieren und die Dominanz einzelner Gruppierungen verhindern. („Konsensprinzip")

• Höchstes Organ eines Bündnisses sollte eine Vollversammlung von Mitgliedern und Unterstützern sein.

• Die Mitglieder, Mandatsträger und Gremien sind an das Programm und andere demokratisch gefaßte Beschlüsse zu binden (was außerhalb des Bündnisses vertreten wird, bleibt weiterhin ihre eigene Sache). Wir sind gegen die bürgerliche „Gewissensfreiheit" der Parlamentsabgeordneten.

• Das Wahlbündnis selbst, seine Mandatsträger und seine Gremien sind zu einer regelmäßigen und umfassenden Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis der demokratischen Bewegung und der Hamburger Wählerschaft insgesamt verpflichtet.

• Parlamentsabgeordnete des Bündnisses müssen sich verpflichten, sich von der Vollversammlung abwählen lassen zu können, und ihren Parlamentssitz zur Verfügung zu stellen.

• Es darf keine Ämterhäufung bei Mitgliedern des Bündnisses geben.

Hindernis auf dem Weg zu einem Bündnis: **Der Vorherrschaftsanspruch der „Grünen.**

Wir haben betont, daß wir für ein möglichst breites Bündnis der fortschrittlichen Kräfte eintreten, was auch die Partei der „Grünen" in Hamburg mit einschließt. Ob das möglich sein wird, entscheidet sich vor allem an den gemeinsamen inhaltlichen Positionen. Das heißt für uns allerdings auf keinen Fall, daß wir ein **Bündnis um jeden Preis** suchen! Gewisse Standpunkte und Verhaltensweisen sind für uns unverzichtbarer Bestandteil eines Bündnisses.

Dazu gehört auch, daß wir einen Vorherrschaftsanspruch nicht akzeptieren können — von wem er auch kommen mag. Das widerspricht der Idee eines breiten demokratischen Bündnisses.

Fortsetzung auf Seite 5

Interview mit einem Betriebsrat der Frankfurter Adler-Werke

„Das ist eine Sache, die unglaublich gut läuft"

Der „Rote Morgen" führte am Freitag letzter Woche über die Betriebsbesetzung bei VDM auch ein längeres Gespräch mit einem der oppositionellen Betriebsräte bei den Triumph-Adler-Werken in Frankfurt. Bekanntlich kämpfen die Kollegen bei Adler ebenfalls schon seit Monaten gegen die Absicht der Kapitalisten, die Frankfurter Adler-Werke stillzulegen. Wir können aus Platzgründen leider nur kurze Auszüge aus dem Gespräch wiedergeben.

RM: Wie beurteilst Du die Besetzung bei VDM?
Adler-Betriebsrat: Die ganze Belegschaft steht hinter der Besetzung und alle verhalten sich sehr solidarisch. Jetzt gibt es da keine Spaltung zwischen ausländischen und deutschen Kollegen mehr. Das ist eine Sache, die unglaublich gut läuft. Die VDM-Belegschaft statuiert mit diesem Kampf ein Beispiel nicht nur für Frankfurt sondern für die ganze Bundesrepublik. Das ist sozusagen das erste Mal, daß so etwas in der Bundesrepublik passiert.

RM: Welche Initiativen zur Solidarität mit den VDM-Kollegen habt ihr bei Adler bis jetzt unternommen?
Adler-Betriebsrat: Wir sammeln seit vorgestern bei Adler für die Kollegen von VDM Geld. Gestern haben wir eine Delegation zu VDM geschickt, um unsere Solidarität zu bekunden. Wir wurden mit Jubel empfangen. Wir sagten den VDM-Kollegen, daß auch wir bei Adler unseren Kampf für die Verteidigung unserer Arbeitsplätze weiterführen werden.
RM: Wie kam es zu der Geldsammlung bei Adler?
Betriebsrat: Die Initiative ging von einigen Kollegen aus. Die gingen zum Betriebsratsvorsitzenden und sagten: „Entweder sammelt offiziell der Vertrauenskörper und der Betriebsrat oder wir sammeln auf eigene Faust. Sammeln tun wir aber sowieso". Daraufhin sahen sich der Betriebsratsvorsitzende und der Vorsitzende des Vertrauenskörpers gezwungen, zu sagen: „Okay, wir sammeln offiziell."
RM: Wie siehst Du die Möglichkeiten für weitergehende Solidaritätsaktionen bei Adler?
Betriebsrat: Wir werden versuchen, möglichst bald zu erreichen, daß der Vertrauenskörper einen einstündigen Solidaritätsstreik beschließt. Wenn wir es schaffen, diesen Beschluß herbeizuführen, wird diese Aktion auch laufen.
RM: Das wäre für die VDM-Kollegen bestimmt eine sehr wichtige Sache!
Betriebsrat: Wir werden es schaffen. Bestimmt!

Gespräche vor dem Werkstor

Und der ganze Betrieb stand wie eine Eins

Am Freitagabend letzter Woche machten wir vom „Roten Morgen" vor dem Werkstor des besetzten VDM-Werkes mit einem jüngeren Kollegen ein kurzes Interview. Der Kollege berichtete unter anderem folgendes:

„Vor zwei Wochen, da hatten wir eine Betriebsversammlung. Auf dieser Betriebsversammlung habe ich eine Rede gehalten und am Schluß dieser Rede habe ich gesagt, daß, wenn es halt überhaupt nicht mehr weitergeht, bzw. wenn wir von der Geschäftsleitung überhaupt keine guten Angebote mehr bekommen, daß wir dann den Betrieb besetzen. Ich habe das da zum erstenmal ausgesproche. Ältere Kollegen haben hinterher zu mir gesagt: ,Ja, das war 'ne gute Rede, die du da gehalten hast. Aber das mit der Betriebsbesetzung, das ist doch Utopie, das ist doch Quatsch. Dann kriegen wir vielleicht überhaupt nichts.'

Am vergangenen Montag, also am 26., hatten wir dann diese Betriebsversammlung unter freiem Himmel, weil wir die Halle nicht bekamen. Da haben wir den Personalchef runtergeholt. Von der Geschäftsleitung war sonst niemand da. Wir wollten von denen wissen, wie das jetzt weitergeht mit den Verhandlungen über den Sozialplan. Deswegen sind wir da hochgestürmt und haben den runtergeholt. Der wollte uns dann besänftigen. Sein Arbeitsplatz sei ja auch betroffen, blah blah... Wir sollten doch in Ruhe die Verhandlungen abwarten usw.

Da war dann ein Punkt erreicht, da haben wir so richtig gespürt, daß da nichts mehr war und nichts mehr weitergehen konnte. Da ging dann bei uns ein Gemurmel herum: ,Die Werkstore schließen, blockieren, daß nichts mehr rein und raus kommt...' Das wurde immer lauter und dann hat es ein Kollege ausgesprochen. Der sagte: ,Wir haben hier überhaupt nichts mehr in der Hand!'

Der Zeitpunkt war auch tatsächlich deshalb wichtig, weil immer mehr Maschinen abtransportiert worden sind und auch die ganzen Produkte rausgingen. Wir fürchteten, daß wir überhaupt nichts mehr in der Hand hätten und kein Druckmittel mehr haben würden. Da war es eben die notwendige Schlußfolgerung, den Betrieb zu besetzen.

Und das haben wir dann auch gemacht. Wir, die dazu die Initiative ergriffen haben, waren junge Kollegen. So 30 bis 35 Jahre alt. Die älteren haben ziemlich skeptisch geschaut. Als am Abend der Betrieb immer noch besetzt war, da sind sie dann gekommen und geblieben. Aber immer noch ziemlich skeptisch.

Und dann kam dieser Bürgermeister von Frankfurt an, Martin Berg von der SPD. Der versicherte uns seine ,private Solidarität'. Die Kollegen staunten. Dann ist auch noch der zweite Bevollmächtigte der IG Metall gekommen, der vorher immer gegen eine Besetzung war. Der hat gesagt: ,Ich solidarisiere mich mit euch'.

Wir haben dann in der Nacht noch ein Flugblatt gedruckt. Darin stand: ,Der Betrieb ist besetzt und der Betrieb bleibt besetzt; und der zweite Bevollmächtigte der IG Metall und der Bürgermeister Martin Berg sind gekommen und haben uns ihre Solidarität versichert. Stecht Eure Karten, und zieht Euch um und kommt sofort wieder ans Tor.'

Das haben wir in fünf Sprachen gemacht. Und die Kollegen sind alle gekommen. Der ganze Betrieb stand wie eine Eins. Und das ist bis heute der Fall. Also alle 1 700! Bis heute ruht die Produktion vollkommen im ganzen Berieb und jeder macht da mit."

Wir sprachen dann auch noch mit älteren Kollegen. Einer von ihnen sagte: *„Ich arbeite hier seit über 30 Jahren. Das ist das erste Mal in meinem Leben, daß ich streike".*

Auf unsere Frage, wie sie die Chancen beurteilen, den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu erkämpfen, äußerten diese Kollegen sich ziemlich skeptisch. Gleichzeitig aber sagten sie, sie würden nicht nur für sich selbst kämpfen, sondern ihr Kampf sei *„ein Muster für die ganze Bundesrepublik".*

Als wir uns mit den Worten verabschiedeten „bleibt hart", sagten die Kollegen: *„Wir halten noch drei oder vier Wochen durch, wenn es sein muß, auch wenn wir keinen Pfennig Streikgeld bekommen".*



Grillfest am Haupttor von VDM am Donnerstag abend. Türkische Kollegen haben dieses Fest organisiert. Die Koteletts, die kostenlos ausgegeben wurden, haben die ÖTV-Mitglieder von der Fachklinik Landgraf Friedrich in Friedrichsdorf auf Vorschlag des Betriebsratsvorsitzenden Marian Riebe gespendet.

„Dieser Betrieb ist besetzt"

Fortsetzung von Seite 1

chen und dann sofort wieder ans Tor zu kommen.

Die Frühschicht folgte geschlossen der Aufforderung, sich dem Kampf anzuschließen. Um sieben Uhr konnte ein Sprecher der Besetzer verkünden: **„In allen Abteilungen ruht die Produktion".**

Seitdem lösen sich die Kollegen regelmäßig in drei Schichten bei der Besetzung ab. Die Kampffront hat sich im bisherigen Verlauf der Aktion hervorragend entwickelt und gefestigt. Zugleich rückte auch die Forderung nach dem Erhalt der Arbeitsplätze in den Vordergrund. Es ist klar, daß der Sinn der Besetzung darin liegen muß, die Stillegung des Werkes zu verhindern und den Erhalt aller Arbeitsplätze bei VDM zu erkämpfen.

Seit Monaten ist es bei VDM wiederholt zu Protestaktionen der Belegschaft gegen den Stillegungsplan gekommen (wir haben im RM mehrfach darüber berichtet). VDM, das unter anderem Teile für Automotoren herstellt, die spezielle Metallegierungen erfordern, ist ein Tochterunternehmen des multinationalen Konzerns Metallgesellschaft, der insgesamt 25 000 Beschäftigte zählt.

Die Empörung über den Stillegungsplan wuchs bei der Bevölkerung des Stadtteils Heddernheim und in der VDM-Belegschaft besonders an, als bekannt wurde, daß neben der Absicht der Konzernbosse, Teile der VDM-Produktion ins Ausland zu verlagern auch in Grundstücksspekulationen ein wichtiges Motiv für den Stillegungsbeschluß liegt: Der Verkauf des riesigen VDM-Werksgeländes soll einen Erlös von 400 bis 600 Millionen Mark erbringen! Die Stadt Frankfurt soll am Erwerb des Geländes interessiert sein.

Während die VDM-Belegschaft und eine „Bürgerinitiative für VDM", die sich in Heddernheim gebildet hatte, für den Erhalt der bedrohten Arbeitsplätze kämpfen wollten, akzeptierten die IGM-Ortsverwaltung und die Betriebsratsspitze faktisch den Stillegungsbeschluß. Sie nahmen Verhandlungen über einen Sozialplan auf.

Die VDM-Bosse jedoch machten keine Anstalten, auf das von der IG Metall vorgelegte Modell eines Sozialplans bei den Verhandlungen einzugehen. Sie legten stattdessen einen eigenen Sozialplanentwurf vor, der nur als Provokation und lächerliches Almosen gewertet werden konnte: Der Grundbetrag für die Abfindungen soll bei jämmerlichen 850 Mark liegen; darauf soll ein Zuschlag gewährt werden, der pro Jahr der Betriebszugehörigkeit je nach ihrer Gesamtdauer zwischen 450 und 3 500 Mark liegt.

Sofort, nachdem es zur Besetzung gekommen war, stellte sich den Kollegen natürlich die Frage: Soll die Besetzung etwa nur zur Durchsetzung eines besseren Sozialplans dienen oder muß es nicht vielmehr darum gehen, den von den Bonzen verratenen Kampf gegen die Stillegung und für den Erhalt aller Arbeitsplätze wieder aufzunehmen?

Und die Forderung nach dem Erhalt der Arbeitsplätze rückte sehr schnell in den Vordergrund: „Jetzt sind wir am Drücker", wurde zur Parole der streikenden VDM-Arbeiter.

Auf der anderen Seite aber versucht die Ortsverwaltung der IG Metall, die durch die Besetzung zunächst völlig überrascht wurde, den Kampf jetzt gezielt auf die Frage des Sozialplans zu beschränken. Damit setzt sie unter dem Deckmantel einer heuchlerischen Solidarität mit den Besetzern ihre alte Politik der Sabotage am Kampf der VDM-Belegschaft fort. Dieser Kurs der Bonzen, die Sache auf den Sozialplan zu beschränken, wurde bis jetzt auch von der DKP mitgemacht.

Demgegenüber bemühte sich unsere Partei sofort, den Kollegen den Rücken zu stärken und dazu beizutragen, daß sich die gesamte Belegschaft fest um die Forderung nach dem Erhalt der Arbeitsplätze zusammenschließt. In mehreren Flugblättern, die an die Streikenden verteilt wurden, zeigte die Frankfurter Ortsgruppe der KPD auf, warum dieses Kampfziel richtig und notwendig ist. In einem der Flugblätter, das die Genossen bei den Werksbesetzern verteilten, heißt es unter anderem:

„Da rafft sich eine Belegschaft auf, riskiert alles, organisiert ohne zu zögern eine Betriebsbesetzung, die von Tag zu Tag besser läuft. **Und das alles für den Sozialplan?** Der gesunde Menschenverstand muß einem doch sagen, daß das nicht wahr sein darf!" (...) „Wer ist denn jetzt am Drücker?" (...) „Das Werk ist besetzt. Noch nie gab es eine so geschlossene und entschlossene Belegschaft. Solidarität und die Sympathie der Bevölkerung Frankfurts stehen auf der Seite der VDM-Belegschaft".

Tatsächlich schlug den VDM-Kollegen sofort eine Welle der Solidarität entgegen. Schon in der ersten Besetzungsnacht versorgten die Bewohner von Heddernheim die Besetzer mit heißem Tee. Am Dienstag morgen trafen bereits laufend Solidaritätserklärungen und Spenden ein.

Von Tag zu Tag verstärkt sich diese Solidarität immer mehr! Delegationen von Belegschaften aus anderen Betrieben kamen vor die Tore, darunter auch von den Adler-Werken, die ebenfalls von Stillegung bedroht sind. Theatergruppen wie das „Mobile Rhein-Main-Theater" oder die Frankfurter „Hobelbühne" kamen, um für die streikenden Arbeiter zu spielen. Türkische Kollegen veranstalteten ein Grillfest vor den besetzten Toren, wobei die ÖTV-Mitglieder einer Fachklinik in Friedrichsdorf/Taunus die Koteletts spendeten usw. usf. Auch die Frankfurter Ortsgruppe der KPD spendete 200 Mark. Insgesamt sind bis zum Wochenende bereits ca. 30 000 Mark Spenden eingegangen.

Die Grundlage dafür, daß eine so starke Solidarität so schnell aus ganz Frankfurt sichtbar wurde, liegt darin, daß Arbeitsplatzvernichtung, Massenentlassungen und Stillegungen auch in vielen anderen Betrieben drohen oder durchgeführt werden. Die arbeitende Bevölkerung und die kämpferischen Gewerkschafter in Frankfurt sehen in der VDM-Besetzung zu Recht einen exemplarischen Kampf, der auch sie selbst direkt betrifft.

Dieser konsequente Schritt der VDM-Belegschaft hat tatsächlich exemplarischen Charakter. Genau das ist doch der Weg, um die Kapitalisten das Fürchten zu lehren und sie zu zwingen, von geplanten Angriffen auf die Arbeitsplätze Abstand zu nehmen! Exemplarische Bedeutung hat die Betriebsbesetzung bei VDM nicht nur für Frankfurt, sondern für die Bundesrepublik insgesamt und Westberlin. Nicht umsonst haben die überregionalen Massenmedien die Besetzung von VDM bislang trotz ihres außergewöhnlichen und spektakulären Charakters weitgehend totgeschwiegen! Die Herren haben Angst vor dem Kampf der Arbeiter.

In der Aktion der VDM-Arbeiter steckt politischer Sprengstoff! Wie viele Betriebe gibt es doch heute hierzulande schon, deren Belegschaften von ähnlichen Maßnahmen wie bei VDM bedroht sind, Betriebe, wo unter den Kollegen längst die Diskussion darüber begonnen hat, ob nicht eine Betriebsbesetzung das beste Mittel zur Verteidigung der Arbeitsplätze wäre! Man denke etwa an die Eisen- und Stahlindustrie.

Die VDM-Kapitalisten haben am Mittwoch, also am dritten Tag der Besetzung, den Versuch gemacht, die Kampffront der Belegschaft durch eine brutale Drohung ins Wanken zu bringen: Sie drohten die sofortige Stillegung des Werkes und die Entlassung aller Belegschaftsmitglieder an, falls die Aktion nicht abgebrochen würde. Jedoch schlug die Spekulation der Herren, ein Teil der Belegschaft würde sich einschüchtern lassen, fehl.

Die Streikenden reagierten mit Empörung und noch größerer Kampfentschlossenheit. Sie hatten bereits etwas von der Kraft und Macht ihres Kampfes und von der Solidarität der Arbeiterklasse gespürt.

Auch wenn es vielen VDM-Kollegen vielleicht noch nicht klar bewußt ist, so fühlen sie doch, daß sie die Möglichkeit haben, einen wichtigen Sieg für sich und für die ganze Arbeiterklasse zu erringen. Dies schwingt mit in den Worten, mit denen ein Sprecher der Besetzer unter dem Beifall der Kollegen am Werkstor auf die Drohung der VDM-Bosse antwortete: **„Es gibt kein Zurück mehr, es kann nur noch ein Vorwärts geben."**

Grußadresse der Ortsgruppe Frankfurt der KPD

Am Haupttor des besetzten VDM-Werkes sind mehrere große Tafeln aufgestellt, auf denen die vielen Solidaritätserklärungen angeheftet werden, die ständig bei der VDM-Belegschaft eingehen. Hier hängt auch die Grußadressse der Frankfurter Ortsgruppe der KPD, die zusammen mit einer Spende von 200 Mark überreicht worden und von den Kollegen mit Beifall aufgenommen worden war. Die Solidaritätsadresse der Frankfurter KPD hat folgenden Wortlaut:

„Die KPD solidarisiert sich voll mit Eurem Kampf.

Die Betriebsbesetzung ist die richtige Antwort auf die geplante Vernichtung Eurer Arbeitsplätze und auf die billigen Almosen, mit denen die VDM-Kapitalisten Euch abspeisen wollen.

Euer Kampf hat auch deshalb große Bedeutung, weil es sich schließlich nicht nur um VDM handelt: Massenentlassungen bei Adler, Stellenabbau im öffentlichen Dienst, die beginnende Rationalisierungswelle im Bankbereich trifft Tausende Arbeiter und Angestellte.

Euer Widerstand gibt vielen die Hoffnung, daß man diese unmenschlichen Pläne durchkreuzen kann."



Mit Ketten verschlossen wurden die Werkstore von VDM durch die Arbeiter: „Dieser Betrieb ist besetzt".



LKWs stauen sich vor den blockierten Werkstoren. Hier am Tor 3.



Grundstücksspekulation mit dem Werksgelände von VDM ist eines der Motive der Konzernbosse für die Stillegungsabsicht. Wallmann ist der Frankfurter Oberbürgermeister. Es heißt, die Stadt wolle das Gelände aufkaufen.

Skandalöser IG Chemie-Vertrag

Hauenschild schließt Anti-Warnstreik-Abkommen!

Am selben Tag, da die Metallkapitalisten vor Gericht mit ihrer Klage gegen die Warnstreiks der IG Metall in der letzten Tarifrunde eine Niederlage erlitten, meldete die Presse das bisherige Kabinettstück des Herrn Hauenschild, seines Zeichens Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik. Per Tarifvertrag verzichtet er im Namen seiner Mitglieder(??) auf das Recht, Warnstreiks zu organisieren.

In einem Rahmenabkommen zwischen der IG CPK und dem Arbeitgeberverband Chemie wird festgeschrieben, daß die Friedenspflicht auch für Warnstreiks gilt, bis zum Scheitern von Schlichtungsverhandlungen.

Fünf Jahre lang soll dieses Antistreikabkommen gelten, mit dem den Chemiearbeitern die Möglichkeit genommen werden soll, für ihre Forderungen eine Kampffront aufzubauen, Aktionen ohne Hauenschilds Segen zu unternehmen, mit dem ausgerechnet auch noch den reichsten Monopolen, den westdeutschen Chemieriesen die Streikfreiheit garantiert wird!

Zu einem Zeitpunkt, wo die Unternehmerverbände aller Branchen eine Offensive gegen das Streikrecht durchführen, wo gerade Warnstreiks als illegal diffamiert werden sollen, da fällt also Hauenschild nicht nur den Chemiearbeitern, sondern der ganzen westdeutschen Gewerkschaft, mit seinem „Separatburgfrieden" in den Rücken.

Die massive Propaganda, die von den Unternehmern und den sozialpartnerschafltich ausgerichteten Gewerkschaftern gemacht wird, in der Krise könne man sowieso nicht streiken, scheint ihnen in ihrer Wirkung nicht zu genügen. Wenn dies so wäre, dann wären ja wohl all diese Bemühungen der Kapitalisten, für die sie Hauenschild eingespannt haben nicht nötig.

Auf einer Tagung in Düsseldorf

Unternehmer gegen neues Arbeitsschutzgesetz

DÜSSELDORF. — Anfang Oktober, auf dem Kongreß Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Düsseldorf, haben die Vertreter der Unternehmerverbände ganze Breitseiten gegen ein neues Arbeitsschutzgesetz abgefeuert. Dabei handelt es sich gar nicht darum, ob der Entwurf von SPD-Minister Ehrenberg gut oder schlecht — und vor allem, für wen er gut oder schlecht ist —, sondern die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erklärte sich grundsätzlich gegen ein neues Gesetz.

Aufgabe des Arbeitsschutzgesetzes müsse es bleiben, so forderte BDA-Vertreter Werner Dotsch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer dieser Kapitalistenorganisation, Unfälle zu verhindern. Dies habe die bisherige Gesetzgebung geleistet, deshalb brauche es kein neues Gesetz. Und vor allem dürfe solch ein Gesetz sich nicht mit der Gestaltung der Arbeitsplätze befassen.

Worauf diese Herren zielen ist klar. Ihre verlogenen Statistiken über Rückgang der Arbeitsunfälle und Krankheiten entstehen ja dadurch, daß beispielsweise Asbesttote nicht als Opfer von Arbeitskrankheiten betrachtet werden. Und darauf, daß Unfälle nicht mehr als Unfälle, sondern als Krankheiten oder bestenfalls Wegeunfälle dargestellt und gemeldet werden.

Um was es ihnen jetzt geht, ist zu verhindern, daß beispielsweise die geltende Arbeitszeitordnung, die von der Nazi-Kriegswirtschaft eingeführt wurde, verändert wird. Um was es ihnen weiter geht ist, eine genauere Bestandsaufnahme der Zustände an den Arbeitsplätzen und ihrer langfristigen Auswirkungen auf die Arbeiter zu verhindern.

Um was es ihnen vor allem geht, ist unbehindert schalten und walten zu können. Natürlich haben solche Leute, die von der Arbeit anderer leben und sich an ihren Schreibtischen und auf ihren Konferenzen höchstens Schwielen an den Hintern sitzen, nichts im Sinn mit dem Arbeitsschutz oder mit Beschränkung der Höchstarbeitszeit oder einem Asbestverbot — all dies könnte ja ihre Profite beschneiden.

Lohnrunde Seehafenbetriebe

ÖTV-Führung will nur 6,5 Prozent fordern!

HAMBURG/BREMEN. — Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat für die Lohnrunde in den Seehafenbetrieben eine „Forderungsempfehlung" ausgesprochen: Nur 6,5 Prozent sollen die Hafenarbeiter fordern dürfen! Damit hat erstmalig eine Gewerkschaftsführung eine Lohnforderung auf den Tisch gebracht, die deutlich unter der Preissteigerungsrate liegt.

In einem Extrablatt vom 30. Oktober 1981 nimmt **„De Anstorm"**, Zeitung der Betriebszelle Hafen der KPD in Bremen, zu dieser arbeiterfeindlichen Entscheidung des ÖTV-Vorstands Stellung. Unter der Überschrift „10 Prozent müssen es diesmal mindestens sein!" heißt es in dem Extrablatt unter anderem:

„Tatsächlich aber sind die Funktionäre von der ÖTV auf die Unternehmerlinie Lohnverzicht voll eingeschwenkt. Wissen diese Leute da oben denn nicht, was das für uns bedeutet?

Kann schon sein bei den Gehältern, die sie als Bonzen beziehen! Mit diesem Forderungsvorschlag jedenfalls, Kollegen, handelt der ÖTV-Vorstand frontal gegen die Interessen der Hafenarbeiter.

Tarifverhandlungen sind nicht dazu da, daß sich Gewerkschafts- und Unternehmervertreter gemeinsam Gedanken machen, wie der Karren der Unternehmer am besten läuft. (...)

Kollegen, noch ist nichts gelaufen. Wenn wir jetzt unsere Forderung nach 10 Prozent geschlossen in allen Seehafenbetrieben vertreten, wenn wir aufpassen, daß nicht wieder Hamburg und Bremen gegeneinander ausgespielt werden, dann ist das der erste Schritt zum Erfolg. (...)

Zumindest in einem größeren Stauereibetrieb, nämlich Sundmäker, und in einigen Schuppen im Überseehafen, haben die Kollegen auf Belegschaftsversammlungen die Forderung nach 10 Prozent schon aufgestellt und ihre Betriebsräte und Vertrauensleute verpflichtet, dafür einzutreten."

Auch in Hamburg stößt die Forderungsempfehlung der ÖTV-Bonzen auf heftigen Protest. Die Hafenbetriebsgruppe der RGO in Hamburg hat ein Flugblatt herausgebracht, in dem es dazu heißt:

„Was soll das denn heißen? Geht die Inflation an uns vorbei? Brauchen wir keinen Ausgleich dafür? Das ist doch wohl das mindeste, was die Tarifkommission für uns als **Ergebnis** herausholen muß. Dafür muß die Forderung aber schon mindestens 10 Prozent heißen!"

In dem Flugblatt wird berichtet, daß auf Belegschaftsversammlungen in verschiedenen Hamburger Hafenbetrieben 200,— DM Festgeld oder 9,5 bis 10 Prozent als Lohnforderung aufgestellt wurde.

Für ein linkes demokratisches Wahlbündnis in Hamburg!

Fortsetzung von Seite 3

Die Partei der „Grünen" — zumindest die Führer der Gruppe Z — hat diesen Führungsanspruch ziemlich dreist angemeldet: „Wenn ihr nicht so wollt, wie wir, dann läuft es ohne uns!" Offen wird von vornherein eine „50%-Beteiligung" in den Parlamenten und Gremien eines Bündnisses gefordert — unabhängig von Mitgliederstärke und Einfluß.

Das ist Proporzdenken, Postendenken, wie wir es sonst nur aus den bürgerlichen Parteien kennen. Selbst wenn die „Grünen" tatsächlich die Hälfte der demokratischen Bewegung darstellen würden, wäre für uns ein derartiger „50%-Vertrag" ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft und schwerlich zu akzeptieren. In Wirklichkeit stellen die „Grünen" innerhalb der demokratischen Bewegung — vor allem von der tatsächlich geleisteten Arbeit **zwischen den Wahlen** in den verschiedensten Bereichen — nur eine Minderheit dar, wie sie auch selbst zugeben müssen. Womit ein Teil der „Grünen" offensichtlich pokert, ist die Tatsache, daß verschiedene Wahlen gezeigt haben, daß alleine das Etikett „grün" ein bestimmtes Wählerpotential auf sich zieht.

Nur: für uns als KPD ist nicht das Entscheidende, wieviele Stimmen ein Bündnis letztendlich bekommt. Wichtiger als der Wahltag ist, daß sich die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte sammeln, um **gemeinsam** die verschärften Angriffe des Kapitals in allen Bereichen zurückzuschlagen.

Der Grüne Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP

Die Partei der Grünen hat beschlossen, keine gemeinsamen Bündnisse mit der DKP einzugehen aufgrund politischer Differenzen in wesentlichen Fragen, wie der Einschätzung des Systems in der DDR oder des Kampfes gegen die Atomenergie in Ost und West.

Nun halten wir es erst einmal für verständlich und auch für absolut notwendig, daß diese unterschiedlichen Positionen benannt und auch diskutiert werden. Auch wir als KPD halten die Auffassung und das Programm der DKP in grundsätzlichen Fragen für falsch und stimmen damit nicht überein. Dabei geht es uns hier nicht um eine Diskussion über die Prinzipien des Kommunismus, sondern um Fragen, die im Kampf für den Frieden, gegen das Atomprogramm oder auch im antifaschistischen Kampf eine wichtige Rolle spielen. Z.B. wenn die DKP zwar die Hochrüstung der NATO und der USA angreift, uns aber die Aufrüstung und imperialistische Außenpolitik der UdSSR (Beispiel Afghanistan) als friedliebend verkaufen will.

Wir halten es aber für falsch, die DKP per Beschluß von vornherein auszuschließen, um damit das Problem scheinbar organisatorisch aus der Welt zu schaffen. Die entscheidende Frage ist doch: „Ist die DKP bereit, die programmatischen Punkte eines möglichen Wahlbündnisses mitzutragen oder nicht?" — Darum muß die Auseinandersetzung geführt werden — und dies sicher nicht nur mit der DKP. In der inhaltlichen Auseinandersetzung über ein Wahlbündnis muß sich herausstellen, welche Kräfte dieses Bündnis mittragen und unterstützen — irgendwelche Unvereinbarkeitsbeschlüsse schaden nur dieser Diskussion um ein möglichst breites Wahlbündnis.

Wir rufen die Mitlgieder der Partei der „Grünen" ernsthaft auf, jetzt noch das Ruder herumzureißen und für ein möglichst breites Wahlbündnis einzutreten, auch wenn in manchen Köpfen die Alleinkandidatur schon beschlossene Sache zu sein scheint. Ihr solltet Euch überlegen, ob für das Butterbrot einiger Wählerstimmen das Erstarken der demokratischen Bewegung gefährdet werden sollte. Wenn die Haltung der „Grünen" allerdings unverändert bleibt, so meinen wir, daß der Hauptteil der demokratischen Bewegung weiter und verstärkt versuchen sollte, auch ohne die „Grünen" ein alternatives Bündnis zustandezubringen, wofür unserer Meinung nach auch gewisse Chancen bestehen.

Wir werden in diesem Sinne weiterarbeiten, nicht weil wir in „Einheitshudelei" um jeden Preis verfallen — sondern weil wir glauben, daß ein gemeinsames Wahlbündnis auf einer linken, demokratischen Grundlage im Interesse der Werktätigen dieser Stadt ist. Und diesen Interessen fühlen wir uns als Arbeiterpartei verpflichtet.

Die „taz" und die Nazis

Einige überfällige Anmerkungen zu einer „Alternative", die keine ist

NPD-Parteitag in Völklingen

600 Personen erwartet die NPD zu ihrem diesjährigen Parteitag in Völklingen, an diesem Wochenende. Gleichzeitig ist die 10 km entfernte Saarland-Halle von Kämpfern des Afrika-Korps angemietet. Gegendemonstranten wollen sich um 10.00 Uhr am Bahnhof Völklingen treffen. Wäre es richtig, den Parteitag zu verhindern?

Eher einer Anzeige für den Parteitag der Faschisten gleicht dieser Kasten auf Seite 1 der „Tageszeitung" (taz) vom 23.10.81.

Und der Text des angekündigten Kommentars ist entsprechend!

Der Autor des Kommentars — ein Merlin Thionville — beweist in seinen Ausführungen eben die pseudodemokratische „Toleranz", die es den Neonazis bei uns so leicht macht, ihr Unwesen zu treiben. Eine „Toleranz", die sich in nichts von der des Staates unterscheidet, wenn er seine Weigerung begründet, gegen die Nazis vorzugehen.

So heißt es in der taz u.a.:

„Es soll hier nicht untersucht werden, ob Nationaldemokraten nun Faschisten sind oder nur gestrige Reaktionäre, ob also hier nicht, wie schon so oft, mit dem Begriff des ‚Antifaschismus' inflationäres Schindluder getrieben wird. Vielmehr soll gefragt werden, warum es hierzulande von Teilen der Linken und Radikaldemokraten für sinnvoll erachtet wird, politische Meinungen zu unterdrücken.

Warum scheint es nötig, die Gruppen der nichtmilitanten Rechten aus der bei Berufsverboten so unerbittlich verteidigten Meinungsfreiheit auszugrenzen? Halten die NPD-Gegner ihre Argumente für so schwächlich, daß sie sich lieber nicht in die politische Auseinandersetzung begeben wollen?"

In diesem Kommentar vermengen sich Fragen, die viele Menschen haben, die sich mit den Nazis nicht auskennen, mit offensichtlichen Unsinnigkeiten. Wenn man das ganze auch noch am „linken", am „alternativ-fortschrittlichen" Anspruch der taz mißt, wird klar: dieser Anspruch besteht zu Unrecht.

Im Klartext fordert hier die taz nichts anderes als: Freiheit für die faschistische Propaganda. Sie billigt somit den Faschisten den Status von Demokraten zu, etwas extrem vielleicht, aber immerhin.

Es ist keine Frage von besseren oder schlechteren Argumenten, ob man die Nazis in den Kreis derer einbezieht, mit denen man sich ausschließlich mit dem Mittel des friedlichen Meinungskampfes auseinandersetzt.

Die Auflösung aller Naziorganisationen und das Verbot jeglicher faschistischer Betätigung wurde nach dem zweiten Weltkrieg nicht deshalb völkerrechtlich verbindlich verfügt, weil es keine Argumente gegen sie gegeben hätte. Was gab es da zu diskutieren — die Faschisten hatten geschworen, im Interesse des Kapitals die Welt in Schutt und Asche zu legen, und sie hatten es weitgehend getan. Wollte man die Welt wieder dauerhaft aufbauen, dann ging das nur ohne sie.

Auch der Bruch des Völkerrechts und die Förderung faschistischer Betätigung durch die Herrschenden in Westdeutschland erfolgte nicht, weil es nun wieder bessere Argumente gegen sie gab. Sondern weil man die Nazis noch und wieder brauchte. Weil Hurra-Patriotismus, Ausländer- und Rassenhaß, Obrigkeitsdenken und Sklavenmentalität gefragt waren. Weil man die Faschisten nützliche Dreckarbeit machen lassen kann, von der man sich öffentlich distanziert und deren Ergebnisse man doch ausnutzt. Und so weiter und so fort.

Demokratische Entwicklung und Betätigungsfreiheit für Nazis, Existenzrecht für faschistisches Gedankengut und faschistische Tätigkeit sind unvereinbar.

Dabei stellt die taz in Frage, ob es sich bei der NPD überhaupt um Faschisten handelt. Was für die Redakteure mit Sicherheit nicht wirklich eine Frage ist; zeigt doch selbst eine nicht sehr tiefgehende Beschäftigung mit den Zielen der NPD und dem Auftreten ihrer Aktivisten eine Ähnlichkeit und teilweise Identität mit den Losungen der NSDAP, die nicht zu übersehen ist. Und die taz ist schließlich nicht so unbedarft, sich damit noch nie beschäftigt zu haben. Sie beobachtet und kommentiert die „rechte Szene" schon seit langem.

Kein Zweifel: die taz-Leute wissen es eigentlich besser. Und deshalb wissen sie mit Sicherheit auch, daß selbst ihre Einstufung der NPD als „nichtmilitante Rechte" nicht stimmt.

In dieser Hinsicht aber argumentiert Monsieur Thionville noch weiter:

„Unterschätze ich hier die neue Rechte?

Ich meine nein, denn die Rede war nur von nichtmilitanten Grüppchen wie etwa der NPD. Keineswegs soll man sich mit Wehrsportgruppen und bewaffneten „Volkssozialisten" in demokratischen Dialog begeben. Hier, wo brachiale Gewalt droht, wird man sich wehren müssen. Hier scheint es mir auch kein Fehltritt, notfalls den bürgerlichen Staat mit der Forderung nach Organisationsverbot zu instrumentalisieren."

Hinzufügen müßte man, daß es für die taz in dieser Hinsicht neben bloßen Appellen tatsächlich keine akzeptablen Aktionen gibt; sowohl militanter Selbstschutz als auch die Organisierung des Massenprotestes erscheinen ihr zumindest anrüchig. Und auch eine entscheidende Propaganda in Richtung auf ein Verbot wenigstens der auch von der taz als „militant" akzeptierten Nazibanden wird man in dieser Zeitung vergeblich suchen.

Aber noch ein anderer Punkt ist hier von Bedeutung: sollte die taz das enge Zusammenspiel von NPD und Nazi-Terroristen, die oftmalige Identität der Mitgliedschaft, vor allem die Funktion der NPD als Einstiegsorganisation und „Durchlauferhitzer" für spätere offene Terroristen entgangen sein? — Sicher nicht. Man muß deshalb von einem bewußten In-Schutz-nehmen der Faschisten sprechen, die in dem zitierten Kommentar an anderer Stelle schlicht als „spätreaktionäre Folklore-Gruppen" klassifiziert und damit grob verharmlost werden.

Nehmen wir noch das Beispiel des VSBD-Chefs Busse, der jetzt endlich, nach der Schießerei in Waldperlach, festgenommen wurde. Die Militanz dieses Verbrechers kann auch die taz kaum leugnen, ebensowenig seine politische „Grundausbildung" in der NPD.

In der zitierten Ausgabe der Zeitung beschäftigen sich ein „kk" in einem Artikel und eine Gitti Hentschel in einem Kommentar mit den Geschehnissen bei München. Der Versuch, wenigstens hier tatsächlich den „Staat zu instrumentalisieren" und auf ein Verbot der VSBD zu drängen, findet sich nicht. Lapidar wird festgestellt, daß Tandler den Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht offenbar nicht stellen möchte, und anschließend heißt es: „Das wäre sicher auch nicht die Lösung". Das einzige, was hier bleibt, ist die Feststellung, das der „Neofaschismus zu wenig beachtet" wird. Das will man offenbar ändern; und zwar, um einer „informierten Öffentlichkeit" die „Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus" zu ermöglichen. Was auf dem Niveau der taz-Stellungnahmen allerdings einzig und allein zu fundierten Diskussionen auch mit Busse und seinesgleichen führen könnte.

In dem Kommentar der Gitti H. wird darüber lamentiert, daß zwei der faschistischen Verbrecher bei der Schießerei umgekommen sind. Es macht der Verfasserin „Angst", daß das Vorgehen der Polizei und auch die Schüsse „vielleicht gebilligt werden" könnten; schließlich würde man das nur bei Nazis tun, und das ginge ja wohl nicht an. Auch wenn die Nazis selbst „unmenschlich" seien, so dürfe man doch wohl nicht auch „hart und unmenschlich" (— was war hier eigentlich „unmenschlich"?—) gegen sie vorgehen.

Natürlich sind auch wir nicht dafür, das Problem der Neonazis durch Erschießen durch die Polizei zu lösen. (Diese „Gefahr" besteht allerdings auch nicht!) Wir sind für öffentliche, konsequent geführte Prozesse, für harte Bestrafung der Faschisten. Und natürlich für das Verbot ihrer Organisationen und Propaganda.

Gitti H. aber hat Angst, überhaupt klar und deutlich Partei zu ergreifen, gegen die Nazis. Und das ist typisch für die ganze taz. Diese Haltung aber bedeutet, selbst wenn man sie aus Unwissenheit und Naivität einnimmt, den Nazis in die Hände zu arbeiten. Es wäre allerdings eine Illusion, der taz-Redaktion im wesentlichen bloße Naivität zuzusprechen.

Schließlich sind die Hämmer der zitierten Ausgabe keine Einzelfälle. Sie markieren eine durchgängige Linie der Berichterstattung und Kommentierung, die früher schon so weit gegangen ist, den Neonazis wegen ihrer Ablehnung dieses Staates gewisse revolutionäre Eigenschaften zuzusprechen. Daß diese Zeitung sich hier also zum Verteidiger des NPD-Bundesparteitages aufgeschwungen und damit der gesamten antifaschistischen Bewegung, den vielen Gewerkschaftern, die in Völklingen auf die Straße gegangen sind, entgegenstellt — das stellt nur einen der braunen Farbtupfer in dem bunten Bild dar, das die taz ihren Lesern bietet, und in dem nur eine Farbe gänzlich fehlt: die rote. Eine echte „Alternative" zu dem normalen bürgerlichen Pressewald ist dieses Blatt jedenfalls nicht.

Dietrich Lohse

Größter Waffenfund in der Geschichte der Bundesrepublik

Nazis planen neue Morde

Nazi-Terror stoppen! Die Banden zerschlagen!

HANNOVER. — Wer bisher noch daran gezweifelt hatte, daß die neofaschistischen Verbrecherbanden sich auf neue Terroranschläge, auf neue Mordaktionen vorbereiten, sollte jetzt endgültig eines besseren belehrt sein: Bei Faschisten in Niedersachsen wurde Ende Oktober der größte Waffenfund in der Geschichte der Bundesrepublik getätigt.

An die dreißig Waffenlager haben die Nazis in Niedersachsen angelegt, vor allem in der Lüneburger Heide. Darin fanden sich mindestens 100 Kilogramm Sprengstoff, zahlreiche Gewehre mit mehreren tausend Schuß Munition, zahlreiche Maschinengewehre, Handgranaten und Panzerfäuste.

Brandneue Waffen sind darunter. Sie stammen aus Bundeswehrbeständen: aus Bergen und vom NATO-Schießplatz bei Giffhorn.

Mehrere Verdächtige wurden in den letzten Tagen von der Polizei festgenommen. Bekanntgegeben wurde bisher der Name des Forstwirtschaftsmeisters Heinz Lembke (44) aus Öchtringen in der Lüneburger Heide. Berichten zufolge wurde Lembke von Kripo-Leuten als „dicker Fisch" bezeichnet, der „vergleichbar mit Karl-Heinz Hoffmann" sei, dem mehrfachen Mörder und ehemaligen Wehrsportgruppenchef aus Nürnberg. Am Sontagabend erhängte sich Lembke in einer Zelle der Lüneburger Haftanstalt.

Lembke hatte auch Verbindungen zu einem anderen Führer der Nazi-Terroristen, zu Manfred Roeder, der u.a. wegen des mörderischen Brandanschlags auf ein Hamburger Asylanten-Wohnheim, bei dem zwei Menschen starben, vor Gericht steht. Lembke saß ein halbes Jahr in Beugehaft, weil er sich weigerte, als Zeuge gegen Roeder auszusagen und wurde kürzlich wieder auf freien Fuß gesetzt.

Möglicherweise, so wird berichtet, sind die Waffenfunde auf Vernehmungen der deutschen Faschisten Kristin und Klaus Hewicker, Ernst Balke und Gerhard Toepfer zurückzuführen, die zwei Tage nach der Münchener Schießerei zwischen Neonazis des VSBD und der Polizei in Belgien festgenommen wurden. Die vier Terroristen waren dort untergetaucht, um sich der Strafverfolgung in der Bundesrepublik zu entziehen und sicher auch, um neue Verbrechen vorzubereiten. Hewicker war Mitglied der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS). Die Festgenommenen hatten u.a. Verbindungen zur Braunschweiger Bande des Bombenlegers Otte und zur VSBD.

Es bewahrheitete sich einmal mehr das zynische Eingeständnis des zur Zeit noch inhaftierten ANS-Führers Michael Kühnen: „Wir sind auf der Rechten gar nicht so zerstritten, wie es aussieht". Eine Tatsache, die die Strafverfolgungsbehörden bisher unberücksichtigt lassen; sie verhandeln immer nur Einzelfälle, ohne die Verbindungen aufzurollen und das ganze Netz des faschistischen Terrorismus zerstören zu wollen.

Was jetzt erwartet werden muß, ist ein hartes Durchgreifen gegen alle bekannten faschistischen Banden und ihre Mitglieder. Selbst Innenminister Baum gab nach den Waffenfunden in Niedersachsen zu, daß „schwere rechtsterroristische Anschläge" zu befürchten seien. Bisher haben die Behörden immer so lange zugesehen, bis der Nazi-Terror unschuldige Menschen das Leben kostete. Damit muß Schluß sein! Der Nazi-Terror muß gestoppt werden! Dafür müssen sich alle Antifaschisten in unserem Land gemeinsam stark machen!



Immer dringender wird die Zerschlagung aller faschistischen Organisationen. Sonst werden noch mehr Menschen sterben müssen!

Anzeige gegen „Bürgerwehr"

BREMEN. — Der Vorsitzende des Republikanischen Anwaltsvereins, Werner Holtfort (Hannover), hat gegen die „Bürgerwehr" des Bremer Ultrareaktionärs Rönnebeck wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung" angezeigt. Diese Bande hatte bewaffnete Überfälle auf fortschrittliche Demonstrationen angekündigt und blieb bisher von den Staatsorganen unbehelligt. Nach der Anzeige Holtforts erwägt die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe nach eigenen Angaben die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens.

Gericht: „Unbelehrbarer Nationalsozialist"

Wehrsportgruppenchef Hepp erhielt 16 Monate

KARLSRUHE. — Nicht einmal anderthalb Jahre wird es dauern, dann ist ein nach gerichtlicher Feststellung „überzeugter, unbelehrbarer und in seiner nationalsozialistischen Auffassung gefestigter" faschistischer Gewaltverbrecher wieder auf freiem Fuß. Odfried Hepp, Anführer der „Wehrsportgruppe Schlageter", wurde zu nur 16 Monaten Haft verurteilt.

Das Karlsruher Landgericht verurteilte Hepp wegen Volksverhetzung, Vorrätighalten und Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Fallengelassen wurde eine Anklage wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung; von „Terrorismus" war schon gar keine Rede.

Dabei ist Hepp einer der Nazis, die an der vom Nürnberger Wehrsportgruppen-Chef organisierten Terrorausbildung im Libanon teilgenommen haben. Zusammen mit dem inzwischen in München festgenommenen Peter Hamberger kehrte er in die Bundesrepublik zurück und zeigte Hoffmann wegen des Mordes im Fall Shlomo/Levin an. Im Gegensatz zu Hamberger wurde er in Untersuchungshaft gehalten.

Bereits im Jahre 1979 lief ein Ermittlungsverfahren gegen Hepp wegen des „Verdachts auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung". Das Hauptverfahren wurde aber nie eröffnet. Hepp konnte sich, noch während die Ermittlungen liefen, ungehindert in den Libanon absetzen.

Ermittlungen gegen die „Wehrsportgruppe Schlageter" laufen seit langem. Neben Hepp richten sie sich gegen 16 weitere Mitglieder seiner Bande. Nur drei von ihnen aber standen jetzt mit ihrem Führer zusammen vor Gericht.

Die Angeklagten Dupper und Maucher wurden zu 15 bzw. sieben Monaten Jugendhaft verurteilt, der Faschist Müller erhielt seine Strafe von acht Monaten, die auch noch zur „Bewährung" ausgesetzt wurde.

Dieser Prozeß war alles andere als ein Schlag gegen den faschistischen Terrorismus in der Bundesrepublik. Solange den ganzen faschistischen Terrorbanden, Wehrsportgruppen usw. grundsätzlich die Legalität zugebilligt bleibt, wird es zu einem solchen Schlag mit den Mitteln der Strafjustiz auch nicht kommen können, wenn auch außer Zweifel steht, daß das Karlsruher Gericht die Möglichkeit zu einer wesentlich empfindlicheren Bestrafung der Neonazis gehabt hätte.

Meldungen

Brokdorf-Prozeß

ITZEHOE. — Im Prozeß gegen M. Mohr und M. Duffke wegen „gefährlicher Körperverletzung“ und „schwerem Landfriedensbruch“ sagte am 20.10. der Polizeihauptmeister und Mitglied eines Spezialeinsatzkommandos Schütt aus, der bei dem Versuch, einen Demonstranten niederzuschlagen, in einem Wassergraben gelandet und dort mit Knüppel und Spaten eins übergezogen bekam.

Unter Mißbrauch eines „Stern“-Fotos als Fahndungsfoto wurde erst sogar wegen „versuchten Mordes“ ermittelt. Schütt kannte keinen der Angeklagten wieder. Zu seinem polizeilichen Werdegang verweigert er jede Aussage. Er mußte zugeben, daß er von Demonstranten vor weiteren Schlägen geschützt und ärztlich versorgt wurde, während ihn seine Einsatzleitung nach telefonischer Benachrichtigung anderthalb Stunden warten ließ, bevor sie ihn per Hubschrauber ins Krankenhaus bringen ließ. Wäre er wirklich lebensgefährlich verletzt gewesen, wie zunächst behauptet wurde —, sein Tod wäre aufs Konto seiner eigenen Vorgesetzten gegangen. Das Gericht sperrt während der Vernehmung Schütts die Öffentlichkeit aus.

...

Graue Wölfe

KIEL. — Am 31.5. fuhr der Chef der türkischen Faschistenbande „Graue Wölfe“ in Kiel mit Vollgas in eine Menge antifaschistischer Demonstranten. Nachdem er zunächst in Untersuchungshaft genommen wurde und Ermittlungen wegen „versuchten Totschlags“ liefen, bekundeten die Staatsanwaltschaft am Landgericht Kiel und Innenminister Barschel (CDU) ihr Desinteresse an einem Prozeß und erwirkten eine Ausweisungsverfügung durch die Stadt Kiel. Das kam in diesem Fall einem Versuch zur Strafvereitelung gleich, weil der Faschist Güner in der faschistischen Türkei nichts zu befürchten hätte.

Inzwischen ist Güner sogar wieder auf freiem Fuß. Er möchte nämlich doch lieber in Deutschland bleiben und legte Widerspruch gegen die Verfügung ein. Ein Termin für das angekündigte Strafverfahren steht bis heute nicht fest. Und schon wird die Möglichkeit erwogen, Güners Mordanschlag als „Nothilfe“-Aktion zu werten! Schließlich habe er sich Zugang zu einer genehmigten Faschistenversammlung verschaffen wollen, die die Antifaschisten verhinderten... Damit würde dieser Chef einer Mörderorganisation straffrei ausgehen und könnte obendrein in der Bundesrepublik weiter seinem schmutzigen Handwerk nachgehen.

Ein markantes Beispiel, wie hierzulande mit türkischen Faschisten umgegangen wird, während sich türkische Arbeiter und Demokraten zunehmendem Druck und Terror ausgesetzt sehen.

Todesschuß-Gesetz in Niedersachsen

HANNOVER. — Am 1. Juli 1982 tritt in Niedersachsen ein neues Polizeigesetz in Kraft, daß den gezielten Todesschuß und den Einsatz schwerer Waffen wie Handgranaten und Maschinengewehre legalisiert.

Die Gesetzesvorlage wurde von der CDU-Fraktion mit Unterstützung etlicher SPD-Mitglieder durchgedrückt.

Damit wird es den Polizisten erlaubt, einen gezielten tödlichen Schuß abzugeben, um eine angenommene Gefahr „für das Leben oder die körperliche Unversehrtheit“ abzuwehren.

Darüberhinaus ermächtigt das neue Gesetz den Innenminister des Bundeslandes, den Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren durch den Bundesgrenzschutz anzuordnen. Dabei wurde die Begrenzung eines solchen Einsatzes ausdrücklich niedrig gehalten: Nicht allein „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung“, sondern schon „zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ sollen sie eingesetzt werden können.

Im Klartext: Der Staat erklärt nicht nur ausdrücklich, daß jede revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse gegen den Ausbeuterstaat mit Kriegswaffen niedergeschlagen werden soll; schon Massendemonstrationen und ähnliches, sofern man dadurch die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ bedroht sieht — was sehr weit auslegbar ist und, wenn man sich an die Worte von Politikern aller Parteien zu Großdemonstrationen der Vergangenheit erinnert, sehr schnell eintreten kann — sollen in ein Blutbad verwandelt werden können.

Ausdrücklich wurde festgestellt, daß der Schußwaffengebrauch auch gegen Personen in einer Menschenmenge erlaubt ist. Ein entsprechender Gegenantrag wurde abgelehnt.

Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag, chemische Kampfmittel, deren Einsatz angeordnet wird, als „Waffe“ zu kennzeichnen. Sie werden verharmlosend „Hilfsmittel der körperlichen Gewalt“ bezeichnet.

Erheblich ausgeweitet wird die Befugnis der Polizei zur Durchsuchung und erkennungsdienstlichen Behandlung etwa von Demonstranten. Diese kann vorgenommen werden, ohne daß überhaupt irgendein „dringender Straftatverdacht“ vorliegen muß! Abgelehnt wurde ein Antrag, die Vernichtung solcher erkennungsdienstlicher Unterlagen nach spätestens fünf Jahren vorzuschreiben. Wer einmal in den Akten ist, soll nie wieder rauskommen. Stattdessen wurde die Polizei auch noch zur Weitergabe persönlicher Daten an Verwaltungsbehörden und zur Amtshilfe gegenüber dem Verfassungsschutz verpflichtet. Der Bundeszentralcomputer dürfte neue Nahrung erhalten, ein neuer großer Schritt zum totalen Überwachungsstaat ist zurückgelegt.

Noch ein Wort zur SPD-„Opposition“. Zwar lehnte nach Worten des Vorstandsmitglieds ihrer Landtagsfraktion, von Oertzen, die Mehrheit das neue Gesetz ab. Die Abstimmung sei allerdings aus „Gewissensgründen“ freigegeben worden. Und Oertzen hatte nichts besseres zu tun, als in dieser Sache, wo es um Leben und Tod demokratisch gesinnter und revolutionärer Menschen geht, zum Verzicht „auf jede Schärfe in der parlamentarischen Auseinandersetzung“ aufzurufen. Er betonte das Recht des kapitalistischen Staates, „ins Leben seiner Bürger einzugreifen“. Und er steigerte sich zu der ungeheuerlichen Formulierung, „die jüngere Vergangenheit“ — nämlich der Faschismus — habe zur Folge, daß man in der Bundesrepublik gegenüber dem „gewaltsamen Tod“ „besonders sensibel, vielleicht sogar überempfindlich“ geworden sei.

Oerzten mag das für Überempfindlichkeit halten. Er hat ja auch nichts zu befürchten; er wird zu denen gehören, die auf Demonstranten schießen lassen. Wir sollten uns diese Worte eines SPD-Führers merken.

Die Empfindlichkeit vieler Menschen gegenüber den Versuchen des Staates, die Bevölkerung in ein System der totalen Überwachung und der politischen Rechtlosigkeit einzuzwängen, um gerade in Krisenzeiten den Kampf gegen die brutalen Folgen dieser kapitalistischen Krise und der Rüstungs- und Kriegspolitik auf die werktätigen Menschen zu unterdrükken, ist eine wichtige Grundlage für die Organisierung des Widerstands. Eines Widerstands, in dem sich alle Demokraten und Antifaschisten zusammenfinden müssen.

Die Beratungen über die Polizeigesetze in verschiedenen Bundesländern sind darüberhinaus eine ausdrückliche Bestätigung dafür, daß die herrschende Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zu jeder Gewalttat bereit ist und, daß ihre Herrschaft nicht mit friedlichen Mitteln gebrochen werden kann. Eine Bestätigung für das Programm der kommunistischen Partei.



Parole anläßlich der Erschießung des Metallarbeiters Duifuis in Duisburg

Berufsverbot für Hans Peter (DKP)

Einschneidende Verschärfung des Gesinnungsterrors

WESTBERLIN. — Am 29. Oktober fällte das Bundesverwaltungsgericht im Disziplinarverfahren gegen den Postbeamten Hans Peter ein Urteil, das grundsätzlichen Charakter hat und eine einschneidende Verschärfung der Berufsverbotspraxis in Westdeutschland und Westberlin darstellt. Hans Peter wurde wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP, die das Gericht als verfassungsfeindliche Kraft ansieht, aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit entlassen.

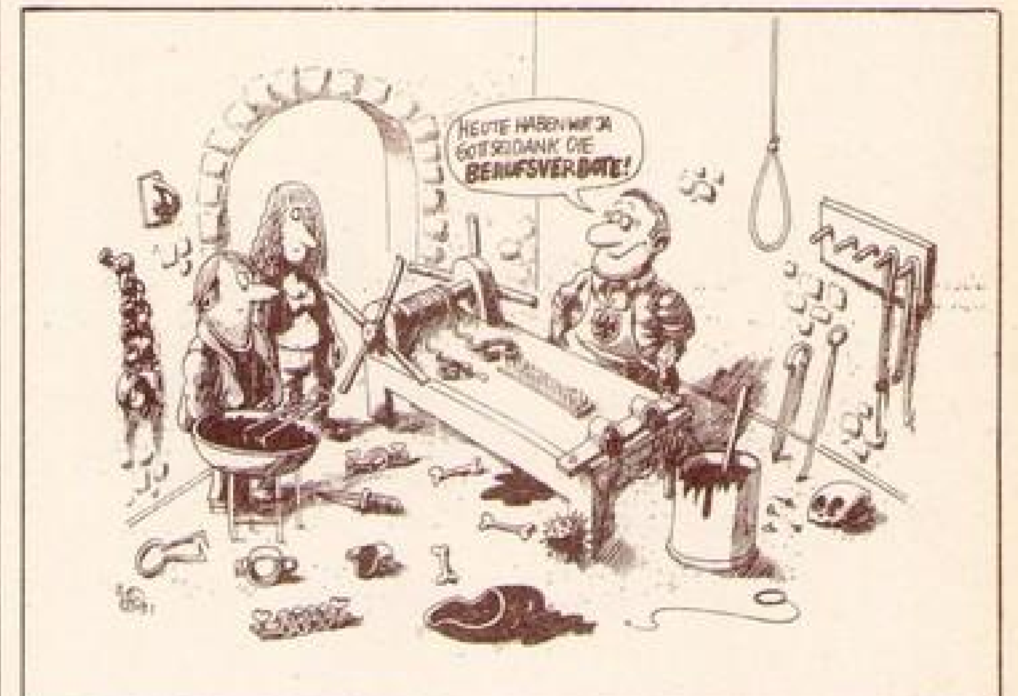
Eingeleitet wurde das Verfahren gegen Peter von Postminister Gscheidle. Die Bonner Regierung setzte sich für die Durchführung des Prozesses vor dieser obersten Instanz ein, nachdem das Bundesdisziplinargericht Peter im Jahre 1980 vom Vorwurf des Dienstvergehens freigesprochen hatte.

Damals erkannte dieses Gericht darauf, daß die bloße Mitgliedschaft in einer als verfassungsfeindlich angesehenen Partei noch kein Dienstvergehen darstelle. In typisch verlogener Doppelmoral erklärte es, ein solches Vergehen sei erst mit der Übernahme von Parteiämtern oder Wahlkandidaturen gegeben. Solche Aktivitäten Peters lägen aber länger als 1975 zurück und seien daher als Verbotsirrtum zu werten, da eine entsprechende höchstrichterliche Entscheidung erst seit 1975 vorliege. Für Peters Aktivitäten nach 1975 könne ihm so lange keine Pflichtwidrigkeit vorgeworfen werden, wie seine Vorgesetzten keine Pflichtverletzung gesehen hätten.

Die Bundesregierung aber wollte ein Exempel statuieren und ließ durch den an ihre Weisungen gebundenen Bundesdisziplinaranwalt Hans Rudolf Claussen Berufung einlegen. Das Westberliner Gericht folgte jetzt den Ansichten dieses Anwalts. Es erklärte die einfache Mitgliedschaft eines Beamten in einer „verfassungsfeindlichen Partei“ als Pflichtverletzung und Anlaß zur Entlassung aus dem Beamtenverhältniss. Es verlangte ausdrücklich von allen Beamten ein aktives antikommunistisches Engagement und betonte, gerade in Krisenzeiten müsse sich der Staat auf seine Beamten verlassen können. Im Zusammenhang damit erwähnte das Gericht auch Streiks von Postbeamten; dieses Urteil wendet sich somit ganz offen gegen alle beamteten Postkollegen, die auf ihr Streikrecht pochen; schon das Eintreten für ein Beamten-Streikrecht wurde als Dienstvergehen gewertet, das eine Disziplinarstrafe nach sich ziehen müsse.

Zum ersten Mal wurde jetzt also ein Beamter auf Lebenszeit (das ist Hans Peter bereits seit 22 Jahren!) entlassen. Das bedeutet zum einen für ihn persönlich bedeutende materielle Not, bekommt er doch ab sofort keine Bezüge mehr. Und als Beamter hat er ja auch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt. Seine Frau muß ihn quasi mit unterhalten.

Zum anderen aber wurde damit der Startschuß für eine gründliche Durchforstung der Beamtenschaft gegeben. CDU und CSU forderten bereits umgehende Maßnahmen in dieser Hinsicht, während von SPD-Spitzenpolitikern einige Andeutungen von Kritik geäußert wurde. Davon ist allerdings überhaupt nichts zu halten. Und schließlich war es ja die Regierungs-SPD, die für das Urteil gesorgt hat. Damit wird auch ein offizieller Schlußstrich unter das „Liberalisierungs“-Geschwätz gezogen, das im vergangenen Jahr Hochkonjunktur hatte.



Der Kampf gegen die Berufsverbote muß verstärkt fortgeführt werden, muß einen neuen Aufschwung erhalten aus der Empörung über dieses Urteil heraus. Das Ziel bleibt:

- **Vollständige Abschaffung der Berufsverbote!**
- **Wiedereinstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen!**
- **Keine Dienstentlassung von Hans Peter!**

Revisionistische Prozeßführung

Unbeschadet unserer vollständigen Ablehnung des empörenden Urteils gegen den Postkollegen Hans Peter und unbeschadet unserer Solidarität mit seinem Kampf gegen dieses Urteil, erscheinen uns einige Anmerkungen zu seiner Prozeßstrategie, die die Prozeßstrategie der DKP ist, angebracht.

Denn sie zeigen beispielhaft, in welche Windungen und Wendungen sich die Revisionisten verrennen, um ihre Verfassungsmäßigkeit, ihre Übereinstimmung mit dem bürgerlich-kapitalistischen Demokratieverständnis und letztlich ihre Ablehnung revolutionären Kampfes zu beweisen.

Zwei Beispiele sollen hier genügen.

Äußerst peinlich war es den Verteidigern Peters offensichtlich, daß das Gericht das KPD-Verbot von 1956 ins Spiel brachte und versuchte, die DKP als Nachfolgeorganisation der KPD hinzustellen und eine Übereinstimmung der Parteienprogrammatik nachzuweisen.

Im Allgemeinen versucht die DKP, auch in ihrer Zeitung „UZ“, selber eine solche Kontinuität politischer Zielsetzung und Praxis darzustellen. (Obwohl es in der Tat so ist, daß die DKP den revolutionären Grundsätzen der alten KPD vollständig abgeschworen hat.)

Vor Gericht stellte sich die Situation anders dar. „Die Verteidigung wandte sich vor allem dagegen, pauschal immer erneut das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der KPD aus dem Jahre 1956 heranzuziehen und noch 25 Jahre später ohne Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Entwicklung zu folgern, die 1968 gegründete DKP stehe in der Tradition der verbotenen KPD und verfolge damit verfassungsfeindliche Ziele.“ („Frankfurter Rundschau“, 28.10.81)

In einer Präsidiumserklärung der DKP nach Verkündung des Urteils heißt es:

„Unter Hinweis auf das zu Zeiten des kalten Krieges gefällte KPD-Verbotsurteil wird — *entgegen der tatsächlichen Politik und Programatik der DKP* — behauptet, die DKP wolle eine Entwicklung, die mit dem Grundgesetz unvereinbar sei.“ („UZ“, 31.10.81)

Das hat nichts mehr damit zu tun, unabhängig vom KPD-Verbotsurteil sein Recht auf politische Tätigkeit zu verteidigen. Das hat auch mit einer geschickten Prozeßtaktik nichts zu tun. Hier handelt es sich einfach um den Versuch, durch prinzipienlose Zugeständnisse einem Gericht politisches Entgegenkommen abzuringen. Es ist logisch, daß dies bei dem handfesten politischen Interesse, das hinter dem von der Regierung gewünschten Ausgang des Verfahrens stand, erfolglos bleiben mußte.

Nichts mit kommunistischen Standpunkten haben auch die Auffassungen zu tun, die Hans Peter über gesellschaftliche Umwälzung vor Gericht äußerte. Bei dem Versuch, die superdemokratische Einstellung der DKP zu belegen, kam sinngemäß folgendes heraus: Irgendwann wird vielleicht das Volk einmal die von der DKP angestrebte „antimonopolistische Demokratie“ befürworten und sie per Wahl einführen. Später kann es dann sein, daß es sich wieder gegen diese Gesellschaftsform entscheidet, und dann müsse seinen Vorstellungen nach die Rückkehr „zur vorherigen Form der Demokratie“ möglich sein.

Das sind nun Überlegungen fern aller Realität des Klassenkampfes. Da ist aber alles auf einen Punkt gebracht, was die DKP so an antikommunistischen Thesen aufstellt: der friedliche Übergang, der Verzicht auf die Revolution, der Verzicht auf die Diktatur des Proletariats zur Niederhaltung der Kapitalistenklasse und all derer, die den Arbeitern die erkämpften Rechte wieder nehmen wollen, usw.

Unter den Schlägen des Klassenfeindes offenbart sich der ganze politische Bankrott und die moralische Würdelosigkeit des modernen Revisionismus. Dafür lieferte auch dieser Prozeß ein weiteres Beispiel. Nicht, daß uns das überrascht oder daß wir von der DKP anderes erwartet hätten. Wir nehmen auch die offene Distanzierung des DKP-Präsidiums von den revolutionären Traditionen der alten KPD interessiert zur Kenntnis. Es macht aber deutlich, daß es sich für keinen Kollegen lohnt, sich an diese Partei zu binden.

Die Traditionen der „alten“ KPD leben fort in unserer Partei, der „neuen“ KPD, und werden mit ihr siegen.

„Nachdem ich Ihren Friedensplan gelesen habe..."

In der Zeit nach der großen Bonner Friedensdemonstration ist die Zahl der Zuschriften an den „Roten Morgen" stark angestiegen. Das allein wäre schon eine äußerst erfreuliche Sache. Noch erfreulicher ist die breite Zustimmung oder zumindest das starke Interesse bezüglich der politischen Aussagen der KPD, besonders zum Kampf um die Erhaltung des Friedens.

Der überwiegende Teil der Zuschriften beschäftigt sich mit dem Friedensplan der Partei. Aus der Fülle der Briefe drucken wir hier drei ab. Wir hoffen damit auch allen Genossen einen Ansporn zu geben, noch offensiver mit dem Friedensplan zu arbeiten, für seine Ziele zu werben. Denn immer mehr Menschen erkennen, daß zur Erhaltung des Friedens für unser Land gerade die Kernforderung unseres Friedensplans, der Austritt Westdeutschlands aus der NATO, die Grundvoraussetzung ist. Auf dieser Grundlage können wir mit vielen ins Gespräch und zur gemeinsamen Aktion kommen. Daraus ergibt sich für uns auch die Verpflichtung, für die Verbreitung dieser Losung und die Organisierung des Kampfes um ihre Durchsetzung zu sorgen.

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mit Interesse Ihren ‚Friedensplan' gelesen und mich gefreut, daß auch eine linke Partei sich Gedanken um die Zukunft Deutschlands macht.

Ich bitte Sie, mir weiteres Informationsmaterial zukommen zu lassen, insbesondere über Ihre Sektion in der DDR. Außerdem bitte ich um Zusendung einer Probenummer Ihrer Zeitung ‚Roter Morgen'.

Mit grünen Grüßen
Joachim E., Berlin"

„Würzburg, den 12.10.81
Nach Erhalt des Friedensplans der KPD auf der Bonner Demonstation bitte ich um die Zusendung weiterer Materialien der KPD und um ein Probeexemplar ‚Roter Morgen'.

Ich stimme mit dem Friedensplan der KPD kritiklos überein und bedanke mich schon im Voraus um Euer Bemühen wegen der Materialien.

Es lebe die internationale (und gesamtdeutsche) Solidarität gegen die imperialistischen Kriegstreiber!

Mit bestem Dank
Karsten Z."

Leserbriefe an den Roten Morgen

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem ich Ihren Friedensplan gelesen habe, mit dessen Inhalt ich mich weitgehend identifizieren kann, möchte ich Sie um die Zusendung weiterer Materialien der KPD bitten.

Außerdem wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir eine Probenummer Ihres Zentralorgans ‚Roter Morgen' zusenden könnten.

Mit freundlichen Grüßen
Petra B., Trier"

Mut zum Extremismus

Eine Nachbemerkung zur Berichterstattung über den NPD-Bundesparteitag im letzten „Roten Morgen":

„Die DGB-Führung kommt zu gut weg", meinte ein aufmerksamer Leser, nachdem er das Gewerkschaftstransparent auf dem Foto entziffert hatte.

Denn die Losung des Transparents richtet sich keineswegs klar gegen die Faschisten. Sie lautet: „Gegen politischen Extremismus und Gewalt!". Hiermit macht sich der DGB in der Tat zum Wortführer der reaktionären „Totalitarismus-Doktrin", die allgemein verständlich ausgedrückt „rechts = links" oder auch „braun = rot" besagt. Schon immer diente sie der Reaktion vor allem dazu, gegen die linke, die fortschrittliche und insbesondere die proletarische Opposition zu Felde zu ziehen.

Erinnern wir uns an die Weimarer Zeit: Die klassenkämpferischen und revolutionären Arbeiter, die im Massenkampf gegen das Kapital und die ihm hörige Regierung standen und ihre politische Vertretung allein in der KPD hatten, wurden auf diese Weise mit den Hitler-Faschisten auf eine Stufe gestellt. Damals bereits waren es die rechten Sozialdemokraten, die diese Demagogie verbreiteten; Leute desselben Schlages — höchstens noch rechter — finden sich ja auch heute an der Spitze des DGB.

Im DGB werden auf Grundlage genau dieser Logik die reaktionärsten und arbeiterfeindlichsten Maßnahmen durchgeführt; der gewerkschaftseigene „Extremistenerlaß", „Unvereinbarkeitsbeschluß" genannt, soll gerade die Kollegen von der Möglichkeit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Belegschaft ausschließen, die diesen Bonzen zu „extrem" sind — zu extrem demokratisch, zu extrem klassenbewußt, zu extrem kämpferisch, zu extrem antikapitalistisch.

Uns dagegen sind die Bonzen zu extrem abwieglerisch und arbeiterfeindlich.

Es kommt also immer auf den Standpunkt, auf die Interessenlage an, mit einem formalen Anti-Extremismus-Rundschlag kann man auf jeden Fall nur das Bestehende konservieren, und das ist eben das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung in der gegenwärtigen Form.

So führt der „Antiextremismus" der DGB-Führung ja auch zum Ausschluß von Kommunisten, die immer schon die extremsten Gegner der Nazis waren. Er führt sogar zum Ausschluß von Kollegen, die ausgesprochen demokratischen und antifaschistischen Organisationen wie der VOLKSFRONT angehören.

Es sei daran erinnert, daß sich viele der sozialdemokratischen Arbeiter, die in der Weimarer Zeit der erwähnten Demagogie auf den Leim gingen, und selbst etliche Funktionäre des damaligen ADGB später mit den Kommunisten in den Konzentrationslagern der Nazis wiederfanden.

Das wollen wir nicht noch einmal erleben!

Der Feind der Arbeiter steht rechts. Es ist die Pflicht aller Arbeiterorganisationen, allen Kolleginnen und Kollegen diese Erkenntnis zu vermitteln und den Kampf in diesem Sinne zu organisieren. Den Gewerkschaften kommt dabei naturgemäß eine besondere Verantwortung zu.

Insofern weist die genannte DGB-Losung den falschen Weg. Insofern handeln die DGB-Führer den elementarsten Aufgaben einer Gewerkschaft zuwider. Gerade die Kommunisten sind es, die innerhalb der Gewerkschaften für einen konsequenten Kampf gegen faschistische Tendenzen und dabei auch gegen die Neonazis eintreten. So extrem muß man schon sein, auch als Gewerkschafter; sonst kann man die Gewerkschaft vergessen. Und was heißt „Gegen Gewalt" — lehrt nicht gerade die bittere Erfahrung mit der Hitler-Diktatur, daß die zwangsweise Einengung des Widerstandes, gerade gegen den Faschismus, auf Gewaltlosigkeit in die Niederlage führt? Natürlich gilt es den Zeitpunkt und das Maß der Gewalt abzuwägen, die die Arbeiterklasse anwendet. Aber hier geht es ums Prinzip. Und will die DGB-Führung etwa eine solche, revolutionäre Gewaltanwendung durch die kämpfende Arbeiterschaft gleichsetzen mit dem Nazi-Terror, heute etwa mit dem Massaker vom Oktoberfest?



Demonstration am 24. Oktober 1981 gegen den NPD-Bundesparteitag in Völklingen. Das Foto zeigt deutlich das Transparent des DGB, das hier im Leserbrief angesprochen wird.

Man sieht: Die „Antiextremismus"-Formel der DGB-Führung ist gefährliche Demagogie.

Aber, um zum NPD-Parteitag zurückzukommen — auch hier erwies sich wieder einmal: Was die Führung will, ist eine Sache; was die Mitglieder wollen, ist glücklicherweise oft eine ganz andere.

Auch Manfred Wagner, Vorsitzender des DGB-Bezirks Saar, versuchte ja in seiner Rede die Linken und Kommunisten indirekt in die Forderung nach einem Verbot von „zur Militanz neigenden Extremisten" einzubeziehen. Aber der Genosse, der von der Demonstration berichtete, schrieb auch, wieviel Beifall es dafür gab: fünf bis sechs Leute klatschten. Von über 1 500 Teilnehmern.

Und der Aufruf, der von DGB Saar und IGM Völklingen zur Demonstration herausgegeben wurde, ist für sich genommen sehr positiv, erklärt er doch den Kampf gegen die „NPD und ihre Hilfsorganisationen" zum „ständigen Auftrag der Gewerkschaften und aller Demokraten". Und man kann sicher sein: Wenn führende Gewerkschaftsgremien einen solchen Aufruf herausgeben, hat das allemal eine positive Auswirkung auf die Mobilisierung der Kollegen. Insofern ist die Beurteilung des Entschlusses zu diesem Aufruf durch den RM schon richtig. Richtig ist sicher auch, daß — über die Information durch die Korrespondenz hinaus — die Politik der Bonzen deutlicher hätte klargestellt werden können.

Was wir zu solchen Anlässen tun müssen, ist folgendes: Wir müssen uns unbedingt innerhalb der Gewerkschaften dafür einsetzen, daß voll gegen die Nazis mobilisiert wird. Die Vorstände müssen wenn möglich zur Herausgabe entsprechender Erklärungen gezwungen werden. Wir müssen darüberhinaus alle unsere Verbindungen und Möglichkeiten aktivieren, um Kollegen und auch Funktionäre der Gewerkschaft zu einer kämpferischen und eindeutigen Gestaltung der Aktion zu bewegen. Wir müssen selbst dafür sorgen, daß eindeutige Parolen und Transparente das Bild der Demonstration bestimmen. Unsere Möglichkeiten dazu sind sicher nicht überall gleich, aber versuchen muß man es. Über gemeinsame Aktionen, gemeinsam gemachte Erfahrungen wird man mit den Gewerkschaftskollegen auch am besten ins Gespräch kommen über die richtigen Schritte, die Perspektiven des Kampfes und unsere Ziele.

So können wir dafür sorgen, daß unter den Kollegen der Mut zum richtig verstandenen „Extremismus", zur kompromißlosen Wahrnehmung ihrer Interessen wächst. Und die unverbesserlichen Abwiegler und Bonzen isoliert werden.

Veranstaltungen der KJD

Stoppt den Wehrkundeunterricht

— Informationsabend der KJD —

6. November, 19.30 Uhr, Gaststätte „Unter den Linden", Hauptstraße, Bielefeld-Brackwede.

Friedensfest der KJD

21. November, ab 17.00 Uhr im Jugendheim Senne, Friedrichsdorfer Straße 100. Eintritt: 2,— DM.

Auf dem Programm:
- **Elbe 1**
- **Frauen-Theater-Gruppe**
- **Theatergruppe der KJD-Bielefeld**
- **Friedenslieder**
- **Rede der KJD**
- **Informationsstände und vieles mehr.**

(Die Eintrittskarten sind im Vorverkauf über das Büro der KPD in Bielefeld zu erhalten — Schildescher Str. 53.)

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Verlagskatalog Roter Morgen

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!



Pulverfaß Bundesrepublik — „Nach"-Rüstung — Amerikanische Weltmachtpläne — Die Sowjetunion ist nicht friedfertig — Die Politik Bonns — Raus aus der NATO! Neutralität — Gemeinsam für die Erhaltung des Friedens u.v.m. Im Anhang der Friedensplan der KPD.

40 Seiten, DM 2,—, ISBN 3-88196-063-5

Die unbekannte Opposition in der DDR

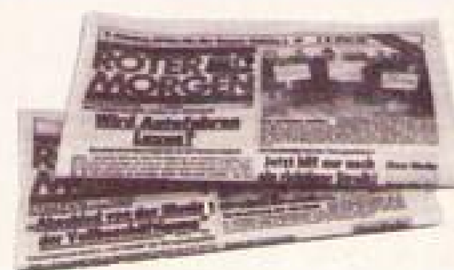


Kommunistische Arbeiter gegen das Honekker-Regime. Eine Auswahl von Berichten und Artikeln, die in der DDR geschrieben und — illegal — veröffentlicht wurden.

Aus dem Inhalt: Die Ereignisse in Polen aus der Sicht eines DDR-Arbeiters — Berichte aus dem Arbeitsleben — DDR, ein Paradies für Kinder? — Die Mauer, die NVA und die russischen Truppen — in der DDR verhaßt — Frauen in der DDR u.v.m.

48 Seiten, DM 2,50
ISBN 3-88196-065-1

Roter Morgen
Zentralorgan der KPD



• Informiert sein • Hintergründe kennen • Partei ergreifen.

Eine Zeitung für die Arbeiter und werktätigen Menschen.

Erscheint wöchentlich freitags. Jahresabonnement DM 60,00, Einzelpreis DM 1,00.

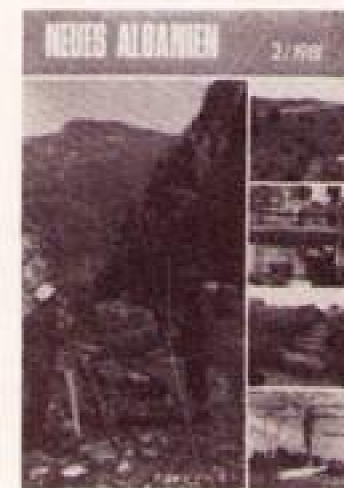
Roter Rebell
Jugendmagazin der KJD



Erscheint monatlich. Jahresabonnement nur DM 6,50, Einzelpreis DM 0,50

Albanien Heute

„Albanien Heute" hilft, die Wirklichkeit Albaniens, des einzigen sozialistischen Landes in Europa, kennenzulernen und sich über die internationale Lage zu informieren, „Albanien Heute" bringt wichtige und grundlegende Artikel zu • Fragen des sozialistischen Aufbaus in Albanien • Fragen der internationalen Politik und des Marxismus-Leninismus • Pressespiegel • Nachrichten aus Albanien.
Erscheinungsweise zweimonatlich.
Jahresabonnement DM 8,25 zuzgl. DM 2,00 Porto
Einzelpreis DM 1,50



Neues Albanien

Eine illustrierte Zeitschrift mit Informationen, Bildern, Reportagen, Berichten aus verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in Albanien.
Erscheinungsweise zweimonatlich.
Jahresabonnement DM 8,25 zuzgl. DM 2,00 Porto
Einzelpreis DM 2,00

Dokumente und Schriften der KPD

Programm der KPD und Aktionsprogramm
für die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin



Aus dem Aktionsprogramm:

Für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen! Für Freiheit und Demokratie! Für Frieden und Völkerfreundschaft! Für die nationalen Interessen des deutschen Volkes!

3. veränd. Auflage
Dortmund 1981
154 Seiten, DM 3,—
ISBN 3-88196-029-5

Statut der KPD (ML)
25 Seiten, DM 1,00
ISBN 3-88196-030-9

Was will die KPD (ML)?
Einige Fragen und Antworten
42 Seiten, DM 1,00
ISBN 3-88196-025-2

Deutschland dem deutschen Volk
Erklärung des ZK der KPD (ML) zur nationalen Frage
44 Seiten, DM 2,00
ISBN 3-88196-002-3

Energieknappheit? Die gemachte Krise



32 Seiten, DM 1,80
ISBN 3-88196-027-9

Aussperrung verbieten!
Materialien zur Kampagne für das Verbot der Aussperrung
30 Seiten, DM 1,80
ISBN 3-88196-061-9

Bildband Zehn Jahre KPD (ML)



Kommentierter Bildband zum 10. Gründungstag der KPD (ML)
ISBN 3-88196-012-0
320 Seiten, DM 25,00

Der Tag wird kommen ...
Reportagen, Berichte, Korrespondenzen. Beiträge zum Artikelwettbewerb „Der ‚Rote Morgen' gibt die Wahrheit wieder"
119 Seiten, DM 3,80
ISBN 3-88196-048-1

Schriften der KJD

Demnächst erscheint:
Unser Standpunkt
Aktionsprogramm der KJD
1. Auflage 1981, 42 Seiten.

Wehrt Euch!
Aktionsprogramm der KJD (früher Rote Garde) zur Jugendarbeitslosigkeit und Berufsausbildung.
18 Seiten, DM 1,00
ISBN 3-88196-026-0





Ratgeber für Soldaten: Manöver

41 Seiten, DM 0,50
ISBN 3-88196-013-9

Albanische Jugend — geboren und erzogen in der Revolution
104 Seiten, mit Bildteil, DM 2,00
ISBN 3-88196-021-X

Lenin und Stalin über die Jugend
162 Seiten, mit Bildteil, DM 2,00
ISBN 3-88196-022-8

Karl Liebknecht
Zum antimilitaristischen Kampf
120 Seiten, mit Bildteil, DM 2,00
ISBN 3-88196-023-6

Kalinin
Über kommunistische Erziehung
173 Seiten, DM 2,00
ISBN 3-88196-024-4

Der Weg der Partei

Erhältlich im Abonnement und als Einzelausgabe. 4 Nummern im Abonnement DM 22,00, Einzelpreis DM 5,00

Nr. 1/81
• Zur Arbeit der Partei (Zweieinhalb Jahre danach)
• Funktion und Rolle der Hochschule heute — und unsere Aufgaben
• Zur Einschätzung der Betriebsratswahlen 1981
97 Seiten. ISBN 3-88 196-317-0



Nr. 1/80
Über den Kampf der KPD vor der Machtergreifung Hitlers
• Zur Politik der KPD gegenüber der Sozialdemokratie
• Die Gewerkschaftspolitik der KPD und die RGO
• Der Kampf der KPD für die antifaschistische Einheitsfront
160 Seiten

Nr. 2/80
• Zur Lage der Angestellten
• Sind die Grünen eine Alternative?
106 Seiten

Nr. 3/80
• Die Philosophie Mao Tse-tungs — Idealismus und Metaphysik
• Wer steht hinter Franz Josef Strauß?
• Schulungsthema: Die Strategie und Taktik der proletarischen Revolution
160 Seiten

Nr. 4/5/80
unter anderem
• Über die Gefahr des Faschismus
• Thesen zum Aufbau und zum Kampf der Kommunistischen Partei
• Zur Frage der Aktionseinheit mit der DKP/SEW

Nr. 1/79
— vergriffen —

Nr. 2/79
• Über einige Probleme der Arbeit in den Gewerkschaften
• Der Stahlarbeiterstreik 1978/79
• Zu den Europawahlen
• Buchbesprechung: Geschichte der Neuzeit

Nr. 3/79
• Probleme der Einheitsfrontpolitik
• Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung

Nr. 4/79
• 30 Jahre Volksrepublik China — 30 Jahre Lüge und Betrug

Nr. 5/79
Zum 100. Geburtstag J.W. Stalins
• Stalins Kampf für die Verteidigung der Diktatur des Proletariats
• Stalin und die deutsche Arbeiterbewegung
• Stalin — ein Feind des Personenkults
• Stalin und die nationale Frage
• Stalin und die Partei

Nr. 6/79
• Von Stalin lernen, heißt siegen lernen
• 700 Jahre Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit

Einzelausgaben aus den Jahren 1977 und 1978 können auf Anfrage geliefert werden.

Schriften von Enver Hoxha

Enver Hoxha
Ausgewählte Werke Band I
Zusammengestellt aus den Bänden 1 bis 5 der Gesammelten Werke. Reden und Schriften aus den Jahren 1941-1948. Autorisierte Übersetzung Verlag Roter Morgen Kunstledereinband mit Goldprägung, 782 Seiten, DM 24,00
ISBN 3-88196-204-2

Ausgewählte Werke Band II
Zusammengestellt aus den Bänden 5 bis 19 der Gesammelten Werke. Reden und Schriften aus den Jahren 1948-1960. Autorisierte Übersetzung Verlag Roter Morgen Kunstleder, DM 23,80, broschiert DM 14,80
ISBN 3-88196-207-7



Enver Hoxha
Die Chruschtschowianer
Ein weiterer Band der Erinnerungen von Enver Hoxha, der jedoch nicht nur die Chronologie der albanisch-sowjetischen Beziehungen nach Stalins Tod nachzeichnet, sondern auch eine tiefgreifende Analyse des Chruschtschow-Revisionismus und der kapitalistischen Entartung der Sowjetunion darstellt
532 Seiten, DM 17,00
Tirana 1980

Enver Hoxha
Eurokommunismus ist Antikommunismus
Enver Hoxha untersucht in diesem Buch die verschiedenen Spielarten des Eurokommunismus, vor allem am Beispiel der sogenannten kommunistischen Parteien in Frankreich, Italien und Spanien. Er weist nach, daß alle diese Strömungen sich aus revisionistischen Grundlagen speisen und dem Kommunismus vollständig entgegengesetzt sind
256 Seiten DM 9,80
Verlag Roter Morgen

Enver Hoxha
Begegnungen mit Stalin



Der Band enthält einen längeren Aufsatz, den Enver Hoxha anläßlich des 100. Geburtstags von Josef Stalin schrieb, sowie Aufzeichnungen über die fünf Zusammenkünfte der beiden Parteiführer in Moskau
200 Seiten, DM 8,80
Verlag Roter Morgen, Dortmund, August 1980
ISBN 3-88196-210-7



Betrachtungen über China, Band I
(1962-1972)
Aus dem politischen Tagebuch
819 Seiten, DM 14,00
Tirana 1979

Betrachtungen über China, Band II
(1973-1977)
Aus dem politischen Tagebuch
819 Seiten, DM 14,00
Tirana 1979

Enver Hoxha
Imperialismus und Revolution
537 Seiten, DM 9,80
Tirana 1979

Enver Hoxha
Die jugoslawische „Selbstverwaltung" — kapitalistische Theorie und Praxis
115 Seiten, DM 2,10
Tirana 1978

Enver Hoxha
Albanien schreitet sicheren Schritts und unerschrocken voran
Rede auf dem Treffen mit den Wählern des Wahlbezirks Nr. 209 in Tirana am 8. November 1978
56 Seiten, DM 1,20
Tirana 1978

Enver Hoxha
Der Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chruschtschow-Revisionismus
Aus dem 19. Band der Werke. Erste deutsche Buchausgabe mit bisher unveröffentlichten Briefen, Reden, Berichten, Radiogrammen und Gesprächsprotokollen aus der Zeit von Juni bis Dezember 1960 Autorisierte Übersetzung, Verlag Roter Morgen, Kunstledereinband mit Goldprägung, 356 Seiten, DM 12,00
ISBN 3-88196-203-4

Enver Hoxha
Bericht über die Tätigkeit des ZK der PAA an den VII. Parteitag der PAA
1. Nov. 1976.
Autorisierte Übersetzung
Verlag Roter Morgen
270 Seiten, DM 5,80
ISBN 3-88196-205-0

Enver Hoxha
Bericht über die Tätigkeit des ZK der PAA an den V. Parteitag der PAA
1. Nov. 1966
Verlag Naim Frasheri, Tirana, Unveränderter Nachdruck
Verlag Roter Morgen
280 Seiten, DM 5,00
ISBN 3-88196-206-9

Enver Hoxha
Ausgewählte Reden und Aufsätze
Aus den Jahren 1957-1974. Mit z. T. bisher unveröffentlichten grundlegenden Reden und Aufsätzen
Verlag Roter Morgen
249 Seiten, DM 4,00
ISBN 3-88196-201-8

Weitere Bücher aus und über Albanien



Mehmet Shehu
Der Kampf um die Befreiung Tiranas
132 Seiten. DM 3,30

Gaqo Bushaka
Der schwarze Umhang
Roman
266 Seiten, DM 3,90

Sterjo Spasse
Sie waren nicht allein
Roman
356 Seiten, DM 4,40

Ali Abdihoxha
Stürmischer Herbst
Roman
247 Seiten, DM 5,00

Arben Puto
In den Annalen der englischen Diplomatie geblättert
Die albanienfeindlichen Pläne Großbritanniens im zweiten Weltkrieg anhand der Dokumente des Foreign Office.
246 Seiten, DM 5,50

Ismail Kadare
Das Epos der Recken
Eine Abhandlung über das albanische Heldenepos.
44 Seiten, DM 2,00

Vangjel Moissi
Alexander Moissi
Über das Leben des großen albanischen Schauspielers
179 Seiten, DM 5,50

Dritero Agolli
Kommissar Memo
Roman über den Befreiungskampf des albanischen Volkes gegen die faschistische Besatzung
322 Seiten, DM 4,80
Tirana 1976

Dritero Agolli
Mutter Albanien
Ein Gedicht, geschrieben im 30. Jahr der Befreiung Albaniens
84 Seiten, DM 2,10
Tirana 1976

Stürmische Jahre
21 Kurzgeschichten und Reportagen aus der Sozialistischen Volksrepublik Albanien
196 Seiten, illustriert, DM 6,80
Rotfront-Verlag Kiel
ISBN 3-881967-005-3

Bildbände

Gju me gju me popullin
(Mit dem Volk auf Du und Du)
Bildband über Enver Hoxha. Herausgegeben anläßlich seines 70. Geburtstages. In albanischer Sprache
250 Seiten, DM 18,00
Tirana 1978

100 Jahre J.W. Stalin
In englischer Sprache
130 Seiten, DM 12,00
Tirana 1979

Albanian Figurative Arts: Painting
Bildband albanischer Malerei In englischer Sprache mit deutscher Textbeilage
217 farbige Abbildungen, DM 18,00
Tirana 1978

Klasa Punetore ne artet figurative
Bildband albanischer Malerei und Bildhauerei
DM 12,00
Tirana 1977

Udhetim neper Shqiperi (A Tour through Albania)
Eine fotografische Reise, die uns Albanien näher bringt. 63 Farbfotos, Begleittext in englischer und französischer Sprache
DM 4,80
Tirana 1977

Zef Bumci
Maska Te Çierra
Politische Karikaturen aus Albanien
101 Seiten, DM 6,00
Tirana 1976

Gjirokastra — Museumsstadt
Bildband über die architektonischen Kunstwerke der alten Stadt Gjirokastra.
DM 18,00
Tirana 1978

Filmi Shqiptar (Albanische Filme)
Bildberichte über die albanische Filmproduktion
217 Seiten
DM 15,00 (broschiert)
DM 18,00 (Leinen)
Tirana 1977

Gjergij Kastrioti Skenderbeu
Bildband über das Leben und den Kampf Skenderbegs. Mit vielen zeitgenössischen Bildern und Dokumenten. In albanischer Sprache.
153 Seiten. DM 18,00
Tirana 1967

Schallplatten aus Albanien
13 verschiedene Schallplatten mit albanischer Volksmusik. Singles, Stück DM 5,00

Qilima Shqiptare (Albanische Kelims)
Eine Geschichte der traditionellen Web- und Knüpfkunst des albanischen Volkes. Mit 54 farbigen Abbildungen der Motive. In englischer, französischer und albanischer Sprache.
Tirana DM 21,00

Les Lettres Albanaises
Albanische Zeitschrift für Literatur und Kunst, in der Beiträge albanischer Prosa, Lyrik, Malerei usw. veröffentlicht werden. In französischer Sprache.
Erscheint vierteljährlich.
Einzelheft DM 6,00

Weitere fremdsprachige Titel aus der SVR Albanien können wir auf Wunsch in Albanien bestellen.

Sprachbücher

Gjuha Shqipe I
Lehrbuch der albanischen Sprache.
Dieses Buch ist überwiegend in albanischer Sprache geschrieben — das Vorwort ist zusätzlich in englischer und französischer Sprache.
Am Ende des Buches sind die in diesem Buch benutzten Wörter noch einmal in englischer und französischer Sprache abgedruckt.
Das Buch beginnt mit sehr einfachen Lektionen.
221 Seiten, DM 6,00
Tirana 1975

Gjuha Shqipe II
Lehrbuch der albanischen Sprache für Fortgeschrittene.
299 Seiten, DM 6,00
Tirana 1978

Fjalor Gjermanisht — Shqip
Deutsch-albanisches Wörterbuch
25000 Stichwörter 564 Seiten
DM 8,40
Tirana 1979

Neuerscheinungen aus Albanien



Anastas Kondo
...Zwischen zwei Feuern
Roman. Im Mittelpunkt der Handlung stehen zwei geologische Expeditionen auf der Suche nach Phosphorerz in den albanischen Bergen. 318 Seiten, DM 6,00

Landwirtschaft in der SVR Albanien
89 Seiten, zahlreiche Fotos. DM 3,00

Epopeja e luftes antifashiste nacionalclirimtare e popullit shqiptar 1939 - 1944
(Bildband über den antifaschistischen Befreiungskampf des albanischen Volkes.) Mit zahlreichen Dokumenten, Karten, Faksimiles. In albanischer Sprache.
DM 30,00

Fotoband über das Leben und künstlerische Schaffen von
Alexander Moissi
108 Seiten.

Kruja und seine Denkmäler
Bildband über die Heimatstadt des albanischen Nationalhelden Skanderbeg. Begleittext in deutsch, englisch, französisch.
97 Abbildungen, DM 15,00

Im Land der roten Skipetaren Reportagen aus Albanien

Der Redakteur D. Schneider bereiste 1979 die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Im Anschluß daran entstanden die vorliegenden Reportagen, die einen aufschlußreichen Einblick in das — im Westen weitgehend unbekannte — Leben im heutigen Albanien geben.

291 Seiten, DM 12,80, ISBN 3-88196-062-7



Politische Dokumente aus der SVR Albanien

Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens 1929-1970



Bearbeitet vom Institut für marxistisch-leninistische Studien, veröffentlicht laut Beschluß des ZK der PAA
Tirana 1971
746 Seiten, DM 8,00

Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien
verabschiedet von der Volksversammlung, 28. 12. 1976
57 Seiten, DM 1,25
Tirana 1977

Statut der Partei der Arbeit Albaniens
Nachdruck Verlag Roter Morgen
ISBN 3-88196-043-0
71 Seiten, DM 1,20
Tirana 1978

Die Forderung „Kosova-Republik" kann weder mit Gewalt noch mit leerem Geschwätz mundtot gemacht werden.
Artikel aus „Zëri i Popullit" vom 12.9.81, 38 Seiten, DM 0,60

Über die Ereignisse in Kosova
Artikel aus „Zeri i popullit" und anderen Organen.
198 Seiten, DM 1,80
Tirana 1981

H. Banja
V. Toci
Das sozialistische Albanien auf dem Weg der Industriealisierung



213 Seiten, viele Fotos. DM 2,40
Tirana 1978

Aspekte des Aufbaus des Sozialismus in der SVR Albanien und die Krise des Kapitalismus
71 Seiten, DM 1,80
Tirana 1978

Brief des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und der albanischen Regierung an das ZK der Kommunistischen Partei Chinas und die chinesische Regierung (29. Juni 1978)
Dokument über die wahren Ursachen und Hintergründe des Abbruchs der Wirtschafts- und Militärhilfe für Albanien durch die chinesische Regierung am 7. Juli 1978
64 Seiten, DM 0,90
Tirana 1978

Probleme der heutigen Weltentwicklung
Referate auf der Wissenschaftlichen Tagung in Tirana im Oktober 1978
167 Seiten, DM 1,50
Tirana 1978

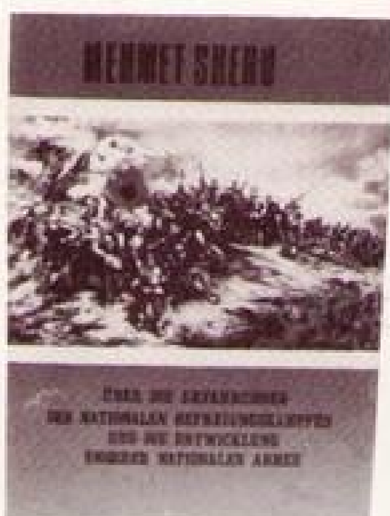
Die kriegstreiberische chinesische Politik und Hua Kuo-Fengs Besuch auf dem Balkan
Aus „Zeri i Popullit" vom 3. September 1978
24 Seiten, DM 0,60
Tirana 1978

Theorie und Praxis der Revolution
Redaktioneller Artikel der Zeitung „Zeri i Popullit", Organ des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens
7. Juli 1977
39 Seiten, DM 0,50
Tirana 1977

Ramiz Alia
Die Revolution — eine Frage, die zur Lösung ansteht
46 Seiten, DM 0,90
Tirana 1978

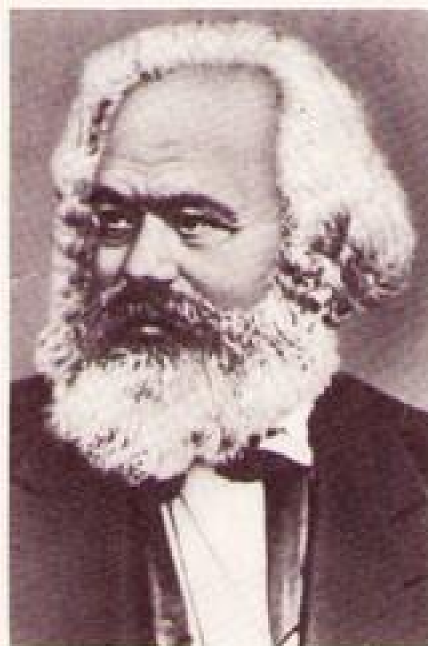
Mehmet Shehu
Bericht über die Direktiven des VII. Parteitages der PAA für den 6. Fünfjahresplan der Entwicklung in Wirtschaft und Kultur der Volksrepublik Albanien in den Jahren 1976-1980
Erstattet auf dem 7. Parteitag der PAA, 4. 11. 1976
126 Seiten, DM 1,90
Tirana 1977

Mehmet Shehu
Über die Erfahrungen des Nationalen Befreiungskampfes und die Entwicklung unserer Nationalen Armee



128 Seiten, DM 2,10
Tirana 1978

Schriften von Karl Marx



Karl Marx
Lohn, Preis und Profit
80 Seiten, DM 0,55
Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Das Elend der Philosophie
256 Seiten, DM 5,20,
Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Der Bürgerkrieg in Frankreich
Adresse des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation, vermehrt durch die beiden Adressen des Generalrates über den Deutsch-Französischen Krieg und durch eine Einleitung von Friedrich Engels.
Vier Bildbeilagen und drei Faksimiles.
Kunstleder, 332 Seiten,
DM 4,80, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Kritik des Gothaer Programms
104 Seiten, DM 1,10



Karl Marx
Lohnarbeit und Kapital
98 Seiten, DM 1,10

Karl Marx
Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte
160 Seiten, DM 3,20,
Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Zur Kritik der politischen Ökonomie
300 Seiten, DM 5,55,
Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx
Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie"
80 Seiten, DM 1,00

Karl Marx
Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln
Mit einer Einleitung von Friedrich Engels und Dokumenten. Drei Faksimiles, Kunstleder, 187 Seiten,
DM 3,75, Dietz-Verlag, Berlin

Schriften von Friedrich Engels



Friedrich Engels
Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
132 Seiten, DM 1,30

Friedrich Engels
Grundsätze des Kommunismus
31 Seiten, DM 0,60

Friedrich Engels
Anti-Dühring
516 Seiten, DM 4,80

Friedrich Engels
Der Deutsche Bauernkrieg
179 Seiten, zehn Bildbeilagen, zwei Faksimiles und zwei Kartenbeilagen, DM 3,75,
Dietz-Verlag, Berlin

Friedrich Engels
Die Rolle der Gewalt in der Geschichte
Kunstleder, 216 Seiten, zwei Faksimiles, DM 4,25,
Dietz-Verlag, Berlin

Friedrich Engels
Dialektik der Natur
452 Seiten, DM 4,20

Friedrich Engels
Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen

Friedrich Engels
Revolution und Konterrevolution in Deutschland
188 Seiten, DM 4,05,
Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Friedrich Engels
Die Lage der arbeitenden Klasse in England
432 Seiten, DM 5,35,
Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Friedrich Engels
Zur Bauernfrage
92 Seiten, DM 1,10,
Dietz-Verlag, Berlin

Friedrich Engels
Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
96 Seiten, DM 0,70,
Dietz-Verlag, Berlin

Friedrich Engels
Einführung in „Das Kapital" von Marx
160 Seiten, DM 1,30,
Dietz-Verlag, Berlin

Friedrich Engels
Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
264 Seiten, DM 4,30

Literatur zur Arbeiterbewegung



Ernst Thälmann
Kampfreden und Aufsätze
Aus den Jahren 1923-1932. Die Auswahl wurde erstmals anläßlich der Präsidentschaftswahlen von der KPD herausgegeben
100 Seiten, DM 1,50
Verlag Roter Morgen
ISBN 3-88196-001-5

Nikolai Ostrowski
Wie der Stahl gehärtet wurde
Roman aus der Zeit der russischen Revolution
447 Seiten, DM 8,00
Weltkreis-Verlags-GmbH

A. Schapowalow
Mit Lenin in Sibirien
Erinnerungen eines alten Bolschewiken
90 Seiten, DM 0,50
Rotfront-Verlag, Kiel
ISBN 3-88197-910-7

Michael Sayers,
Albert E. Kahn
Die Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzkisten gegen die Sowjetunion 1926-1936
Das Buch berichtet über die konterrevolutionären Machenschaften des Blocks der Rechten und Trotzkisten bis zu ihrer Zerschlagung in den Moskauer Prozessen 1936
464 Seiten, DM 13,50
Rotfront-Verlag, Kiel
ISBN 3-88197-101-7

Es lebe die Pariser Kommune!
Eine Bildergeschichte über die Entstehung und den Kampf der Pariser Kommune
64 Seiten, DM 1,20
Rotfront-Verlag, Kiel
ISBN 3-88197-302-8

K. Olectiv
Die letzten Tage von ...
Erstmalig 1931 in der „Roten Fahne" als Fortsetzungsroman veröffentlicht
110 Seiten, DM 4,30
VKT, Münster
ISBN 3-87811-101-0

Berta Lask
Leuna 21
Roman über die Märzkämpfe 1921 in Mitteldeutschland, über den Kampf der 20000 Leuna-Arbeiter, die ihr Werk zur roten Festung ausbauten
144 Seiten, DM 3,50
VKT, Münster
ISBN 3-87811-105-3

Iwan Popow
Als die Nacht verging
Ein Roman über den illegalen Kampf der Bolschewiki unter der Stolypinschen Reaktion nach 1907
Rotfront-Verlag, Kiel

Band I
252 Seiten, DM 7,80
ISBN 3-88197-007-X

Band II
344 Seiten, DM 9,80
ISBN 3-88197-009-6

Dimitroff — Der Held von Leipzig
140 Seiten, DM 3,50
NAV, Dortmund

M. Kalinin,
K. Kalaschnikow
Über bolschewistische Agitation
110 Seiten, DM 4,50
VKT, Münster

Erich Weinert
Camaradas
Ein Buch über den spanischen Bürgerkrieg
326 Seiten, DM 7,50
Rotfront-Verlag, Kiel
ISBN 3-88197-002-9

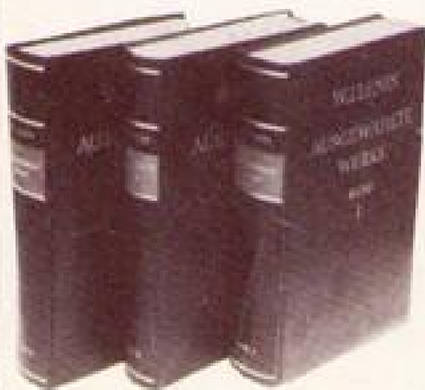
M. Glasser
Über die Arbeitsmethoden der Klassiker des Marxismus-Leninismus
104 Seiten, DM 3,25
NAV, Berlin

Schriften von W.I. Lenin



W.I. Lenin
Staat und Revolution
152 Seiten, DM 2,15, Dietz-Verlag, Berlin

W.I. Lenin
Ausgewählte Werke in drei Bänden



Band I
982 Seiten, ein Foto, zwei Faksimiles, DM 8,00

Band II
904 Seiten, ein Foto, sechs Faksimiles, DM 8,00

Band III
956 Seiten, ein Foto, vier Faksimiles, DM 8,00, Dietz-Verlag, Berlin

W.I. Lenin
Über den Staat
36 Seiten, DM 0,60

W.I. Lenin
Was tun?
294 Seiten, DM 2,50
Dietz Verlag, Berlin

W.I. Lenin
Siegreicher Oktober
Reden und Artikel zu Jahrestagen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (1918-1922), 128 Seiten, DM 1,30, Dietz-Verlag, Berlin

W.I. Lenin
Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus
136 Seiten, DM 1,60, Dietz-Verlag, Berlin

W.I. Lenin
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
158 Seiten, DM 1,10, Dietz-Verlag, Berlin

W.I. Lenin
Marxismus und Revisionismus. Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus
32 Seiten, DM 1,20, Nachdruck Verlag Roter Morgen 1977, ISBN 3-88196-120-8

Lenin über Krieg und Frieden
(Drei Artikel)
122 Seiten, DM 1,30

Lenin zur nationalen und kolonialen Frage
(Drei Artikel)
52 Seiten, DM 0,70

W.I. Lenin
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
192 Seiten, DM 1,80

W.I. Lenin
Materialismus und Empiriokritizismus
512 Seiten, DM 4,60

W.I. Lenin
Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus
Karl Marx, Über den Staat, 83 Seiten, DM 0,65, Dietz-Verlag, Berlin

W.I. Lenin
Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik"
192 Seiten, DM 2,00

W.I. Lenin
Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky
156 Seiten, DM 1,70

W.I. Lenin
Über Agitation und Propaganda
Eine Auswahl, 250 Seiten, DM 4,80, NAV, Westberlin

W.I. Lenin
Die Aufgaben der Jugendverbände
24 Seiten, DM 0,35, Dietz-Verlag, Berlin

Reihe Leninismus

Zusammengestellt aus den Werken der großen Lehrer des Proletariats, sieben Hefte, Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR. Moskau 1935/36, Nachdruck Rotfront-Verlag, Kiel

Heft 1
Was ist Leninismus?
Die Definition des Leninismus / Seine historischen Wurzeln / Seine Weiterentwicklung / Methode und Theorie.
125 Seiten, DM 5,00

Heft 2
Die Theorie der proletarischen Revolution
Die Widersprüche des Imperialismus / Die Voraussetzungen der proletarischen Revolution / Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus / Das Reißen der Kette des Imperialismus im schwächsten Kettenglied / Die Typen und die Etappen der Revolution / Die revolutionäre Krise
164 Seiten, DM 5,00

Heft 3
Die Diktatur des Proletariats
Die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat / Die Diktatur des Proletariats und ihre drei Seiten / Der neue Staatstypus / Die Sowjets als Form der Diktatur / Die Festigung der Diktatur und die Schaffung der Voraussetzungen für das Absterben des Staates
113 Seiten, DM 5,00

Heft 4
Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus
Die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in einem Land / Die „Neue Ökonomische Politik" / Die entfaltete sozialistische Offensive / Sozialismus und Kommunismus
127 Seiten, DM 5,00

Heft 5
Die Agrar- und Bauernfrage
- vergriffen –

Heft 6
Die nationale und koloniale Frage
Die Fragestellung / Das Proletariat und die nationale Befreiungsbewegung / Das bolschewistische Programm in der nationalen und kolonialen Frage / Die kolonialen Revolutionen und nationalen Bewegungen im Nachkriegseuropa / Die nationale Frage unter der Diktatur des Proletariats
177 Seiten, DM 5,00

Heft 7
Die Strategie und Taktik der proletarischen Revolution
Die Wissenschaft von der Leitung der Klassenkämpfe des Proletariats / Die Lehre von den Formen des Kampfes der Arbeiterklasse / Strategische und taktische Leitung / Revolutionäre und reformistische Leitung / Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale
95 Seiten, DM 6,00

Werke und Schriften von J.W. Stalin



J.W. Stalin
Gesammelte Werke in 16 Bänden

Erste vollständige deutsche Ausgabe. Die bisher erschienene 13bändige Ausgabe wurde durch die Bände 14 (Werke von 1934-1945) und 15 (Werke von 1945-1952) und als 16. Band der „Geschichte der KPdSU (B) — Kurzer Lehrgang" ergänzt 16 Bände, DM 99,00, Verlag Roter Morgen, Dortmund, ISBN 3-88196-100-3

Werke — Band 1
(1901-1907)
392 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-101-1

Werke — Band 2
(1907-1913)
392 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-102-X

Werke — Band 3
(März-Oktober 1917)
408 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-103-8

Werke — Band 4
(November 1917-1920)
398 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-104-6

Werke — Band 5
(1921-1923)
398 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-105-4

Werke — Band 6
(1924)
392 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-106-2

Werke — Band 7
(1925)
376 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-107-0

Werke — Band 8
(Januar-November 1926)
374 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-108-9

Werke — Band 9
(Dezember 1926-Juli 1927)
342 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-109-7

Werke — Band 10
(August-Dezember 1927)
358 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-110-0

Werke — Band 11
(1928-März 1929)
352 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-111-9

Werke — Band 12
(April 1929-Juni 1930)
360 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-112-7

Werke — Band 13
(Juli 1930-Januar 1934)
386 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-113-5

Werke — Band 14
(Februar 1934-April 1945)
406 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-114-3

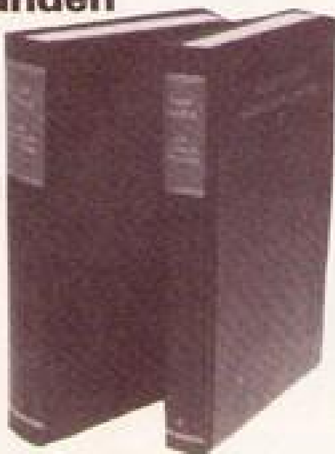
Werke — Band 15
(Mai 1945-Oktober 1952)
378 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-115-1

Werke — Band 16
(Ergänzungsband)
Geschichte der KPdSU (B) — Kurzer Lehrgang. Unter Redaktion einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU (B), gebilligt vom ZK der KPdSU (B), 1938
460 Seiten, DM 9,00, ISBN 3-88196-116-X

Achtung! Neuer Preis! Nur noch DM 99,00!

Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels

Karl Marx, Friedrich Engels
Ausgewählte Schriften in zwei Bänden



Band I
Kunstleder, 761 Seiten, zwei Abbildungen, DM 8,00

Band II
Kunstleder, 616 Seiten, DM 7,00, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx, Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei
96 Seiten, DM 1,30

Karl Marx
Friedrich Engels
Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung
Band I (Von der Frühzeit bis zum 18. Jhrt.)
784 Seiten, DM 13,00
Band II (Die erste Hälfte des 19. Jhrts.)
812 Seiten, DM 13,00
Band III (Die zweite Hälfte des 19. Jhrts.)
1080 Seiten, DM 16,50

Karl Marx, Friedrich Engels
Über Kunst und Literatur



Band I
Leinen, 672 Seiten, DM 17,60

Band II
Leinen, zwei Faksimiles, DM 17,60, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx, Friedrich Engels
Die Heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik
247 Seiten, DM 4,80, Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

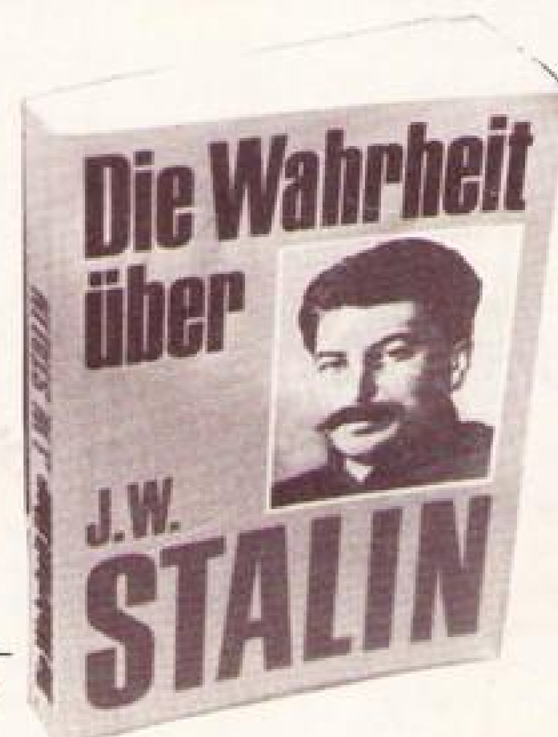
Karl Marx
Friedrich Engels
Irland. Insel in Aufruhr
302 Seiten, DM 8,35

Karl Marx, Friedrich Engels
Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten
73 Seiten, DM 1,00, Dietz-Verlag, Berlin

Die Wahrheit über Stalin

Zurückweisung der häufigsten Beschludigungen gegen Stalin anhand von Dokumenten und Zeugnissen.

298 Seiten, DM 8,– ISBN 3-88196-060-0



J.W. Stalin
Ausgewählte Werke in zwei Bänden





Die erste umfassende Auswahl von Stalins Werk, die seine grundlegenden und wichtigsten Schriften aus der Zeit von 1901 bis 1952 beinhaltet.

Band 1
493 Seiten, DM 12,50
ISBN 3-88 196-118-6
Band 2
513 Seiten, DM 12,50
ISBN 3-88 196-119-4

Lieferbedingungen:

Abonnements gegen Vorausrechnung, erste Lieferung nach Eingang der Zahlung. Jahresabonnements werden immer bis Jahresende ausgestellt. Halbjahresabos bis 30.6. oder 31.12. Private Buchbestellungen über DM 20,00 nur per Nachnahme. Buchhandlungen erhalten 30 Prozent Rabatt und 30 Tage Zahlungsziel.

Bank: Stadtsparkasse Dortmund, Kto-Nr.: 321000290
PSchA Dortmund, PSchKto.: 79600 — 461

Verlag Roter Morgen, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Tel.: 0231/433691 — 92

Ein Staat der Diktatur des Proletariats

Die Macht wird vom Volke ausgeübt

Schaut man sich die gegenwärtigen Ereignisse in Polen an, aber auch die Verhältnisse in anderen scheinbar sozialistischen Staaten in Osteuropa, so fällt auf, welch großer Widerspruch zwischen den Rechten der Arbeiterklasse auf dem Papier, teilweise in der Verfassung, und in der Wirklichkeit besteht.

Das führt natürlich zu einer gewissen Skepsis gegenüber dem Sozialismus, als welchen die Machthaber in Warschau und anderswo ja ihr System bezeichnen. Wie dies in einem wirklich sozialistischen Staat aussieht, wo solche Rechte alltägliche Wirklichkeit sind, das kann man in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien deutlich sehen.

„Die Massen bauen den Sozialismus auf, die Partei erzieht sie dazu" — gemäß dieser Leitlinie des Genossen Enver Hoxha hat die Partei der Arbeit große Anstrengungen unternommen, die parteilosen Massen und die einfachen kommunistischen Arbeiter und Bauern an den Staats- und Verwaltungsgeschäften führend zu beteiligen. So ist es kein Zufall, daß drei Viertel der Funktionäre des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen parteilose Arbeiter und Bauern sind. Dies ist nicht nur eine zahlenmäßige, formale, papierene Entwicklung. Denn: Diese Organe sind ja keine parlamentarischen, in denen nur diskutiert, nicht aber durchgeführt wird. Dies sind Räte, die die Durchführung ihrer Beschlüsse selbst organisieren. Weil diese Exekutivorgane sind, eben deshalb ist die Beteiligung großer Massen parteiloser arbeitender Menschen eine so wichtige politische Errungenschaft, drückt es doch aus, daß dort die Arbeiterklasse die Führung, die politische Macht hat.

Die ständige Entwicklung der Arbeiter- und Bauernkontrolle ist ebenfalls eine Gewähr für die Position der Werktätigen des Landes. Denn die Gruppen der Abeiter- und Bauernkontrolle haben das Recht, alle Probleme in ihrem Bereich zu untersuchen, nicht etwa nur kleine oder kommunale Probleme. Und sie haben selbstverständlich das Recht, beispielsweise einen Betriebsdirektor zu suspendieren und seine Absetzung zu verlangen, ein entsprechendes Verfahren einzuleiten. Die Arbeiter- und Bauernkontrolle, deren Teilnehmer mehrheitlich ebenfalls parteilose, klassenbewußte Arbeiter und Bauern sind, ist eine äußerst wichtige, und politisch in dieser Form und Tragweite erstmals angewandte Methode. Sie dient vor allem dem Kampf gegen den Bürokratismus und den Liberalismus.

Schaut man also nochmals auf die großen Debatten, die jetzt in Polen anstehen, auf die Forderung der polnischen Arbeiter, Einfluß auf die Besetzung der Direktorenposten zu nehmen, so können ihnen ihre albanischen Kollegen mit Recht antworten: „Bei uns ist das normal".

Eine weitere äußerst wichtige politische Maßnahme im Kampf gegen die Gefahr der Herausbildung einer neuen privilegierten Schicht ist die sozialistische Einkommenspolitik. Betrachtet man die Tatsache, daß in Ländern wie Polen oder der DDR selbst die offiziell eingestandenen Unterschiede von höchstem zu niederstem Lohn zwischen 20 bzw. 40 zu 1 liegen, während er in Albanien bei 2 zu 1 liegt, so zeigt das, wo man von gerechter sozialer Verteilung sprechen kann. Und wenn man berücksichtigt, daß in den pseudosozialistischen Staaten die Nebeneinkünfte, Prämienanmaßungen und der schwarze Markt große Quellen der Bereicherung der neuen Kapitalisten sind, so kann man sehen, welche Welten zwischen den Lebensverhältnissen der Arbeiter dieser Staaten und denen ihrer „Führer" liegen. Ohne daß in Albanien dabei eine Politik der absoluten Gleichmacherei betrieben werden würde. Leistungsstarke Arbeiter und Schwerarbeiter verdienen dort mehr als Betriebsdirektoren oder Minister.

Das sind nur einige — wenn auch einige der wichtigsten — Maßnahmen, mit denen in der SVR Albanien, durch die Politik der Partei der Arbeit, für eine ständige Festigung des Sozialismus und für die Machtentfaltung der Arbeiterklasse sowie ihrer Sicherung gearbeitet und gekämpft wird. Und dies sind ohne Zweifel Methoden und Wege, die für jedes sozialistische Land als Vorbild dienen können und müssen, wenn es darum geht, die Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats zu festigen und zu entwickeln. Und es ist eben Diktatur der Arbeiterklasse, wenn beispielsweise ihre Arbeiter- und Bauernkontrolle zusammen mit ihrer Partei einen Funktionär, der verbürokratisiert ist, absetzt und zur Arbeit schickt.



Die Arbeiter- und Bauernkontrolle bei der Arbeit.

In revolutionärer Atmosphäre

Wie die Arbeiter- und Bauernkontrolle arbeitet

Die folgenden Auszüge aus dem Buch des Chefredakteurs des „Roten Morgen", Detlef Schneider, „Im Land der roten Skipetaren" zeigen sehr anschaulich, wie die Arbeiter- und Bauernkontrolle in der SVR Albanien arbeitet und kämpft.

In einem der großen und hellen Räume des Kulturpalastes von Durres begegne ich den Vertretern einer Einrichtung, für die man in der heutigen Welt, aber auch in der Geschichte vergebens Entsprechendes suchen würde: Es handelt sich um die Arbeiter- und Bauernkontrolle. Vier Kollegen aus verschiedenen Betrieben der albanischen Hafenstadt sind es, drei Arbeiter und eine Arbeiterin, alle vier gestandene Leute so um die 40 Jahre, die mir gemeinsam mit einem Sekretär des Parteikomitees von Durres über ihre ungewöhnliche Tätigkeit berichten wollen.

Natürlich hatte ich vorher schon einiges über diese in Albanien entwickelte Form der sozialistischen Demokratie gehört. Trotzdem bin ich überrascht, als mir die Genossen als erstes sagen, daß sie nur vier von 6600 sind. So groß ist nämlich die Zahl der Mitglieder in den verschiedenen Kontrollgruppen allein im Bezirk Durres. So scheint die Arbeiter- und Bauernkontrolle weniger eine Institution als vielmehr eine richtige Massenbewegung zu sein.

Und was sind ihre Aufgaben? Nun, wie der Name sagt: Erstens bestehen die Gruppen aus Arbeitern und Bauern — und zwar ausschließlich —, Angehörige der Volksintelligenz, etwa Kader der verschiedenen Ebenen, können sich grundsätzlich nicht daran beteiligen. Und zweitens führen diese Gruppen Kontrollen durch, und zwar überall — in den Betrieben und landwirtschaftlichen Genossenschaften wie im Staatsapparat, im Handelswesen, in den Krankenhäusern oder in den Schulen. Wo immer etwas faul ist in Albanien, kann man sicher sein, daß über kurz oder lang — und meistens sehr schnell — die Arbeiter- und Bauernkontrolle in Aktion tritt und den Dingen auf den Grund geht. (...)

Nehmen wir einen Betriebsdirektor. Über seine Berufung oder Absetzung entscheiden im Einvernehmen mit der Partei die zuständigen Gremien des Staatsapparates. Allerdings nicht alleine. Denn eine solche Sache wird grundsätzlich in der Belegschaft diskutiert. Und sie muß der Entscheidung auch zustimmen. Tut sie es nicht, will sie zum Beispiel den Direktor nicht haben, dann kann er auch nicht seinen Posten einnehmen. Nichts läuft in Albanien ohne die Zustimmung der Massen. Die Arbeiter- und Bauernkontrolle kann in dieser Hinsicht also nur Vorschläge einbringen. In der Regel jedoch sind ihre Forderungen nach personellen Konsequenzen richtig. Und warum sollten dann die Beteiligten, die ja alle das gleiche Interesse haben, ihnen nicht entsprechen? (...)

Auch auf den Staatsapparat erstreckt sich die Arbeiter- und Bauernkontrolle. Die Genossen von Durres hatten zum Beispiel Anfang des Jahres das Exekutivkomitee, die Verwaltung des Bezirks, unter die Lupe genommen und den gesamten Bereich des Wohnungsbaus überprüft. Als ich aus der Hafenstadt nach Tirana zurückgekehrt war, berichteten die Zeitungen über eine Kontrolle, die im dortigen Exekutivkomitee durchgeführt worden war. (Die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernkonrtolle vollzieht sich nicht im Geheimen, sondern ihre Ergebnisse werden sofort publiziert.) (...)

Die Gruppe, die ins Exekutivkomitee von Tirana gegangen war — so konnte man lesen — ist mit den Ergebnissen im großen und ganzen zufrieden gewesen. Natürlich gab es auch hier schwache Punkte. Da hatten manche Genossen den Produktionsmonat so lange vor sich hergeschoben, daß schließlich das Jahr um war. Andere wollten nicht im Winter, sondern nur zu den warmen Jahreszeiten in die Produktion gehen, und manche hatten sogar ein falsches Attest, das ihnen die körperliche Arbeit verbot. Das waren jedoch Ausnahmen. In der Regel hatten die Mitarbeiter des Komitees ihre Produktionstätigkeit mit Schwung und Freude angepackt.

Und was die Ausnahmen angeht, oder auch all die anderen schwachen Punkte, von denen mir die vier Genossen in Durres berichteten: Die Albaner denken nicht im Traum daran, ihre Fehler zu vertuschen. Im Gegenteil, sie decken ihre Schwächen in aller Öffentlichkeit auf und machen sich daran, sie zu beseitigen. Und dafür haben sie eben — unter anderem ihre Arbeiter- und Bauernkontrolle.

DER GROSSE WANDEL

Große wirtschaftliche Erfolge — Neue große Pläne

Leser, die bereits einiges über Albanien wissen, kennen die verblüffenden Beispiele der Entwicklung, die Albanien in den Jahren der Volksmacht erreicht hat. Wo früher Sümpfe waren, reifen heute riesige Weizenfelder. Terrassenfelder lassen den Anblick der einst kahlen Berge vergessen. Feinwerkzeug wird in Länder exportiert, die schon hochindustrialisiert waren, ehe in Albanien die erste Fabrik gegründet wurde, wie beispielsweise die Tschechoslowakei. Wie kommt es zu so einer Entwicklung, die das Gesicht eines Landes in 30 Jahren völlig verändert?



„Stahl der Partei" — oder die zweite Revolution wie dieses Stahlwerk in Elbasan auch genannt wird, stellt die Basis für die eigene sozialistische Schwerindustrie dar.

In Albanien, wo es vor 40 Jahren gerade 15000 Arbeiter gab, leben heute 500000 Menschen als Arbeiter — zusammen mit ihren Familien ein Drittel der Bevölkerung. Diese Menschen haben aus einem früher reinen Agrarland heute ein Land mit entwickelter Industrie gemacht. Diese Arbeit wurde von Partei und Staat geleitet und unterstützt. So tätigte der sozialistische Staat vier Fünftel seiner Investitionen auf dem Gebiet der Schwerindustrie. Lieferte die — vor der Befreikung faktisch nicht vorhandene — Industrie vor 20 Jahren noch rund 40 Prozent der nationalen Produktion, so waren es im letzten Jahr bereits 57 Prozent. Oder: wurden 1975 etwa 65 Prozent aller benötigten industriellen Ersatzteile im Inland produziert, so waren es 1980 bereits 95 Prozent. Oder: waren vor zehn bis 15 Jahren noch hauptsächlich Erze exportiert worden, so sind es seit Jahren bereits in der Mehrheit bearbeitete Rohstoffe, und gerade dieser Teil der Industrie wird noch mächtig weiter ausgebaut.

Die Schwerindustrie ist die Basis der eigenständigen sozialistischen Entwicklung, so lehrt es der Marxismus-Leninismus. Und dies zeigt auch die Erfahrung verschiedener Länder. Jene Länder, die sich von der Sowjetunion in deren „internationale sozialistische Arbeitsteilung" einspannen ließen, als die sowjetischen Revisionisten 1956 den Charakter des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe änderten, ihnen fehlt heute die wirtschaftliche Grundlage für eine eigenständige Entwicklung. Die albanischen Kommunisten lehnten diesen Weg ab und bekämpften, an der Spitze der albanischen Arbeiter und Bauern jene Gruppierungen innerhalb der eigenen Partei, innerhalb des eigenen Landes, die einen solchen Weg der Auslieferung auch für Albanien einschlagen wollten.

Tatsache ist, daß heute in Polen und Rumänien, Staaten die von ihrer Struktur her mit der SVR Albanien vergleichbar sind, Versorgungskrisen herrschen. Während der Lebensstandard der Albaner ständig ansteigt. Dies zeigt, daß es eine Lüge ist, wenn in der antisozialistischen Propaganda stets behauptet wird, in der zentralen Planwirtschaft müsse es notgedrungen solche Mängelerscheinungen geben. Die Pläne in Albanien sind Ergebnis einer intensiven langfristigen Debatte der Partei mit den parteilosen Massen und stellen keinen isolierten Akt technokratischer Spezialisten fern des Volkes dar. Und eben, weil es Pläne sind, die aus der Arbeiterklasse und ihrer Partei entstehen, gehen sie konkret herunter bis auf die tägliche Arbeit und vermeiden so die Fehler und Stauungen bürokratischer Planungen. Daß dabei große Anstrengungen gemacht werden, den Konsumhaushalt, sowohl der einzelnen Menschen, als auch der Allgemeinheit ständig zu verbessern, daß die Realeinkommen beständig ansteigen, das ist für einen wirklich sozialistischen Staat wie die SVR Albanien eine Selbstverständlichkeit.

In der Landwirtschaft gehen beispielsweise Umgestaltungen vor sich. Die Mechanisierung und Bewässerung, die mit der Hilfe des Staats organisiert wird, hat diesem einst so rückständigen Zweig ein neues Gesicht gegeben. Dieser Prozeß aber war erst möglich, durch den Zusammenschluß der Bauern zu Genossenschaften. Durch die Schaffung von landwirtschaftichen Staatsbetrieben, die als Vorbild wirken sollen und dies auch tun. Und durch die ständige Arbeit für die allmähliche Annäherung der Genossenschaften, des Gruppeneigentums also, an das allgemeine, an das Staatseigentum. Heute gibt es neben den 423 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften 41 solcher LPGs des höheren Typs, die ein Drittel des albanischen Bodens bearbeiten.

Gerade im letzten Jahr wurde eine große politische Kampagne begonnen, die sich zum Ziel setzt, das Privateigentum bei der Viehhaltung weiter einzuschränken — und angespornt durch die Ergebnisse der Großtierzucht und die Vorteile, die dieser Schritt der Vergesellschaftung auch für den Einzelnen bringt, ist diese Kampagne bereits weit vorangeschritten.

So wird, auf der Grundlage des ständigen wirtschaftlichen Aufschwungs, der von der sozialistischen Wirtschaft gewährleistet wird, der geduldige politischen Überzeugung und der Schaffung von Vorbildern, die den allseitigen Nutzen vergesellschafteten Produktionseigentums beweisen, nach und nach der Rest von Privateigentum in den bäuerlichen Wirtschaften allmählich überflüssig gemacht, abgeschafft.

So geht das Land, die Sozialistische Volksrepublik Albanien, mit einem Grad der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, den noch nie ein anderer sozialistischer Staat erreicht hatte, mit einer wirklich festen sozialistischen Basis, in die Zukunft.

Zum Havemann-Brief an Breschnew

Eine insgesamt gute Initiative

Im „Roten Morgen“ 43/81 haben wir einen Brief veröffentlicht, der auf Anregung des DDR-Wissenschaftlers Robert Havemann geschrieben wurde und den inzwischen 26 Bürger aus der DDR und zahlreiche Personen aus der BRD und Westberlin unterzeichnet haben. In dem Brief, der aus Anlaß von Breschnews Staatsbesuch in Westdeutschland an den sowjetischen Parteichef gerichtet ist, wird unter anderem gefordert, „die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen.“

In einem Schreiben an die Vertreter der Havemann-Initiative in Westberlin hat unsere Partei ihre Bereitschaft bekundet, den Brief an Breschnew — der als Anzeige in westdeutschen Zeitungen erscheinen soll — mit zu unterzeichnen. Zugleich sind in diesem Schreiben, das wir untenstehend abdrucken, einige kritische Anmerkungen zum Inhalt des Briefes an Breschnew gemacht worden.

Mit dem offenen Brief an Leonid Breschnew sind wir grundsätzlich einverstanden, und wir bitten Sie, die KPD auf die Liste der Unterzeichner zu setzen. 150 Mark haben wir auf das angegebene Postscheckkonto überwiesen.

Wir begrüßen diesen Brief vor allem wegen des darin entwickelten Grundgedankens, daß nämlich „die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation“ entzogen werden



Robert Havemann

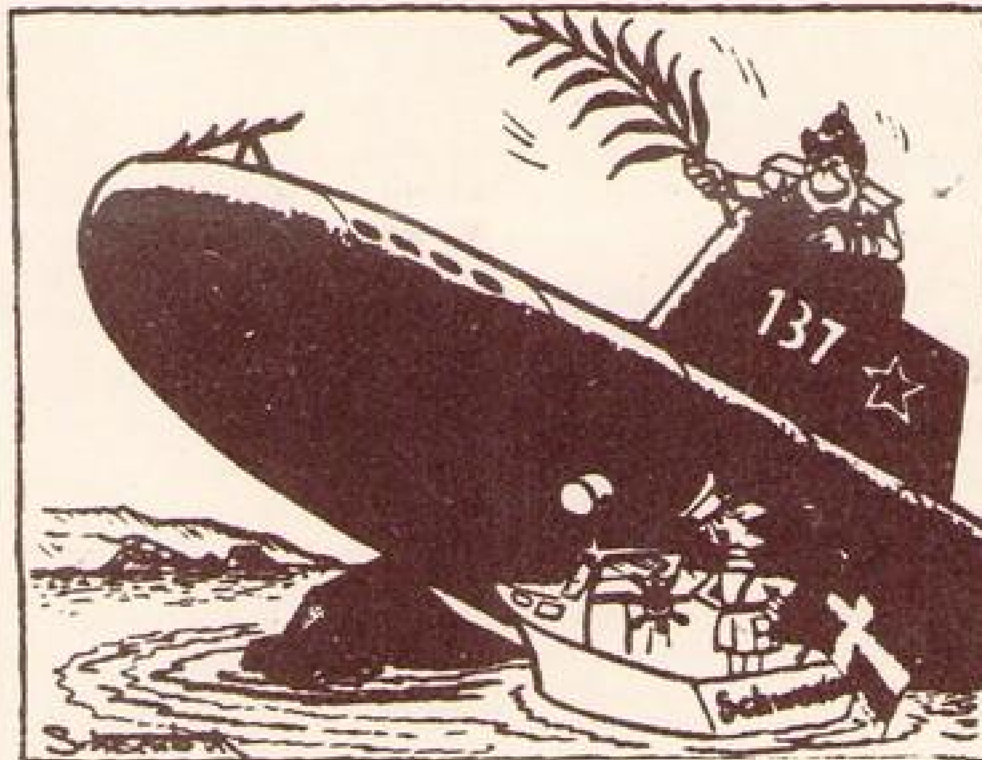
müssen. Auch wir sind der Ansicht, daß die Neutralisierung der beiden deutschen Staaten eine unabdingbare Voraussetzung für wirkliche Friedenssicherung in Europa ist. Wir unterstützen auch die in dem offenen Brief angesprochene Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa und sind mit den Verfassern der Meinung, daß die von unseren „Beschützern“ in Washington und Moskau nach Deutschland gebrachten Waffen tatsächlich nicht den Frieden sichern, sondern im Gegenteil die Kriegsgefahr verschärfen.

Einige Thesen in dem offenen Brief reizen uns allerdings zum Widerspruch, und wir möchten Ihnen hier in knapper Form unsere Positionen dazu darlegen. In dem Brief wird den beiden Militärblöcken ein defensiver Charakter unterstellt und ihre Konfrontation (wie sie im Wettrüsten zum Ausdruck kommt) daraus abgeleitet, daß es der einen Seite an Vertrauen in die defensiven Absichten der jeweils anderen fehlte. Unserer Meinung nach ist eine solche Sicht der Dinge unhaltbar.

Denn zum einen haben die beiden Supermächte als führende und beherrschende Kräfte der NATO bzw. des Warschauer Pakts wiederholt selbst ihren aggressiven Charakter erwiesen (Stichworte: Vietnam, El Salvador — Tschechoslowakei, Afghanistan). Zum anderen ist gerade in der letzten Zeit immer deutlicher geworden, daß die Supermächte, die von ihnen kommandierten Blöcke verstärkt in militärische Aggressionen und Kriegsvorbereitungen einbeziehen. Erinnert sei hier nur an die Bestrebungen Washingtons, eine europäische Beteiligung an der Eingreiftruppe zur Sicherung der amerikanischen Ölinteressen im Nahen Osten zu erlangen oder an die Stationierung von Militärpersonal der DDR in afrikanischen Einflußgebieten der Sowjetunion.

Was die Konfrontation zwischen den beiden Supermächten und ihren Blöcken betrifft, so liegt sie sicher nicht im mangelnden gegenseitigen Vertrauen begründet. Sie resultiert vielmehr aus dem Aufeinanderstoßen gegensätzlicher imperialistischer Interessen, aus dem Kampf der Supermächte um Märkte, um Rohstoffe und Einflußsphären. Gerade weil es nicht um Vertrauensdefizite, sondern um reale und handfeste Machtinteressen geht, ist die Gefahr des Umschlagens der allgemeinen Konfrontation in eine militärische Auseinandersetzung (die dann letztendlich vor allem Deutschland — an der Nahtstelle zwischen den Blöcken — zum Schlachtfeld eines Atomkrieges machen würde) gegenwärtig so groß.

Ein anderer wesentlicher Punkt der Kritik am offenen Brief betrifft einige der darin vorgeschlagenen Schritte auf dem Weg der notwendigen Neutralisierung beider deutscher Staaten. Vorgeschlagen werden



Kleine Panne — bei der „Friedensfahrt“

ein Friedensvertrag und eine Garantie der Großmächte für den angestrebten künftigen Status Deutschlands. Was der Friedensvertrag (zwischen den Staaten der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition und den beiden deutschen Staaten) angeht, so hätte er unter den heutigen Bedingungen kaum mehr als formalen Charakter. Wir wollen hier nur darauf verweisen, daß es inzwischen ein ganzes Geflecht von internationalen Verträgen zwischen beiden Seiten gibt — darunter auch die Ostverträge —, die im übrigen an der Konfrontation zwischen den Blöcken nichts geändert haben und auch deren Verschärfung nicht verhindern konnten.

Entscheidend erscheint uns in diesem Zusammenhang der folgende Gesichtspunkt: Mit der Forderung nach dem Friedensvertrag und der Garantie der Großmächte für ein neutralisiertes Deutschland wird der Kampf für ein künftiges neutrales Deutschland faktisch zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten gemacht. Damit würden wir gerade denjenigen, die sich als die Hauptkriegstreiber in der heutigen Welt erwiesen haben, das Schicksal unseres Landes in die Hände legen.

Wir haben doch im vergangenen „Jahrzehnt der Entspannung“ erleben müssen, daß der Prozeß der Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Atomrüstungen real dazu führte, daß beide Supermächte ihr atomares Vernichtungspotential vervielfacht haben. Warum sollten wir jetzt in einer so entscheidenden Frage wie der des Abkoppelns der deutschen Staaten von den Militärblöcken erwarten, daß ausgerechnet die Supermächte sich zu Fürsprechern und Garanten unserer Interessen machen würden?

In dem offenen Brief heißt es: „Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen...“ Eine richtige und notwendige Klarstellung. Daß wir unsere Probleme selbst lösen, ohne jede Einmischung der beiden Supermächte, das muß — so meinen wir — jedoch auch für die Fragen eines zukünftigen neutralen Status gelten. Die Garantie dieses Status von den Supermächten zu fordern, hieße, ihnen die Möglichkeit ständiger Einmischung einzuräumen und ihnen so eine Basis für die Durchsetzung ihrer jeweiligen imperialistischen Interessen gegenüber Deutschland zu schaffen.

Überdies sind wir der Meinung, daß eine Orientierung des Kampfes für die Neutralisierung auf etwaige Verhandlungen der Großmächte über einen Friedensvertrag auch dazu geeignet ist, in der Friedensbewegung Illusionen zu schaffen und sie von der Erkenntnis abzulenken, daß wirkliche Schritte — von der Verhinderung der NATO-„Nachrüstung“ bis zur Durchsetzung der Neutralisierung — nur durch unseren eigenen Kampf, durch die breiteste Mobilisierung **gegen** die Herrschenden gemacht werden können.

Wir verstehen unsere kritischen Bemerkungen als Beitrag zur Diskussion innerhalb der Friedensbewegung, einer Diskussion, die wir im Interesse des gemeinsamen Kampfes auch weiterhin für notwendig halten.

Ungeachtet dieser Kritik an einzelnen Punkten des offenen Briefes unterstützen wir — wie gesagt — die Initiative insgesamt, wobei wir abschließend herausheben möchten, daß wir einen besonders positiven Aspekt dieser Inititative gerade darin sehen, daß sie von Menschen im Osten und Westen Deutschlands gemeinsam getragen wird.

Mit solidarischen Grüßen
Politbüro der KPD
Horst-Dieter Koch

Apel sagt Teilnahme zu

Rekruten-Vereidigung in der Fabrik

Minister Apel findet „die Geschichte mit der Fabrik gut“ — das ließ er der Öffentlichkeit mitteilen. Gemeint mit der Fabrik ist die Firma Keiper in Rockhausen. Und bei der „Geschichte“ handelt es sich um einen für die Bundesrepublik bislang einmaligen Vorgang: die geplante Vereidigung von Bundeswehr-Rekruten auf dem Gelände eines Betriebs.

Was Apel als Geschichte bezeichnet, sorgt nun schon seit Monaten für einigen Wirben. Seit die Pläne der Verteidigung bei Keiper bekanntgeworden sind, hagelt es berechtigte Proteste dagegen, vor allem auch aus gewerkschaftlichen Kreisen. Der Betriebsrat der Firma allerdings unterstützt das militärische Spektakel nach wie vor. BR-Vorsitzender Jess: „Für uns wäre das eine prima Sache.“ Darin ist er sich völlig einig mit dem Firmen-Boß Putsch, der sogar gefordert hatte, daß er vor der Vereidigung gemeinsam mit dem Bürgermeister die Ehreformation abschreiten dürfte. Soweit allerdings wollten sogar die Herren in Bonn nicht gehen.

Die Frankfurter IGM-Jugend hat jetzt das geplante Militärspektakel noch einmal scharf verurteilt und eigene Protestveranstaltungen angekündigt. In einer Erklärung wird die Vereidigung auf dem Fabrikgelände als „geistige Aufrüstung“ bezeichnet, die der „Vorbereitung von Kriegen“ stets vorangegangen sei. Dem ist nur zuzustimmen. Tatsächlich sind die öffentlichen Gelöbnisfeiern ein provokativer Ausdruck einer forcierten Militarisierung der Gesellschaft.

Bei der Serie von öffentl chen Vereidigungen im vergangenen Jahr hat Apel eine schwere Niederlage einstecken müssen, weil nahezu jedes dieser Spektakel von massiven Protesten begleitet war. Daß er Vereidigungen jetzt ausgerechnet in eine Fabrik verlegen läßt und demonstrativ seine Teilnahme daran ankündigt, zeigt deutlich, wie wichtig der herrschenden Klasse diese Spektakel zur propagandistischen Kriegsvorbereitung sind. Widerstand dagegen — wie ihn die IGM-Jugend angekündigt hat — ist also eine notwendige Sache.

Plakate für den Friedenskampf

Einzelbestellungen: Pro Plakat 1 Mark plus Porto. Bestellungen an Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526.

LIEBER EIN NEUTRALES DEUTSCHLAND, ALS EIN NEUTRONEN-DEUTSCHLAND.



KPD
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

RAKETEN SIND MAGNETEN.

Bonn spendiert Massengrab

KPD
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

LIEBER RAUS AUS DER NATO, ALS REIN IN DEN 3.WELTKRIEG

Es gibt wichtigere Dinge als in Frieden zu leben
A FRIEND

KPD
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

WER WILL DENN GLEICH IN DIE LUFT GEHEN...



KPD
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Nicht ganz linientreu — selbst Tercuman verboten

Demokratisierungsfarce der türkischen Junta immer durchsichtiger

Faschistenprozeß faktisch geplatzt

ANKARA. — In der letzten Woche häuften sich die Meldungen aus der Türkei, die beweisen, daß der von verschiedenen westeuropäischen und insbesondere Bonner Politikern beschworene Demokratisierungsprozeß in der Herrschaft der Generale eine bloße Farce ist.

So wurde jetzt selbst dem weit rechts stehenden Verleger des Blattes „Tercuman" das weitere Erscheinen seiner Zeitung vorläufig verboten, weil sich seine Frau dort, nicht ganz linientreu, in einigen kritischen Worten über das kurz vorher ergangene Dekret zur Parteienauflösung ausließ. Die Zeitung hielt dieses Vorgehen für ungeschickt — das reicht in Evrens Staat bereits aus, um schweigen zu müssen.

Und genau solch eine Art von Demokratie soll auch die berufene verfassungsgebende Versammlung ausarbeiten: Einen Führerstaat, in dem nur zu Wort kommt, wer die Junta lobpreist. Die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP) hatte bereits sofort nach der Einberufung dieser „illustren Versammlung" in einer Erklärung diesen Schritt der Junta entschieden verurteilt.

Die Zusammensetzung der verfassungsgebenden Versammlung zeigt denn auch in aller Klarheit, daß es sich hier um einen geschäftsführenden Ausschuß der Reaktion handelt, die die passende Verfassung für die Militärjunta ausarbeiten soll. Jeden einzelnen der Mitglieder könnte man aufgrund vieler Tatsachen in diese Liste einreihen. So ist zum Beispiel der Vorsitzende der jetzigen Versammlung, Sadi Irmak, bereits ab 1973 Ministerpräsident der damaligen Militärregierung gewesen.

Der pensionierte Admiral Turgut Kunter ist neben seiner Mitgliedschaft in diesem Gremium auch noch Vorstand der Immobilien- und Kreditbank. Und auch der Vorstandsvorsitzende der Militärholding OYAK Generalmajor Fehmi Kuzuoglu ist dabei. Ebenso wie Generaloberst Tevfik Alpaslan und der Vorsitzende einer Kommission bei der allgemeinen Polizeidirektion Avni Müftüolu. Die lange Liste der Militärs wäre zu ergänzen durch eine ebensolange Liste führender Unternehmer und Verbandsfunktionäre des Landes und einigen Vertretern der extrem rechten Türk-Is-Gewerkschaft.

Diese Zusammensetzung der Versammlung bürgt für eine völlig reaktionäre Verfassung, die da ausgearbeitet wird, deren Fertigstellung nicht nur lange auf sich warten lassen, sondern auch den Prozeß der Selbstentlarvung weiter vorantreiben wird.

Ein weiteres Manöver der faschistischen Junta, der Prozeß gegen den Faschistenführer Türkes und Hunderte weiterer MHP-Mitglieder ist ebenfalls im Scheitern begriffen. Mit dem plötzlichen Rücktritt zweier Richter ist der Prozeß erst einmal unterbrochen, und nachdem die Anklagevertretung es Türkes bisher leicht gemacht hat, sich zu verteidigen, ist es noch nicht klar, ob dieser Scheinprozeß überhaupt fortgesetzt werden wird. Evren selbst will wohl Türkes verurteilen lassen, weil er in ihm einen möglichen Gegner sieht, der ihn ersetzen könnte, aber die Mehrheit der Militärs hat stets enge Verbindungen zur MHP gehabt.

Währenddessen wird der Massenhungerstreik der politischen Gefangenen gegen die Folter weiter fortgesetzt und dringt allmählich auch in die Öffentlichkeit Westeuropas vor, was dem Ansehen der Militärjunta und ihrer Unterstützer und Hintermänner schaden wird.



Politische Gefangene in der Türkei — rund 2000 sind im Hungerstreik gegen die Folter

Der europäische Millionenmarsch für den Frieden

Massendemonstrationen in Europa — gegen beide Supermächte

In London und Rom, Paris, Brüssel, Stockholm und Helsinki fanden am letzten Oktoberwochenende Massenaktionen für den Frieden statt. Jede einzelne dieser Demonstrationen, an denen zusammen weit über eine Million Menschen teilnahmen, war in dem jeweiligen Land entweder die größte Demonstration überhaupt oder doch seit langer Zeit.

Ein Kennzeichen dieser Aktionen war, daß sie sich sehr wohl gegen beide Supermächte richteten, was in der revisionistischen Berichterstattung peinlichst umgangen wird. So findet zum Beispiel die Tatsache, daß gerade in Rom und Paris an der Spitze der Demonstrationszüge die Forderung „Weder Pershing II noch SS 20" getragen wurde in der „UZ" der DKP keinerlei Erwähnung.

Aber hinter dieser einheitlichen Stoßrichtung waren ganz deutlich wichtige politische Unterschiede zu sehen. Während beispielsweise sowohl die Brüsseler als auch die Pariser Demonstration die eigene Regierung nahezu ausklammerten, war das in Rom und vor allem in London nicht der Fall.

So konnte der belgische Außenminister nach der Demonstration nicht ganz zu Unrecht seine Zufriedenheit darüber ausdrücken, daß es sich um keine einseitige Demonstration gegen die NATO, die ja ein Friedensbündnis sei, gehandelt habe.

Währenddessen stand in Rom die konkrete Forderung nach der Ablehnung der geplanten Stationierung von Cruise Missiles in Italien im Vordergrund, wobei die italienische Regierung als Knecht der USA dargestellt wurde und verschiedene Redner auf das Interesse der italienischen Monopole an der Aufrüstung hinwiesen.

Am klarsten kam dieser Aspekt in London zutage. Die von der Labour-Partei und den Gewerkschaften getragene Kampagne für atomare Abrüstung hat, entsprechend den Beschlüssen dieser Organisationen, die einseitige atomare Abrüstung Großbritanniens als ihr Ziel erklärt. Der Vertreter des linken Labour-Flügels, Tony Benn, erklärte, die Briten müßten sich genauso gegen das Pentagon und die Thatcher-Regierung erheben, wie das die Polen gegen den Kreml getan hätten.

In der Londoner Demonstration war auch die Parole „Arbeit statt Bomben" sehr stark vertreten — angesichts der inzwischen drei Millionen Arbeitslosen eine Forderung, die die gesamte Regierungspolitik frontal angreift.

Während die Regierungen und Regierungsparteien Italiens und Großbritanniens die Demonstrationen politisch angriffen und sie als einseitig abzeichneten, erklärte der US-Kriegsminister Weinberger, die Europäer seien „unfair" aber man werde sich im Pentagon nicht beirren lassen.

Großmachtpolitik arrogant gerechtfertigt

Sowjetisches U-Boot in Schweden — ein Spionageschiff

STOCKHOLM. — Das vor Karlskrona aufgelaufene sowjetische U-Boot P 137 lag Ende letzter Woche immer noch fest. Die schwedische Regierung hatte es ebenso entschieden abgelehnt, das Schiff zu bergen, bevor der Hergang geklärt sei, wie sie sich vorher geweigert hatte, es von sowjetischen Schiffen bergen zu lassen.

Eine Navigationspanne sei der Grund für das Eindringen des U-Bootes in schwedische Hoheitsgewässer. So lautete die offizielle Entschuldigung des sowjetischen Botschafters bei der schwedischen Regierung.

Diese — leicht zu widerlegende — Argumentation wurde denn auch sofort von allen revisionistischen und prosowjetischen Zeitungen aufgegriffen. So will man darüber hinwegtäuschen, daß dies kein Einzelfall ist, sondern ein Akt, der dem immer aggressiveren und arroganteren Auftreten der imperialistischen Sowjetflotte entspringt.

Ost- und Nordsee gehören zu den am meisten befahrenen Seegebieten der Welt und sind sehr wohl bekannt, und von Navigationspannen zu sprechen, wäre da zum ersten ein Armutszeugnis für die sowjetische Ausbildung. Das schwierige Schärengebiet erfordert außerdem gerade im Gegenteil eine sehr hohe Navigationsfähigkeit und ist unverkennbar.

Dazu kommt das ablehnende Verhalten des Schiffskommandanten und seines Oberkommandos in Kaliningrad, in irgend einer Weise etwas zuzulassen, was Schweden Kenntnis über die Arbeit des U-Bootes vermitteln könnte. Fast schon im Stil eines Komikers erklärt der Kommandant Gujzin, dies würde eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Bootes darstellen.

Massive Flottendemonstrationen haben schon oft Kriege ersetzt — meinte der sowjetische Admiral Gorschkow in typisch imperialistischer Manier.

Und dazu wurde die sowjetische Flotte, einst eine reine Küstenverteidigungseinheit, in den letzten 20 Jahren zur zweitgrößten der Welt ausgebaut. Daß die Sowjetimperialisten dabei die Ostsee sozusagen als ihr Hausgewässer betrachten, ist seit langem bekannt. Und demzufolge passen ihnen natürlich auch die schwedischen Verteidigungseinrichtungen nicht ins Konzept.

Natürlich ist es eine Panne —, daß das Spionageschiff erwischt wurde. Und der ständige Funkkontakt, der zwischen Boot und Kaliningrad gemeldet wird, dient denn wohl auch dazu, Spuren zu verwischen, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Denn ein Dilemma ist diese Entwicklung, zeigt sie doch ein weiteres Mal auf, daß von einer friedlichen sowjetischen Politik nicht die Rede sein kann.

Zustimmung zur gemeinsamen Erklärung

Den im folgenden abgedruckten Brief aus der Schweiz erhielten wir zur gemeinsamen Erklärung europäischer kommunistischer Parteien zur Entwicklung in Kosova.

Werte Genossen,

wir haben mit Genugtuung die „Erklärung europäischer Parteien" zur Lage in Kosova zur Kenntnis genommen.

Wir teilen den Standpunkt, daß die jugoslawische Führung die Konflikte auf dem Balkan schürt und damit eine gefährliche Lage schafft, was den hegemonistischen Plänen der beiden imperialistischen Mächte Vorschub leistet. Dabei wird auch ersichtlich, daß die Absicht, die albanische Bevölkerung in Kosova zu liquidieren, weiterhin existiert.

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß die Forderungen der albanischen Bevölkerung in Kosova von immer mehr antifaschistischen, revolutionären und kommunistischen Kräften als berechtigt anerkannt werden.

„Hilfe für Kosova" ist überzeugt, daß die gerechten Forderungen der albanischen Bevölkerung in Kosova realisiert werden.

Biel, den 30. Oktober 1981
„Hilfe für Kosova"
Kathrin Asal

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Mittelamerika: Militärbündnis der Faschisten

WASHINGTON. — In den USA bekanntgegeben wurde eine Vereinbarung der Regierungen von El Salvador, Guatemala und Honduras, eine Allianz gegen die lokalen Befreiungsbewegungen zu bilden.

Im Rahmen dieser Allianz soll die Kampfstrategie der drei Regierungsarmeen koordiniert werden, die Ergebnisse der militärischen Aufklärung koordiniert und der offizielle Abschluß eines Militärbündnisses vorbereitet werden.

Natürlich ist es kein Zufall, daß diese Meldung aus den USA kommt, denn dieser faschistische Zusammenschluß geschieht im Interesse und auf Anweisung der Vereinigten Staaten. Das Rückgrat aller drei Armeen bilden schließlich in den USA ausgebildete Offiziere, und die amerikanischen Militärberater sind überall in wachsender Anzahl vorhanden.

Moçambique: Südafrikanische Söldner

MAPUTO. — Die südafrikanischen Rassisten schüren überall im südlichen Afrika Unruhe und schließen die reaktionärsten Kräfte unter ihrer Führung zusammen — jetzt wurde abermals ein Fall bekannt, wo sie Terroreinheiten in Moçambique organisierten.

Rund 50 Kilometer nördlich der Stadt Beira wurde eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt, die die Verbindung zwischen Moçambique und Zimbabwe trug. Dieser Anschlag wurde von einer Terroreinheit sogenannter Rebellen begangen. Bei der Verfolgung der Terroristen erschossen die Streitkräfte Moçambiques sechs der Bombenleger — drei davon waren südafrikanische Soldaten. Damit sind bereits zum wiederholten Male in diesem Jahr südafrikanische Soldaten in Moçambique eingedrungen und haben dort Terrorakte begangen und organisiert. Die schwarzafrikanischen Nachbarstaaten der Rassisten haben daraufhin erneut eine intensivere Zusammenarbeit beschlossen, die nicht nur der militärischen Sicherheit dienen soll, sondern auch die wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika, die aus der Vergangenheit geerbt wurde, abbauen soll.

Marokko: US-Söldner angemietet

RABAT. — Nach der Lieferung von amerikanischen AWACS-Flugzeugen an Saudi-Arabien, die in der letzten Woche beschlossen wurde, und der sofortigen Erklärung Reagans, man werde Israels Überlegenheit wahren, werden jetzt auch in Marokko solche Maschinen stationiert.

Die jetzt ins Gespräch gekommenen AWACS-Flugzeuge für Marokko sollen allerdings von Marokko nicht gekauft, sondern nur gemietet werden, und zwar einschließlich der Piloten.

Damit soll der marokkanische Saharakrieg weiter bestritten werden, für den die reaktionäre Dynastie Hassans ihr Land bereits in den letzten Jahren immer mehr an die USA und an Frankreich ausliefert. Nach der Stationierung der sogenannten Sinai-Truppe und den Kontingenten in Ägypten wird Marokko so zum dritten nordafrikanischen Truppenstützpunkt der USA innerhalb eines Jahres.

BR: Faschistischer Kommentar zur Bonner Demonstration

„Rachitische Seele, pickeliger Körper"

Antifaschisten stellen Strafanzeige

Als „Kommentar der Woche" brachte der Bayrische Rundfunk am 10.10.81 gegen 18.25 Uhr in seinem 1. Programm einen Beitrag von Ludolf Hermann, bei dessen „Genuß" einem fast die Ohren abfallen. Darin werden die Teilnehmer an der Bonner Friedensdemonstration, die am selben Tag stattfand, sinngemäß als häßliche, dumme Untermenschen dargestellt.

Um unseren Lesern einen Eindruck von dem Geist zu geben, der in dieser Sendeanstalt herrscht, drucken wir wörtlich Ausschnitte des Kommentars hier ab.

Eine ganze Reihe fortschrittlicher Organisationen hat öffentlich gegen diese Sendung protestiert und Strafanzeige gegen den Autor wegen übler Nachrede, Verleumdung und Beleidigung gestellt. Über den Verlauf des sich anbahnenden Rechtsstreits werden wir unsere Leser auf dem laufenden halten.

Das Wort hat Ludolf Hermann (Göring?):

„(...) Zu diesem Zeitpunkt war von Verkehrschaos in der Stadt Bonn noch wenig zu spüren, die Straßen wie ausgestorben, die Bürger hatten sich vor der **Invasion** verkrochen. Überwiegend sah ich **16 bis 20jährige, auch jüngere Kinder,** die von der Unwirtlichkeit der regennassen Wiese enttäuscht zu einem Bonn-Bummel aufbrachen. Eine konfidentielle Stimmung lag über dem Platz, man trug Plaketten und Sticker, die Einheit im Geiste wurde sinnlich genossen, die große Faszination einer **körperwarmen Gesinnungsgemeinschaft** versetzte alle in hochgemute Stimmung. (...)

Masse macht high.

Ich betrachte mir die Leute. Ich frage mich, wie sich über so weit entfernt liegende Teile der Republik hin, in unterschiedlich konditionierender Umgebung ein einheitlicher Typus so verblüffend ausprägen kann. Nicht nur, daß man eine gewisse Schlampigkeit der Kleidung wie eine nach außen gewendete innere Uniform trägt, auch die Haltung der Körper: ein leicht vorgeneigter in gekrümmten Schultern schwingender unfreier Gang und ein beinahe einheitlicher Schnitt der Gesichter, zumindest ein die Physiognomien überlagernder kollektiver Ausdruck, kennzeichnen den Durchschnittsdemonstranten.
(...)

Die Ankunft von neuen Trupps wird bekanntgegeben, zwischendurch werden die Freunde von El Salvador begrüßt, die dort im Freiheitskampf auf Solidarität der deutschen Friedensfreunde rechnen können. Wie das? War man hier im Hofgarten nicht im Zeichen der Gewaltlosigkeit versammelt? Wie kann man dann den Leuten mit der Kalaschnikoff Verbundenheit ausdrücken? Die Demonstration gerät schon ehe sie begonnen hat, in einen ihrer Widersprüche. (...)

Aber eine Masse, die bewegt werden soll, das hat schon Hitler gewußt, braucht ein Feindbild. Das Feindbild im Hofgarten ist klar: Amerika und sein Außenminister. Nur, wenn Frieden das Wichtigste ist, darf man sich dann mit einer Guerilla verbünden, die Befreiung durch den Krieg zu erkämpfen sucht? Muß Frieden nicht auch für El Salvador das wichtigste sein? Oder für Polen? Lech Walesa hat gesagt, seine Leute würden für die Freiheit kämpfen — und wenn es sie das Leben koste. Hat er damit nicht einen potentiellen Bürgerkrieg zum Helfer seiner Sache gemacht? Doch diese Frage stellt sich im Hofgarten nicht dringlich. Die Freiheit für Polen liegt den Demonstranten bei weitem nicht so am Herzen wie jene für El Salvador. Auch die Freiheit in Afghanistan ist für sie kein brisantes Thema.

Es war das eigentliche Problem dieser Demonstration, daß sie mit **totalitärem Zugriff den Frieden** und seine Moral für sich usurpierte. (...)



„... hier ist der Bayerische Rundfunk mit seinem ersten Programm..."

Ich glaube schon, daß allen inneren Widersprüchen zum Trotz die Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen, die dort den politischen Organisatoren die Staffage lieferten, von einer vagen Zustimmung zu friedlichem Verhalten bestimmt gewesen ist. Auch Erhard Eppler wird sich im Innersten der Friedensidee verpflichtet wissen. Daß jemand wie er die Unlogik seiner Position nicht durchschaut, ist kein Problem der Moral, sondern der politischen Intelligenz.

Die meisten der Versammelten waren auf irgendeine dumpfe Weise Friedensfreunde, und wenn ihnen der Begriff Friede nur als gruppentherapeutisches Mittel diente, um für die Momente der Massenerotik die kleine rachitische Seele aus dem Gefängnis des pickligen Körpers flattern, und sich mit den anderen Seelen zur Hochzeit des großen Friedensgefühls vereinigen zu lassen. Wer darf den zur Masse geborenen verargen, daß sie sich in der Masse vitalisieren?

Akzeptieren wir sie also als Friedensfreunde mit anderer politischer Ansicht. Aber sind sie ebenfalls bereit, Andersdenkende als Friedensfreunde differierender Bauart anzuerkennen? Die Bonner Demonstration war keine von jener Art, zu der sich die Anhänger des gewaltlosen Widerstands in der Dritten Welt bisweilen treffen, um bar aller Aggressionen allein die eigene Friedfertigkeit zu trainieren.

Gewaltloser Widerstand, welch grandiose Idee! Aber wie viel sittliche Reife gehört auch dazu, sie zu realisieren. Wir feiern soeben den achthundertsten Geburtstag des heiligen Franziskus, der seinerseits die Feindesliebe zu einer neuen Höhe ihrer Realisierung durch den Menschen gebracht hat. Er, (...), der sich zur Armut und zu den Armen bekannte, kannte selbst gegenüber den Reichen und den Unterdrückern nur eine Aggression, nämlich die der Liebe.

Von solcher Haltung war die heutige Demonstration weit entfernt. Sie schuf bewußt Fronten, grenzte Andersmeinende aus dem Konsens der Friedenssucher aus, war am Aufbau eines Feindbildes weit mehr interessiert, als am Verständnis für ihre Gegner. Was sie innerlich einte, war ein Ressentiment, der geheime Wunsch, kaputtmachen zu können, was sie selbst angeblich kaputtmacht. Wir wollen das nicht generalisieren, es gab auch die **wahrhaft Friedfertigen** darunter, obwohl sie für den Rausch der Massenhaftigkeit nicht zu taugen scheinen.

Aber die Grundstimmung, die über dem Platz lag, war eine denunziatorische, die anderen anklagende, die **Arroganz des richtigen Bewußtseins demonstrierende.** Unabhängig davon, ob im Hintergrund Kommunisten die Versammlung gelenkt und bestimmt haben, macht es das fatale Mißverständnis dieser **sogenannten Friedensdemonstration** aus, daß sie in Wahrheit die Feindschaft innerhalb der Nation und zwischen den Nationen schürt. Die Songs, die man aus den **akustischen Einstimmungsmaschinen** wie **tieffliegende Düsenjäger** über den **Platz hetzen** hörte, intonieren die **Stimmung von Klassenhaß,** von **Bauernkriegen** und **Rebellion.** Das **Vokabular der Moderatoren** stammt aus dem **Schützengraben,** es wird gekämpft, vorgestoßen, zurückgeschlagen. Ein Friedenslied ertönt, im Marschrhythmus, dumpf zittern die Baßtöne in den Eingeweiden nach. (...)

Wollt Ihr den totalen Frieden? — Ja, wir wollen ihn. Wollt Ihr ihn totaler als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können? — Wir wollen ihn.

Wollt Ihr ihn bis zur Vernichtung des Gegners? — Ich fürchte, ein orgiastischer Schrei wäre auf diesem Höhepunkt einer dämonischen Fragesequenz auch hier die Antwort gewesen.

Frieden wird kaum gefördert, wenn Kinder und Jugendliche mit den Mitteln der Massenpsychologie sozusagen entkernt und mit fremdem Willen angefüllt werden. Es dient dem Frieden nicht, wenn eine ganze Generation unter den Konformitätsdruck demonstrativen Verhaltens gesetzt wird. Wer kann bei solchen Aufläufen schon noch unterscheiden, wann Emotion in Manipulation übergeht, falls das eine vom anderen überhaupt zu trennen ist. Die Schüler, die hier zusammengelaufen waren, sind vor allem ein weiteres Mal anfällig gemacht worden für den Totalitarismus massenhaften Gleichverhaltens. Der latente *Faschismus,* der den großen Freiluftfestivals nach Art von Woodstock innewohnt, ließ auch im Bonner Hofgarten seine Anklänge spüren.

Diese Veranstaltung war problematisch gerade im Sinne derer, die mit ihr dem Frieden einen aufrichtigen Dienst zu leisten wünschten. Nur deshalb war es auch möglich, daß **kommunistische Nutznießer die versammelten Gefühle für ihre Zwecke instrumentieren konnten.** Sie kennen die Ungenauigkeit der Gefühle, die in solchen Massenveranstaltungen entstehen. Sie wissen, daß hunderttausend Leute ganz von selbst den Marschrythmus stimulieren, der ihnen den inneren wie äußeren Gleichschritt erlaubt. Sie rechnen damit, daß, wenn der Gleichschritt erst einmal hergestellt ist, das Ziel der Kolonnen beinahe nach Belieben festgelegt werden kann. Sie können sich zurückhalten und nur mit kleinsten Bewegungen den Schwerpunkt mitbestimmen. Schon geht der Marsch weg von der Freiheit, hin zu einem Gelände, auf dem die sozialen Illusionen zu einem weiteren real existierenden Sozialismus umgruppiert werden.

Es gibt deutliche Hinweise, daß Moskau sich erstmals der Hoffnung hingibt, die Bundesrepublik werde sich selbst aus dem westlichen Kontext herausbegeben und die sowjetische Dominanz auf sich nehmen. **Die Widerstandskraft des Landes scheint erschöpft zu sein, wie eine belagerte Stadt beginnt es, sich der lähmenden Süße von Parolen der Friedenspartei zu überlassen.** Breschnew macht sich als ein Bote mit dem Ölzweig zu uns auf den Weg. Er rechnet damit, daß er die Friedensrolle mit genügend halluzinatorischer Kraft wird spielen können, um die Realitäten in Afghanistan, in Polen, Äthiopien, Angola und El Salvador vergessen zu machen.

Die Demonstration von Bonn lag **kaum zufällig** im Vorfeld dieser Visite. (...)"



Bonner Friedensdemonstration

Ein unheimlich lieber Bombenleger

Peter S. aus Essen war ein aufstrebender junger Politiker, deutsch und anständig und deshalb Mitglied der Jungen Union. Bald wurde er Ortsvorsitzender seines Vereins in Essen-Kray. Sein aktives Eintreten für die Grundwerte unserer Verfassung und unseres Staates dokumentierte er wiederholt, unter anderem durch sein unerschrockenes Eintreten für öffentliche Rekrutenvereidigungen. Klar, daß er sich damit Feinde machte. Er wies in einem empörten Schreiben an die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" darauf hin, daß er, der anständige Bürger, von Linksextremisten in anonymen Briefen bedroht würde.

Und eines Sonntags Ende Oktober explodierte eine Bombe vor seiner Wohnungstür.

Sie setzte allerdings nicht seinem Leben ein Ende, sondern — wenigstens für die allernächste Zeit — seiner politischen Karriere.

Denn der nach Aussagen des CDU-Abgeordneten Görgens, für den Peter S. in den Wahlkampf gezogen war, „unheimlich liebe und fleißige" Jungmann hatte die Bombe selber gelegt. Das gab er bei seiner Vernehmung vor der Polizei zu. Auch die Drohbriefe hatte er selber geschrieben. Er wollte „auf seine Person aufmerksam machen"...

Ja, haben sich seine Kumpels in der Jungen Union so wenig um diesen sensiblen Menschen gekümmert, daß er so etwas nötig hatte? Das gehört sich aber nicht! Man kann nur hoffen, daß daraus die richtigen Lehren gezogen werden.

Man bemüht sich anscheinend bereits darum. Die juristische Vertretung des Peter S. hat der Kreisvorsitzende der Jungen Union, Pförtner, persönlich übernommen. „Peter S. hat nach einem Gespräch freiwillig auf die Ausübung aller Ämter verzichtet. Bisher hat er normal und fleißig bei uns mitgemacht." So berichtet er. Von einem Ausschlußantrag ist noch keine Rede. Pförtner hat seinen jungen Freund erst einmal in „nervenärztliche Behandlung" geschickt. Die täte sicher noch manch anderem aus der Jungen Union gut!

Tips

Samstag, 7. November
21.00 Uhr, WDR III
Der unruhige Tod von Julius und Ethel Rosenberg. Wie der Dichter und Arbeiterführer Joe Hill, wie Sacco und Vanzetti gehört auch das Ehepaar Rosenberg zu den unzähligen Menschen, die aufgrund fingierter Anschuldigungen zum Tode verurteilt und auf diese Weise „legal" ermordet wurden, weil sie der Bourgeoisie im Wege waren. Die Rosenbergs wurden 1953 wegen angeblicher Spionage für die Sowjetunion hingerichtet. Alvin H. Goldstein beschreibt in seinem Film nicht nur den Fall Rosenberg, sondern auch das extrem reaktionäre politische Klima in den USA zu Beginn der 50er Jahre.

***

Sonntag, 8. November,
19.00 Uhr, NDR III
Der unvergessene Krieg. Gezeigt wird die Folge „Schlacht um den Kaukasus".

***

Sonntag, 8. November,
20.15 Uhr, NDR II
Konstantin Wecker. Thomas Ayck zeichnet ein Porträt des Liedermachers.

***

Montag, 9. November,
21.20 Uhr, ZDF
Lena Rais. Film von Christian Rischert über die Befreiungsversuche einer Frau. Mit Krista Stadler und Tilo Prückner.

***

Montag, 9. November,
21.30 Uhr, WDR III
Der unvergessene Krieg. In der Folge „Krieg in der Arktis" wird unter anderem der vergebliche Versuch der Faschisten beschrieben, den eisfreien Hafen von Murmansk zu erobern.

***

Montag, 9. November,
21.50 Uhr, Südwest III
Der unvergessene Krieg. Es läuft die Folge „Die Panzerschlacht bei Kursk".

***

Dienstag, 10. November,
21.15 Uhr, WDR III
Frauen in Peru. Im Mittelpunkt dieses Films von Maria Barea stehen eine Lehrerin und eine Sozialarbeiterin, die den Frauen der Minenarbeiter beim Kampf um bessere Lebensbedingungen helfen.

***

Donnerstag, 12. November,
22.05 Uhr, ZDF
Die Patriotin. Alexander Kluge hat mit diesem Film das Thema seines Beitrags für „Deutschland im Herbst" weitergeführt. Die Lehrerin Gabi Teichert versucht Geschichte für die Gegenwart nutzbar zu machen. Kluge hat keinen Spielfilm im herkömmlichen Sinne gedreht, sondern eine Montage aus Spielszenen, Dokumentarfilmen, Fotos, Interviews usw. Mit Hannelore Hoger und Dieter Mainka.

***

„Die Fälschung" von Volker Schlöndorff

Krieg als Kulisse

Kai Hermann („Christiane F.") ist Starreporter beim „Stern". Unterwegs nicht nur am Bahnhof Zoo in Westberlin, sondern beispielsweise auch im vom Bürgerkrieg zerstörten Beirut — das Blatt braucht eben immer wieder neue Sensationen. Nicolas Born, Nachbar von Herrmann in einem idyllischen Dorf an der Unterelbe, hat den Roman „Die Fälschung" geschrieben: die Geschichte der Identitätskrise eines Sensationsreporters vor dem Hintergrund der Kämpfe im Libanon.

Schlöndorff zieht nach Beirut, um die „Fälschung" an den Originalschauplätzen zu verfilmen (Mitarbeit am Drehbuch: Kai Herrmann). Dort in der libanesischen Hauptstadt aber wird immer noch gekämpft. Um die Dreharbeiten zu ermöglichen, müssen partielle Waffenstillstände ausgehandelt werden. Mit seinen mitgebrachten Pyrotechnikern inszeniert Schlöndorff nun in den Pausen des wirklichen Kriegs seinen eigenen Filmkrieg.

Und für die Medien daheim bekommt nun dieser Filmkrieg einen höheren Sensationswert als das wirkliche, reale Sterben in den Straßen Beiruts. Ein Fernsehfilm wird darüber gedreht; Schlöndorff selbst schreibt eine Reportage über seinen Film für den „Stern". Inzwischen gibt es bei 2001 auch das Buch zum Film usw.

Nun ist aber gerade die Vermarktung von Sensationen, die Fälschung der Wirklichkeit durch die Medien das Thema des neuen Films von Volker Schlöndorff. Vorgeführt wird der Reporter Georg Laschen (Bruno Ganz), der von seiner Redaktion zum Einsatz nach Beirut geschickt wird. Er residiert gemeinsam mit Kollegen aus aller Welt in einem der noch unzerstörten Nobelhotels. Schlöndorff zeigt nun durchaus einiges von den Praktiken dieser Journalisten, stellt ihre Skrupellosigkeit und ihren Zynismus aus. Aber das alles wirkt aufgesetzt, bleibt oft bloße Karikatur.

Zudem gelingt es Schlöndorff auch nicht, die Krise seines Helden glaubhaft darzustellen. Da bleibt zu vieles Klischee und wird dann auch noch unerträglich breit ausgewalzt: Eheprobleme zu Hause und ein neues Liebesabenteuer in Beirut etwa, wobei die Beschreibung beider Beziehungen oberflächlich bleibt. Dazu gibt es dann noch jede Menge tiefsinnige, aus dem Off gesprochene Bemerkungen über den inneren Zustand des Georg Laschen, die aber auch nichts verdeutlichen.



Bruno Ganz in „Die Fälschung"

Am fatalsten bei diesem Film jedoch ist die Tatsache, daß er selbst auch nur eine Neuauflage jener Fälschung ist, die er eigentlich demaskieren will. Schlöndorff hat den libanesischen Bürgerkrieg auf die Funktion einer Kulisse degradiert. In einer pausenlosen Folge von action-Szenen hetzt er seinen Hauptdarsteller Bruno Ganz durch das Gewehrfeuer der Bürgerkriegsparteien, durch zerschossene und brennende Straßenschluchten. Und natürlich präsentiert er auch jede Menge gräßlich zugerichteter Leichen, die es an perversem Reiz durchaus mit den Fotos aus dem „Stern" aufnehmen können, der ja für die Präsentation solcher Bilder berüchtigt ist.

Erklärt aber wird nichts in diesem Film. Daß der von Schlöndorff ins Bild gesetzte Bürgerkrieg auch seine gesellschaftlichen Ursachen hat,die nicht zuletzt dort liegen, woher der Reporter Laschen kommt, in den imperialistischen Metropolen nämlich — das bleibt völlig außen vor. All die Massaker, das Morden, Schießen und Brennen in diesem Film dienen allenfalls dazu, die innere Zerrissenheit des Helden zu illustrieren oder einen effektvollen Kontrast zu seiner Beiruter Liebesgeschichte zu bilden.

Und so erscheint dann der als Kulisse mißbrauchte Krieg im Libanon als ein Phänomen unerklärbarer Gewalttätigkeit, als ein Ausfluß menschlichen Wahnsinns, für den niemand oder alle Beteiligten verantwortlich zu machen sind. Volker Schlöndorff hat während der Dreharbeiten wiederholt seine Sympathie für die Palästinenser erklärt, um deren Vernichtung es in diesem Krieg ja auch geht. Das mag durchaus ehrlich gemeint gewesen sein. Mit der „Fälschung" aber hat er gerade auch den Palästinensern einen schlechten Dienst erwiesen.



Stephan Hermlin

Schriftsteller für den Frieden

Unter diesem Motto hatte der Vorsitzende des westdeutschen Schriftstellerverbands, Bernt Engelmann, eine Friedensinitiative gestartet, an der sich Autoren aus West **und** Ost, vor allem aus beiden Teilen Deutschlands beteiligten (der RM berichtete darüber).

Der Ostberliner Schriftsteller Stephan Hermlin hat nun diese Initiative weitergeführt und die Unterzeichner des Engelmannschen Aufrufs (sowie weiterer Persönlichkeiten) zu einem Kongreß in die Ostberliner Akademie der Wissenschaften eingeladen. Schon der private Charakter dieser Einladung ist für DDR-Verhältnisse äußerst ungewöhnlich. Bemerkenswert ist auch, was Hermlin als Begründung für die Notwendigkeit dieses Kongresses schreibt: „Die Verfinsterung der militärischen und politischen Situation drängt mich, Ihnen die Frage vorzulegen, ob nicht Schriftsteller, Wissenschaftler, Friedensforscher miteinander über das reden sollten, was allen — und keinesfalls nur Intellektuellen — Sorge bereitet. Ich glaube nicht, daß wir dieses Miteinanderreden den Politikern überlassen sollten oder daß auf ihre Bereitschaft gewartet werden sollte."

Das entspricht wahrlich nicht dem offiziellen Bild in der DDR, das gerade die Politiker der Warschauer-Pakt-Staaten als Avantgarde des Friedenskampfes erscheinen lassen will.

Hermlin hat in seinem Vorschlag den 17. bis 19. November als Termin für den Kongreß genannt. Die Diskussionen sollen unter Einschluß von Presse und Fernsehen stattfinden.

Margarete von Trottas „Die bleierne Zeit"

Ein Film gegen das Vergessen

Margarete von Trotta hat ihren neuen Film Christiane Ensslin gewidmet. Parteilichkeit drückt sich darin aus und Anerkennung für eine Frau, die sich mit dem Tod ihrer Schwester Gudrun in Stammheim nicht abgefunden und die mit beträchtlichem Mut die offizielle Selbstmord-Version dieses Todes bekämpft hat.

Die Geschichte der beiden Schwestern Juliane und Marianne in der „Bleiernen Zeit" ist denn auch bis in Einzelheiten der wirklichen Geschichte der Ensslin-Schwestern nachgebildet. Juliane ist Redakteurin einer feministischen Zeitschrift; wir sehen sie bei Aktionen gegen den Paragraphen 218. Als unvermittelt Marianne, die RAF-Aktivistin bei ihr auftaucht, stoßen zwei ganz verschiene Lebensweisen aufeinander, auch zwei unterschiedliche Auffassungen über den Weg zu gesellschaftlichen Veränderungen: hier der Terrorismus, dort eine reformistische Politik der kleinen, mühsamen Schritte.

Nun ist „Die bleierne Zeit" jedoch alles andere als ein Film für oder gegen den Terrorismus. Margarete von Trotta hat auch nicht den Versuch unternommen, die Ursachen dieses Phänomens oder seine Bedeutung für das politische System der BRD zu untersuchen. Sie selbst sagte zum Gegenstand ihres Films: „Ich versuche, die sehr enge, sehr widersprüchliche und konfliktreiche Beziehung von zwei Frauen zu beschreiben."

Trotz dieser bewußten Eingrenzung hat die Trotta jedoch keinen unpolitischen, „privaten" Film gedreht. In Rückblenden gibt sie der von ihr beschriebenen Beziehung zwischen den beiden Schwestern die historische Dimension: Bilder einer Kindheit und einer Jugend in der „bleiernen Zeit" (ein Zitat aus einem Hölderlin-Gedicht) der Adenauer Ära. Die miefige Atmosphäre in einer Pastorenfamilie, wo der Vater ein patriachalisch-strenges Regiment führt. Erste kleine Ausbruchsversuche der Mädchen aus dieser nur scheinbar heilen Welt.

In diesen Rückblenden gibt es eine Schlüsselszene: Juliane und Marianne sehen als Halbwüchsige erschüttert den KZ-Film „Nacht und Nebel" von Alain Resnais. Damit schlägt die Trotta ihr eigentliches Thema an. Es geht um das Vergessen, hier um das scheinbar vollständige Vergessen einer Vergangenheit, die noch nicht einmal ein Menschenalter zurückliegt. Die beiden Mädchen können auf die schrecklichen Bilder, die aus dieser verdrängten Vergangenheit auftauchen, nur mit hilflosem Entsetzen reagieren.

In der eigentlichen Handlung des Films wird dieses Thema erneut aufgenommen. Wieder eine „bleierne Zeit" — die späten 70er Jahre, gekennzeichnet nicht nur durch gesellschaftliche Erstarrung, sondern auch durch eine verborgene Gewalt, die gegenüber den „Staatsfeinden" wie etwa der inhaftierten Marianne offen sichtbar wird. Gerade bei der Beschreibung des Gefängnisses als Vernichtungsmaschine sind der Trotta eindrucksvolle Bilder gelungen. So etwa wenn sie zeigt, wie noch der Leichnam der Terroristin Marianne von schwerbewaffneten Polizisten bewacht wird oder wenn sie die Kamera auf das entstellte Gesicht der Toten fahren läßt.



Jutta Lampe und Barbara Sukowa in „Die bleierne Zeit"

Vieles aber bleibt bei diesem Film in der Schwebe. Es wird nicht nach Ursachen gefragt, beispielsweise für die kalt an den „Staatsfeinden" vollzogene Gewalt. In der persönlichen Geschichte der beiden Schwestern wird gerade die 68er Bewegung ausgespart, die doch für die politische Differenzierung innerhalb der fortschrittlichen Intelligenz von entscheidender Bedeutung gewesen ist. Überhaupt bleiben die großen gesellschaftlichen Bewegungen ausgeklammert, so daß der Eindruck entsteht, als sei die „bleierne Zeit" tatsächlich eine Zeit völliger Reglosigkeit, in der nur individueller Widerstand möglich ist.

Dennoch hebt sich Trottas Film aus den üblichen Klagen über den „deutschen Herbst", über die Kälte in diesem Land heraus. Dadurch nämlich, daß er mit Juliane eine Figur in den Mittelpunkt stellt, die angesichts der Verhältnisse nicht in resignative Weinerlichkeit verfällt, sondern die zumindest für sich selbst Widerstand leistet. Die sich weigert, ihre Schwester — mit der sie politisch nichts verbindet — hinter den Betonmauern von Stammheim zu vergessen und nach derem gewaltsamen Tod ihr „normales" Leben weiterzuführen, als sei nichts geschehen.

So ist „Die bleierne Zeit" ein Film, der nicht nur Betroffenheit auslöst, sondern auch für einen aktiven Widerstand gegen die Verhältnisse in diesem Land plädiert.

Tournee-Termine



Walter Mossmann

Unterwegs im Herbst ist mit einem neuen Programm auch der Liedermacher Walter Mossmann.

6.11. **Freiburg**, Audimax, Konzert für Radio Dreyecksland; 11.11. **Heidelberg**, Universität; 13.11. **Rosenheim**, Kurhaus Bad Aiblingen; 14.11. **Kirchhein/Teck**, Jugendhaus Linde; 18.11. **Balingen**, Festhalle; 20.11. **Karlsruhe**, Uni; 21.11. **Enkirch**, Gemeindesaal Raversbäuren; 24.11. **Ulm**, Uni; 25.11. **Stuttgart**, Liederhalle; 28.11. **Tübingen**, Mensa I, Uni; 29.11. **Landau**, Aula der Erziehungswiss. Hochschule; 1.12. **Aachen**, Uni; 3.12. **Bochum**, Schauspielhaus; 5.12. **Köln**, Stollwerck; 6.12. **Düsseldorf**; 8.12. **Kiel**, Räucherei; 9.12. **Hamburg**, Markthalle; 11.12. **Bremen**, Schauburg; 12.12. **Bremerhaven**, Schleuse; 13.12. **Osnabrück**; 15.12. **Westberlin**, Quartier Latin; 16.12. **Hannover**, BI Raschplatz; 20.12. **München**, Alabama-Halle.



Die Schmetterlinge

Die „Schmetterlinge" gehen mit ihrem neuen Programm „Die letzte Welt", das zu Beginn dieser Woche beim Jungen Forum Recklinghausen uraufgeführt wurde, auf Tour durch die Bundesrepublik.

8.11. **Kiel**, Ostseehalle; 9.11. **Hamburg**, Audimax; 10.11. **Hamburg**, Audimax; 11.11. **Westberlin**, Neue Welt; 14.11. **München**, Schwabingerbräu; 15.11. **Augsburg**, Stadthalle; 17.11. **Nürnberg**, Meistersingerhalle; 18.11. **Düsseldorf**; 20.11. **Essen**; 22.11. **Oberursel**; 23.11. **Heilbronn**; 24.11. **Stuttgart**, Schwabenlandhalle; 25.11. **Tübingen**.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 45/6 Kasım 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



VDM firmasi işgal edildi

VDM işçileri uzun zamandan beri işyerlerinin kapatılmasına karşı mücadele sürdürmektedirler. 1700 emekçinin çalıştığı firmayı VDM patronları gelecek yılın 31 Mart'ında kapatmak istiyorlar. Buna karşı Birleşik Alman Metal İşletmesi (VDM)'de çalışan işçi arkadaşlar işyerlerinin kapatılmasını önlemek için geçen hafta Pazartesi günü mücadelelerini daha da yükselterek firmayı işgal ettiler.

Ekim ayı sonunda

Fiat artışları yüzde 7'nin üzerinde

Kuzey Ren Westfalye ve Bavyera'da fiatlar daha fazla artırıldı

WİESBADEN. — Federal İstatistik Dairesi yaptığı aylık açıklamalarında 6 yıldan buyana en yüksek fiyat artışlarının olduğunu kaydetti. İki eyalette ise fiyat artışları bu genel oranın çok üzerindedir. Bu artış Kuzey Ren Vestfalya'da yüzde 7,2 civarında olurken, Bavyera'da ise yüzde 7,1 civarındadır. Bu artışlar hayatın her alanında kendisini göstermektedir. Şimdiye kadar fiyat artışlarına gerekçe olarak petrol tekellerinin sürekli fiyat artışlarının yol açtığı ileri sürüldü. Ancak bunun gerçek olmadığını Ekim ayında açıklanan rakamlar ortaya koymaktadır. Çünkü bu ay içerisinde istisna olarak benzin fiyatları yükseltilmedi. Fakat buna rağmen genel fiyatlar yüzde 0,5 oranında artırıldı.

Bu daha açık bir şekilde ekmek ve tereyağı fiatlarının artışlarına bakıldığında görülmektedir. Ekmeğin fiatının 3,70 DM'a ve tereyağının fiatının da 2,70 DM'a çıkması bize yiyecek madde tekellerinin ne kadar rekor kârları elde ettiklerini göstermektedir. Diğer alanları da ele aldığımızda, fiyat artışlarının hangi noktaya vardığı açığa çıkacaktır. Örneğin sigorta işleri dalında ve "büyük" ev yapımcıları kiralık evlerde kâr oranının düşük olduğundan şikayetciler, ki bu alanda kiralar daki artış yüzde 6 ile 7 arasındadır. Diğer yandan yüzde 7 fiat artışını 1,2 milyon işsizin olduğunu ve bunların Arbeitsamtlar-[illegible](İş ve İşçi Bulma Kurumu) [illegible]kları bir kaç kuruşluk işsizlik parası ile yaşamlarını sürdürmek zorunda kaldıkları bir dönemde ne anlama geldiği çok açıktır.

İşte hayatın her alanındaki bu pahalılık, Alman hakim sınıflarının 10 yıl öncesine kadar hen türlü kötülüklerinin üstünü örtmeye çalışabilirlerken, artık bugün sadece ekonomi politikalarının iflas ettiğini ispatlamamaktadır. Bu aynı zamanda Batı Alman ekonomisinin uzun zamandan beri yaşamadığı derin bir buhranın içine girdiğini göstermektedir. Ve Alman hakim sınıfları bu buhranın yükünü emekçi halkın omuzlarına yıkmak için her türlü yola başvurmaktadırlar.

Buhranın yükünü emekçi halkın omuzlarına yıkmak için sadece bu doğrultuda bir siyaset izlenilmekle ve devlet kurumları sosyal hakların kısıtlanması için harekete geçirilmekle kalmamaktadır. Aynı zamanda bir taraftan fiyatlar yükseltilirken, diğer yanda da ücretlerin düşürülmesi ve dondurulması için yoğun bir kampanya sürdürülmektedir.

Bu şartlar altında Federal Almanya'daki eyaletlerden en yüksek fiyat artışının yüzde 7,2 oranında olduğu Kuzey Ren Vestfalya'da en büyük sanayiinin olduğunu ve bununla işçilerin burada yoğun bir şekilde oturduğunu düşünürsek, şimdiki fiyat artışlarından kimlerin daha fazla etkilendiği açıkca ortaya çıkar.

Fiyat artışlarının açıklandığı aynı dönemde Gıda İş Sendikası (NGG) bira fabrikası işçileri için toplu sözleşme anlaşmalarını yaptı. Sonuç; fiyatlardaki artışın yüzde 7'nin üzerinde olduğu bir dönemde, yüzde 5 oranında bir "ücret artışı" anlaşması yapıldı. Bu bira fabrikası işçileri için yüzde ikinin üzerinde bir ücret kaybı anlaşması yapıldığı anlamına gelmektedir. Bu nedenle Peine/Salzgitter'de çeşitli sendika temsilcileri kurullarında yüzde 8,5 oranında bir ücret artışının talep edilmesi ve geçen yılki ücret kaybını gidermek için yüzde 1,5 oranında da ek bir artışın talep edilmesi bu koşullarda haklı bir taleptir. Bu talepler üzerine patronlar karşı saldırıya geçerek ücretlerin tamamen dondurulması hazırlığını yapmaktalar. Metal İşverenler Birlikleri işçilere karşı örgütlü hareket edebilmek için yönetimlerinde değişiklikler yaptılar.

(„Preissteigerungen bei 7 Prozent")

VDM-Sendika Temsilcileri Yönetmenliğine

Sevgili kadın ve erkek İşçi Arkadaşlar!

Büyük bir sempati ile cesur ve örnek mücadele haberinizi öğrendik. VDM kapitalisleri işyerlerinizi imha etmek ve boş sadaka lafları ile sizleri yemlemek istiyorlar. Sizler onlara hakkettikleri cevabı verdiniz. İşyeri işgali ve grev. En iyi bir sosyal plan bile işyerlerinizin kaybının yerine geçemez.

Patronlar ve hükümet, işçi ve emekçilere karşı geniş cepheden saldırıya geçti. Toptan işten çıkarmalar, işyerlerinin kapatılması, ücretlerin düşürülmesi ve sosyal hakların kısıtlanması istenilmektedir. Kendilerinin sorumluları oldukları buhranın yükünü omuzlarımıza yıkmak istiyorlar.

Sizler gibi — binlerce işçi ailelerinin varlığı tehdit edilmektedir. Bunların hepsi büyük sempati ve umutla sizi izlemekteler. Ancak sizlerin mücadelesi patronların planlarını boşa çıkartabilir. Siz, buhran olduğundan dolayı mücadele edemeyiz, çünkü elimiz kolumuz bağlı diyerek bize yutturulmak istenen her türlü yalanları cezalandırmaktasınız.

Siz tüm bu yalanlara rağmen mücadeleyi başlattınız ve bununla tüm işçi sınıfına sinyal verdiniz. Siz ilk başlatanlarsınız, fakat siz tek başına kalmayacaksınız.

Cesur mücadelenizde taleplerinizin tümü yerine getirilinceye kadar birliğinizi ve sabırlığınızı koruyun! Şimdi güç sizin elinizde, biz ise sizi bu mücadelenizde elimizde varolan imkânlarımızla destekleyeceğiz.

Dayanışmacı ve mücadeleci selamlarla!
Almanya Komünist Partisi Merkez Komitesi (KPD)
(Aynı postayla size fonunuz için 500 DM gönderiyoruz)
An die Vertraunskörperleitung von VDM-Heddernheim

KPD'nin mesajı

VDM firmasının ana giriş kapısında bir çök tahtanın üzerinde çeşitli işyerlerinde işçi arkadaşların VDM işçilerine gönderdikleri dayanışma mesajları asılı. Bu mesajlar arasında bir de KPD Frankfurt Yerel Grubunun mesajı var. KPD Frankfurt Yerel Grubu, mesajın yanı sıra VDM'li işçi arkadaşların mücadelesini desteklemek için bir de 200 DM bağışta bulundu. KPD'nin dayanışma mesajı ve bağışı büyük alkışla kabul edildi.

KPD Frankfurt Grubunun mesajı şöyle: "KPD mücadelenizle dayanışma içerisindedir. İşyerlerinin işgal edilmesi, işyerlerinizin imha edilmesine ve VDM kapitalistlerinin boş sadaka lafları ile sizi yemlemek istemelerine verilen en doğru cevaptır (...) denilmektedir.

(„Grussadresse der Ortsgruppe der Frankfurt-KPD")

Sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya karşı KPD'nin düzenlediği toplantılara katılalım!

Karlsruhe: 11. 11. 1981 tarihinde saat 20.00'de Linkskurve kitabevinde, Goethestr.
Batı Berlin: 13. 11. 1981 tarihinde saat 19.00'da Tarantal'da, Neukölln, Karl-Marx-Str. 131 (U-Bahn Karl-Marx-Str.)
Köln: 20. 11. 1981 tarihinde saat 19.00'da Mathildenhof'ta, Köln-Deutz, Mathildestr.
Weinheim: 6. 11. 1981 tarihinde saat 20.00'de Gaststätte Weschnitztal'da, In der Birkenauer Talstr. 57
Stuttgart: 6. 11. 1981 tarihinde saat 20.00'de Gaststätte Fridenau'da, Rotenbergstr. Stuttgart-Ost.
Bremen: 6. 11. 1981 tarihinde saat 20.00'de Gaststätte Ede'de, Thedinghauser/Gottfried Menkenstr'nin köşesi
Hannover: 20. 11. 1981 tarihinde, saat 19.00'da Freizeitheim Mühlenberg'te, Ossietzky-Ring 80

AEP'nin 8. Parti Kongresi başladı

TİRAN. — Geçen hafta, 1 Kasım Pazar günü Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nin başkenti Tiran'da şanlı Arnavutluk Emek Partisi'nin 8. Parti Kongresi başladı. 8. Parti Kongresi, aynı zamanda Arnavutluk halkının ulusal kurtuluş mücadelelerine önderlik etmiş ve kurtuluştan bu yana da sosyalist inşaalarına önderlik eden AEP'nin 40. Kuruluş yıldönümüne rastlamaktadır.

Arnavutluk'ta Kasım ayı Arnavutluk halkının şanlı mücadele eylemleri ile doludur. Kasım ayı içerisinde bir yandan Parti'nin 8. Kongresi yapılır ve 40. Kuruluş yıldönümü kutlanırken, diğer yandan bu ay içerisinde bundan 37 yıl önce, yani 29 Kasım 1944'te Arnavutluk halkı başında Enver Hoca yoldaşın bulunduğu şanlı Partilerinin önderliğinde Ulusal Kurtuluş savaşlarını kazanmışlardı. Bu gün Arnavutluk'ta halk devriminin zaferle sonuçlandığı gündür. Bu gün Arnavutluk halk demokrasisinin kuruluş günüdür.

Kasım ayı aynı şekilde Arnavutluk gençliğinin örgütleyici ve eğiticisi, Arnavutluk Komünist Partisi'nin sadık ve güçlü destekcisi Arnavutluk Komünist Gençlik Örgütü'nün kuruluş yıldönümüdür. Bundan 40 yıl önce, 23 Kasım 1941'de Arnavutluk Komünist Gençlik Örgütü kurulmuştu.

Arnavutluk Emek Partisi'nin 8. Parti Kongresi'nin odak noktasını Merkez Komitesi'nin 7. Parti Kongresi'nden bu yana olan faaliyet raporunun ve 7. beş yıllık planın okunması oluşturmaktadır. Raporu Enver Hoca yoldaş, yeni beş yıllık planı ise Mehmek Shehu yoldaş okuyacak.

Arnavutluk Emek Partisi Kongresi'ne Arnavutlu Komünist delegelerin katılmalarının yanı sıra, dünyanın çeşitli ülkelerinden gerçek Komünist Partilerin ve devrimci örgütlerin delegeleri de misafir olarak katıldılar. Kongere'ye Almanya'dan Ernst Aust yoldaşın yönetiminde bir de KPD delegasyonu katıldı.

Pazar günü Kongre'nin resmi açılışından sonra Merkez Komitesi faaliyet raporunu Enver Hoca yoldaş okumaya başladı. Parti Kongresi'nin açılışından önce misafir delegeler Enver Hoca tarafından kabul edildi. Kongre boyunca Tiran radyosu çeşitli dillerden Kongre'deki gelişmeleri yayınlayacak.

(„Parteitag der PAA eröffnet")



AEP'nin 8. Parti Kongresi'nin yapıldığı Tiran Kültür Sarayı

VDM emekçileri işyerlerinin korunması için mücadeleyi yükseltiyorlar

İşçiler VDM firmasını işgal ettiler

FRANKFURT. — 26 Ekim Pazartesi günü VDM emekçileri Frankfurt-Heddernheim'daki işyerini işgal ettiler. 1700 emekçi fabrika giriş kapılarını abluka altına alarak firmadaki tüm üretimi durdurdular. İşçiler, İşyeri İşçi Temsilciliği başındakilerinin ve IG Metall Yerel Yönetimi'nin iradesine karşı çıkarak bu tür bir mücadele yöntemini seçtiler. VDM işçilerinin eylemini desteklemek için Partimiz KPD'nin yanı sıra çeşitli işyerlerinden dayanışma mesajları gönderildi ve bağışlar yapıldı.

İşgal eylemi geçen hafta işçi arkadaşların işyerinin bahçesinde saat 13,00'te açık havada yaptıkları personel toplantısında başladı. VDM patronları işçi arkadaşlara bir salon vermeye itiraz etmiştiler. İşgal eylemlerine, VDM patronlarının, IG Metall sendikası tarafından sunulan bir sosyal plan üzerine görüşmeyi reddeden provokativ eylemleri yol açmıştı.

Daha VDM personelinin toplantısı devam ederken işçi arkadaşların bir kısmı firmanın giriş kapılarını zincirlerle kilitleyerek, firmanın işgal edildiğini açıkladılar. Firmanın iki giriş kapısında asılı pankartların üzerine "bu işyeri işgal edilmiştir" diye yazılı. O günden beri bu pankartlar firmanın giriş kapılarında asılı. Artık firmaya işçi arkadaşların izni olmaksızın hiç bir araba giremiyor. Akşama doğru bu işgal eylemine tüm emekçiler katıldılar.

İşgal eyleminin birinci günü gece yüze yakın işçi arkadaş giriş kapılarının önünde nöbet tuttular. Bu gece de aynı şekilde işçiler sabah vardiyasına gelen işçi arkadaşlarında eyleme katılmasını sağlamak için bir bildiri hazırladılar. Bu bildiride işçiler sabah vardiyasında çalışan işçi arkadaşları kartlarını bastırdıktan sonra derhal firmanın giriş kapılarının önüne gelmeye çağrılmaktaydılar.

Sabah vardiyasına katılan işçi arkadaşların tümü bu çağrıya uyarak giriş kapılarının önünde yerlerini aldılar. Saat 7'de işçi arkadaşların bir konuşmacısı, "firmadaki tüm üretimin durdurulduğunu" açıkladı.

İşgal gününden beri işçi arkadaşlar sistemli olarak üç vardiye şeklinde nöbetleri değiştirerek eylemlerini sürdürüyorlar. Bu eylemle bir taraftan muazzam bir mücadele cephesi oluşur, arkadaşların birliği çelikleşirken, diğer taraftan da işyerlerinin korunması talebi giderek yükseltimektedir. İşçi arkadaşlar aylardan beri sürdürdükleri eylemlerinin bir devamı olarak firmanın kapatılmasını önlemek ve böylece işyerlerinin korunmasını sağlamak için firmayı işgal ettiler.

Araba motoru üreten VDM firması toplam 25000 emekçi çalıştıran çok uluslu metal şirketi tekelinin bir şubesidir.

İşçi arkadaşların kinini, özellikle de VDM tekeli patronları, üretimi yurtdışına nakledeceklerini ve işyerinin kapatılmasının bir nedeni olarak da firmanın arsasını satarak kâr edeceklerini öğrenmeleri ile daha da bilendi. Firmanın arsasının satımı VDM patronlarına 400 ile 600 milyon arasında kâr sağlayacaktır!

Bir taraftan işyerlerinin imha edilmesini önlemek için VDM emekçileri mücadele eder ve bir de "VDM için halk insiyatifi" Hedderheim'de kurulurken, diğer yandan IG Metall sendikası yerel yönetimi ve VDM firmasının İşçi Temsilciliği'nin başını çekenler ise firmanın kapatılmasını destekleyerek bir sosyal plan hazırlamaya çalışıyorlardı.

VDM firması patronları IG Metall'ın hazırladığı sosyal plan üzerine görüşmeyi reddederek, kendileri adi bir sosyal plan hazırladılar. Buna göre temel tazminat miktarı 850 DM civarındadır. Bunun üzerine firmadaki çalıştığı her yıl için ise bir de ek olarak 450 DM para ödenmesi öngörülmekteydi.

Firmayı işgal eden işçi arkadaşlar yeni bir soyla planın hazırlanması yerine işyerlerinin korunması taleplerini yükseltmekteler. Çünkü kendilerine ödenecek bir kaç kuruşluk tazminatla yeni iş yerlerinin yaratılmacağı bugünden açıktır.

Diğer yandan ise IG Metall yerel yönetimi mücadeleyi boğmak ve işçi arkadaşları işyerlerinin korunması mücadelesinden alıkoymak için bilincli olarak işçilerin mücadelesini bir sosyal planın hazırlanması ile sınırlandırmak istiyor.

Bununla IG Metall yerel yönetimi işçi arkadaşların işyerlerinin korunması için başlangıçta mücadeleye seferber etmediği gibi, bugün işçi arkadaşların başlattıkları mücadeleyi alçakca dayanışma adı altında sabota etmeye çalışıyor. Sendika patronlarının bu mücadeleyi üç beş kuruluşluk sosyal planla sınırlama eylemine revizyonist DKP (Alman Komünis Partisi) de katılmaktadır.

Buna karşılık partimiz KPD-nin Frankfurt yerel grubu ise işçi arkadaşlarla yoğun bir dayanışmaya girerek, dağıttığı çeşitli bildirilerle işyerlerinin korunmasının niçin gerekli olduğuna işaret etmekte ve mücadele hedefinin doğruluğunu ve gerekliliğini açıklamaktadır.

KPD Frankfurt Yerel Grubu dağıttığı bildiride işgal eyleminin işyerinin korunmasına hizmet etmesinin gerekliliğine işaret etmekte, VDM ve Adler firması işçilerini birlikte hareket" etmeye çağırmaktadır.

VDM firmasından işçi arkadaşlar bu mücadelelerinde yalnız değiller. Frankfurt halkı VDM işçilerinin yanında yer alarak onları desteklemektedir.



VDM firmasının giriş kapılarında "işyerinin" işgal edildiğini bildiren ve "toptan çıkışları protesto" eden pankartlar asılı.

Daha eylemin ilk gecesinde Heddersheim halkı firmayı işgal eden işçi arkadaşlara sıcak çay götürerek dayanışmalarını dile getirdiler.

Salı sabahı çeşitli firmalardan işçi arkadaşlar VDM işçilerine dayanışma mesajları getirdi ve bağışlar verdiler. Dayanışma eylemi giderek genişlemektedir! Kapatılmakla karşı karşıya kalan Adler firmasından ve diğer firmalardan da delegeler eylem yerine geldiler. Çeşitli kültürel gruplar da eylem yerine gelerek işçilerle dayanışmaya girdiler. Ayrıca Türkiyeli işçi arkadaşlarda grevdeki işçi arkadaşlarla yoğun bir şekilde dayanışmaya girdi, eğlence düzenledi ve ızgarada et kızartarak grevdeki işçi arkadaşlara verdiler.



VDM işçileri ile Türkiyeli işçi arkadaşlar da yoğun bir dayanışmaya girdiler.



Diğer yandan KPD Frankfurt Yerel Grubu da 200 DM bağış toplayarak teslim etti. Hafta sonuna kadar 30000 DM'a yakın bağış verilmişti.

VDM işçilerinin işyerlerinin korunması için izledikleri eylem biçimi kapitalistlerin yüreğine korku saldı. Bunun üzerine VDM patronları Çarşamba günü işçi arkadaşlardan işgal eylemini sona erdirmelerini talep etti ve şayet eylem devam ederse firmayı derhal kapatma tehdidini savurdular. Ancak işçi arkadaşlar eylemlerini kararlı bir şekilde ve yılmadan sürdürmekteler.

VDM patronlarının tehditinin ardından konuşan grevdeki işçi arkadaşların sözcüsü; "artık **geriye dönüş söz konusu değildir. Ancak ileriye doğru adım atılabilinir"** dedi.

VDM işçilerinin işyerle[...] korunması için izledikleri eylem biçimi, kapatılmakla tehdit edilen tüm işyerleri için işçi arkadaşların işyerlerini nasıl koruyacaklarına somut örnektir. Bu günden bile bir çok işyerindeki işçi arkadaş bu yolu izlemek için yoğun tartışmalar sürdürmektedir.

(„VDM-Dieser Betrieb ist besetz")

Federal Almanya Dışişleri Bakanı Genscher Ankara'ya gidecek

"Türkiye Yardımı" dondurulacak mı?

BONN. — Geçen hafta içerisinde toplanan Federal Parlamento Ekonomik Ortaklaşa Çalışma Kurulu'nda tüm partilerin temsilcileri oyları ile 1982 yılı için "Türkiye-Yardımı"nın dondurulması tavsiyesinde bulundular. "Türkiye-Yardımı" şimdiye kadar 460 milyon civarında kararlaştırılmıştı.

Tüm Bonn'daki partiler yardımın dondurulması tavsiyesinde bulunurken, bunun için dünya çapında cuntanın yoğun bir şekilde protesto edilmesi belirli rol oynamaktadır. Ki cuntaya karşı bu protestolar giderek büyümekte ve açlık grevinden, yürüyüş, miting ve basın toplantılarına kadar varmaktadır. Diğer yandan ise bu yardımın dondurulmasının tavsiye edilmesinde, özellikle cuntanın düzenin muhalifi bile olmayan burjuva partilerini yasaklaması büyük rolü oynamaktadır. İşte bu nedenle Bonn'daki partiler yardımın devam ettirilmesi konusunda biraz çekingen davranmaktalar.

Çünük şimdiye kadar NATO ülkeleri tarafından yapılan "Türkiye Yardımı"nın yönlendiricisi Bonn Hükümetiydi. Sadece bu yıl içerisinde faşist cuntaya 590 milyon DM verildi. Bunun haricinde 130 milyon DM'ta Eyül ayında faşist cunta ile yapılan bir anlaşmanın sonucu askeri yardım olarak verildi. Bonn Hükümeti bu yardımı tam da dünya çapında faşist işkenceci cellatlara karşı birinci yılında protestolar yükseltilirken başlattı.

Türkiyeli ve diğer uluslarlardan halkın cuntaya karşı sürdürdükleri protestonun sonucu Federal Parlamento kamuoyu önünde cuntaya yardımın devamı için Haziran ayında cuntaya "demokrasi adımlarının atılması" gibi bazı şartlar koşmak zorunda kalmıştı.

Federal Alman Dışişleri Bakanlığının basın sözcüsü, Genscher'in Türkiye'ye ziyareti dolayısıyla yaptığı açıklamada, Federal Hükümet'in Türkiye'deki gelişmeleri "dikkatle izlediklerini ve bu konuda endişeli" olduklarını belirtti. Ancak hükümet tarafından yapılan bu açıklama bir demagojiden öte bir şey değildir. Çünkü batı emperyalistlerinin Bonn'daki temsilcileri şimdiye kadar faşist cuntaya sadece yardım vermekle yetinmediler. Onlar aynı şekilde cuntaya NATO ülkeleri çerçevesinden yapılan yardımların baş örgütleyicilerindendiler.

Bonn Hükümeti daha darbenin yapılmasının ardından cuntayı şirin göstermeye yeltenmiş, onun faşist yüzünü gizlemeye çalışmış ve Güney Amerika'daki faşist cuntalara benzemediğini belirtmişti. Şimdi ise cuntanın yüzü daha da açığa çıktıkça, kendi paçalarını kurtarmak için böylesi boş sözlere ve açıklamalara başvuruyorlar. Çünkü artık bugün cuntanın burjuva partilerini de yasaklaması ile Bonn'daki Baylar, cuntanın "demokrasiye geriye dönüş" için adım attığına dair kamuoyunu aldatabilecek bir yalan bulamıyorlar. Çünkü cuntanın demokrasi için zerre kadar tahammülü olmadığı gibi, bugüne dek en küçük bir adımı dahi atmamıştır ve atmayacaktırda. O sadece faşist saldırlarını yasallaştırmak için çeşitli metodlara başvurmaktadır.

Alman Hükümeti bir taraftan burada her geçen gün emekçilerden "kemerlerini daha sıkmalarını" ister ve her türlü kazanılmış sosyal hakların kısıtlanmasına giderken, diğer taraftan da cuntanın ömrünü uzatmak ve Türkiye işçi sınıfı ve emekçi halkı üzerinde baskılarının devamını sağlamak için milyonlarca DM yardımda bulundu ve hala bulunmaktadır. Bugün bu yardımın devam ettirilmesi için kamuoyunu aldatabilecekleri yeni yalanlar peşindeler. İşte bunun için Genscher Türkiye'ye gitmektedir.

Bu nedenle anti-faşistler daha da uyanık davranmalı "Türkiye-Yardımı"nın derhal durdurulması için protestoları yükseltmelidirler. Federal Almanya'da sosyal hakların kısıtlanması yerine faşist cuntanın iktidarını sağlamlaştıran ve Türkiye halkı üzerindeki baskısının devamını sağlayan "Türkiye-Yardımı"nın durdurulması talep edilmelidir.

(„Wird die Türkeihilfe gespert?")

Liman işçileri için ücret artışı talebinin tespiti başladı

ÖTV Yönetimi sadece yüzde 6,5 talep etmek istiyor

HAMBURG/BREMEN. — ÖTV sendikasının M[...]kez Yönetim Kurulu liman işçilerinin ücret turlarında talep etmeleri için "tavsiye talebinde" bulundu. Buna göre sadece yüzde 6,5 ücret artışı talep edilebilinir!. Bu taleple sendika patronları fiyat artışlarının altında olan ilk adımlarını attılar.

Ekim ayının sonunda KPD'nin Bremen Liman işçileri gazetesi "Der Anstorm" ÖTV Merkez Yönetimi'nin bu işçi düşmanı talebini yoğun bir şekilde mahkum etti. En az yüzde 10 ücret artışı talebinin ileri sürülmesi gerektiğini belirten gazetenin özel sayısında şöyle yazılmaktadır:

"Gerçekten ÖTV Sendika Yöneticileri patronların ücretlerin artışının reddedilmesi çizgisine tamamen yakınlaşmaktalar. Sendikaların başındaki bu baylar bunun bizim için ne anlama geldiğini bilmiyorlar mı?

Sendika patronları olarak aldıkları aylıklarından dolayı bilmeyebilirler! Bu talebi ileri sürmekle ÖTV Yönetimi Liman işçilerinin çıkarlarına karşı hareket etmektedir.

Toplu sözleşme görüşmeleri, patronların ve sendikaların işçileri nasıl en iyi bir şekilde patronların işinin yürümesini sağlamlaştırması doğrultusunda ortaklaşa adım atmaları için yapılmıyor. (...) İşçi Arkadaşlar! Henüz görüşmeler yapılmadı. Eğer yüzde 10'nun üzerinde ücret artışı talebimizi tüm liman işletmelerinde savunulmasını sağlayabilir ve geçen seferki gibi Hamburg ile Bremen Liman İşçilerinin birbirlerine karşı kışkırtılmalarına ortam yaratılmaması için dikkat edersek, başarıya doğru ilk adım atılmış olur.(...)

Aynı şekilde Hamburg'ta da ÖTV Sendika patronlarının bu talepleri işçi arkadaşların yoğun protestoları ile karşılaştı. RGO'nun Hamburg liman işyeri grubu da bir bildiri çıkartarak, sert bir şekilde bu talebi protesto etti ve talep olarak "en az yüzde 10 ücret artışının ileri sürülmesinin" önemine değinmektedir.

Sendika patronlarının, kapitalistlerin ücretlerin dondurulması çizgisine doğru atılan bu adımları yoğun bir şekilde protesto edilmeli ve işçi arkadaşlar buna karşı seferber edilmelidir. Çünkü bugün fiyat artışlarının çeşitli eyaletlerde yüzde 7 üzerinde olması ve bu talebin altında bir ücret artışı talebinin ileri sürülmesi, işçi arkadaşların daha da sefaletin içerisine itilmesine hizmet etmektedir.

(„ÖTV-Führung will nur 6,5 Prozent fordern!")

KPD Merkez Komitesi'nin barış mücadelesine ilişkin tezleri

2. BÖLÜM

Uyanık olmak gereklidir!

Eğer burjuvazi ve onun revizyonist ajanları barış hareketini, emperyalist savaş kışkırtıcılarına ve onların işbirlikçilerine karşı sürdürülen devrimci mücadelelerden, kendisinden evvelki hareketlerde olduğu gibi alıkoymayı başarabilirlerse, bu mücadele yenik düşer. Bundan dolayı her komünistin görevi barış hareketini dar sınırlar içerisine alan veya onu yanlış, burjuvaziye hizmet edebilecek yöne kanalize eden tüm kavrayışları tezleri ve teorileri teşhir etmeli ve onlara karşı mücadele sürdürmelidir. Bu tezlerin başlıcaları şunlardır:



Bonn yürüyüşünde KPD'nin "NATO'dan çıkılması" talebi büyük yankı yaptı.

★ Sovyetler Birliği'nin barış yanlısı bir güç olduğu ve emperyalistlerin, özellikle de iki süper devletin; ABD ve Sovyetler Birliği'nin hammadde kaynakları, pazarları, nüfuz alanları ve dünya hakimiyetliği için sürdürdükleri çabalarından savaş tehlikesi olgusunun kaynaklandığı görüşünü tahrif eden ve bir dünya savaşını — şayet çıkacak olursa — Sovyetler Birliği açısından bir haklı savaş olarak [...] eden revizyonist tezleri kastediyoruz. Bu tezlerde aynı şekilde tüm anti-emperyalist güçlerin Sovyet Sosyalist Cumhuriyetler Birliği ile birlikte ABD emperyalizmine karşı ortak mücadele cephesinin oluşturulması talep edilmektedir. Ancak birincisi Sovyetler Birliği anti-emperyalist bir güç değildir. İkincisi ise bir emperyalist çetenin safında yer alarak diğerine karşı mücadele sürdürülemez.

★ Çinlilerin "Üç Dünya Teorileri" ile belirli sol çevreler üzerinde de etkinliği olan, ABD'nin barış yanlısı ve özgürlük sever bir güç olduğunu, onunla birlikte güya halkların baş düşmanı olarak gösterilen Sovyetler Birliği'ne karşı mücadele sürdürülmesini ileri süren burjuva propagandaları da kastediyoruz.

★ İki süper devlet arasında bir savaşın çıkması halinde yurtsavunmasına çağırabilmeye hizmet eden, Batı Alman emperyalizminin tehlikeli olmadığı veya Batı Alman emperyalizminin varlığının olmadığını ileri süren tezleri ve sanki esas savaş tehlikesine neden olan Batı Alman emperyalizmimiş gibi, onu baş tehlike olarak göstermeye çalışarak ve böylece ABD emperyalizminin ve Sovyet sosyal emperyalizmini tehlikesiz gösterebilmek için gerekçe olarak ileri sürülen görüşleri kastediyoruz.

★ "Gelecek savaşı ölüm kazanacaktır" şiarı altında bir atom savaşının korkunç imha gücüne işaret ederek, bir nükleer savaşın sınıfsal niteliğini, haklı ve haksız savaşlar arasındaki farklılığı inkâr etme çabalarına işaret etmek istiyoruz.

Savaş tehlikesi, sermaye birikiminin ulaştığı aşama dolayısıyla emperyalist güçlerin kâr edebilmek için zorunlu olarak saldırganlık ve savaş politikası izlemeleri nedeniyle çıkmıyormuş ve sanki şu veya bu tarafın mevcut silah gücünden çıkıyormuş gibi, silahların tehlikeli olduğunun üzerine basa basa vurgulanmasını, roket sayımının yapılmasını, askeri dengenin sağlanmasını ve karşı tarafı korkutmanın gerekliliği teorilerini kastediyoruz;

★ Kitleleri gerginliği giderme, silahlanmanın sınırlandırılması ve barış üzerine yapılan şirin sözlerle aldatan ve barışın korunması görevini emperyalist büyük ve süper devletlere, savaş kışkırtıcılarına teslim edip ve böylece kediye peynir tulumunu emanet eden ve DGB Yönetimi tarafından da savunulan sosyal demokratların emperyalist-pasifist sözlerini kastediyoruz;

★ Barış hareketinin şiddete başvurmasını reddeden pasifist tezlere işaret etmek istiyoruz. Devrimci eylemlerin propagandasını yapmayan bir barış mücadelesi, barış hareketinin cesaretini kırar ve onu burjuvazinin insancıllığına sevkeder. Çünkü ellerinde iktidarı bulunduran zorbacılara karşı şiddete başvurmaksızın sonuç olarak barış hareketi başarılı olamaz;

★ Daha bugünden genel olarak silahsızlanma, silahlardan arındırılmış, ordusuz ve savaşsız bir dünyanın yaratılmasını dile getiren şiarları savunanları kastediyoruz, ki bu talep ileri sürülürken, bu hedefe ancak ve ancak dünya çapında emperyalizmin ve kapitalizmin yıkılması ile ulaşılabileceği açıklanmamaktadır;

★ Ülke içerisindeki burjuvaziye, Batı Alman emperyalizmine karşı mücadeleyi engelleyebilmek ve bu nedenle Federal Hükümet'e barışın korunmasına ilişkin somut taleplerin yönetilmesini önlemek için, örneğin Batı'da ve Doğu'da silahsızlanma adımlarının atılmasını NATO ve Varşova Pakt vb. dağıtılmasını ileri süren şiarların ve taleplerin kullanılmasını kastediyoruz.

Tabii ki biz komünistler Doğu'da ve Batı'da silahsızlanmadan, saldırgan savaş blokları NATO ve Varşova Paktı'nın dağıtılmasından yanayız. Ancak bu talebin gerçekleştirilmesi bizim gücümüzü aşmaktadır. Çünkü bu talep diğer devletlere kadar uzanmakta ve yalnızca bütün ülkelerin proletaryasının ve emekçilerinin ortak mücadelesiyle gerçekleştirilebilinir. Burjuvazinin ve işbirlikçilerinin sürekli taktiklerinden biri de, silahsızlanma ve barış yönünde somut adımların atılmasından yan çizmek için, halkın mücadelesini alakasız "bombaya karşı" gibi pasifist yöne kanalize etmektir. Aynı şekilde mücadeleyi ek silahlanma sorunu ile sınırlayan çabalarda, barış hareketinin daha da yaygınlaşmasının önünde engel oluşturmaktadır. Bu nedenle parti, ek silahlanma kararının engellenmesi mücadelesi sınırlarının dışına çıkarak ve kitleleri barış planımızın aşağıda ileri sürülen ana noktalarının gerçekleştirilmesi için seferber etmeye çalışarak, barış hareketine yön ve hedef göstermelidir.

★ **Tüm yabancı birlikler Federal Almanya topraklarından çekilmelidir! "Ami defol!"**

★ **Silahlanma giderleri düşürülmeli, saldırı silahlarının yapımı durdurulmalı ve mevcut olanlar imha edilmelidir!**

★ **Federal Almanya NATO'dan çıkmalıdır!**

★ **Federal Almanya kendini tarafsız ilan etmelidir!**

Barış planının hedefleri

Partinin barış planının gerçekleştirilmesi mücadelesi özellikle şu hedeflere hizmet etmektedir:

1- Federal Almanya'nın tarafsızlaştırılması ile NATO ve Varşova Paktı arasında bir savaşın Orta Avrupa'da çıkmasını zorlaştırmak;

2- Federal Almanya'nın tarafsızlaştırılması ile Federal Almanya'nın Avrupa'da merkezi bir savaş alanı olmasını önlemek;

3- Barış planındaki taleplerin gerçekleştirilmesine bağlantılı olan Batı Alman emperyalizminin zayıflatılması mücadelesi ile, sosyalist devrimi hazırlamak için proletaryanın burjuvaziye karşı mücadele koşullarını iyileştirilmesi elde edilmiş olacaktır.

Böylece partinin barış planındaki en önemli taleplerin, tarafsızlaşma talebinin gerçekleştirilmesi mücadelesi, hiç bir şekilde sosyalizm yolunda bir ara aşama değil, sadece kısmi bir hedefi amaçladığı açıktır. Bununla şimdiki ABD'ye tabii Federal Hükümet'in en azından Stalin'in dediği gibi; "belirli bir savaşı önlemek, onu geçici bir süre ertelemek için ve mevcut barışın geçici bir süre korunma- (..) hazır olan" bir başka hükümet ile değiştirmek olacaktır. Bununla en azından tarafsızlık politikası ile geçici bir süre için Federal Almanya'da barışın korunmasını teminat altına alabilmeye hazır olan bir hükümeti kastediyoruz.

Tarafsızlık ve sosyalizm

Tarafsızlaşma talebini ileri sürmekle, böylece Federal Almanya'nın Amerikan süper devletinin saldırgan politikası ile bağını çözmeksizin kendisini iki süper devletin çarpışma stratejisinin ve onların dünya hakimiyetliliği mücadelesinin dışında tutmasını talep ediyoruz. Fakat bunu ileri sürmekle hiç bir şekilde tarafsız bir Almanya'nın artık emperyalist bir devlet olmadığı hayali ile bağ kurmuyoruz. Tam tersine — tarafsız olsa dahi — gene emperyalist dünya burjuvazisine çok yönlü bir şekilde bağlı olacak ve gene kendi saldırgan emperyalist çıkarlarını ve hedeflerini izleyecektir. Bu nedenle tarafsızlaşma talebinin mutlaka silahlanma giderlerinin azaltılması, saldırı silahlarının yapımının durdurulmasını ve mevcut olanların imha edilmesini, Federal Almanya topraklarından, tüm nükleer, kimyevi, biyolojik ve diğer kitlesel imha silahlarının uzaklaştırılması vb. gibi Batı Alman emperyalizminin zayıflatılması anlamını taşıyan taleplerle birleştirilmesi gerekmektedir.

Tarafsız bir Federal Almanya'nın bile — eğer saldırıya uğrar veya uğramasa dahi — iki süper devlet arasında çıkabilecek bir savaşa katılacağı tehlikesi sürekli mevcuttur. Fakat biz komünistler için sorun şu değildir: Saldırgan kim, "düşman" kimin ülkesinde bulunmaktadır. Bizim için sorunu savaşı hangi sınıf sürdürüyor ve onunla hangi politikanın devam ettirilmesi isteniliyor oluşturmaktadır. Bu sorun ise bizim için açıktır. Emperyalist devletlerin politikasını, dünyanın yeniden paylaşılması mücadelesi oluşturmaktadır. Böylesi bir savaş ise bizim savaşımız değildir. Bu nedenle partimizin; "emperyalist savaşa karşı savaş" şiarı geçerlidir.

Biz komünistler barışın korunması için samimice mücadele ediyoruz. Biz sosyalizmi, yakıp yıkılmış Almanya'nın enkazının üzerinde inşaa etmek istemiyoruz. Bu nedenle birleşik bağımsız bir Almanya için sürdürdüğümüz mücadele, bölünmez bir şekilde barışın korunması mücadelesi ile bağlantılıdır. Şüphesiz bu mücadelede fedekarlık gerekmektedir. Batı Alman emperyalizmi mücadelesiz mevzilerini terketmeyecek veya kendisinin zayıflatılmasını bile kabullenmeyecektir. Eğer kendimizin ve çocuklarımızın hayatını garantilemek ve kapitalizmin kaçınılmaz çöküşünün sonucu geride atom silahları ile tahrip edilmiş bir dünyanın kalmasını engellemek istiyorsak, bu her göstereceğimiz her türlü fedekârlıklara değecektir.

(Ara başlıklar Yazı Kurulu'na aittir)

(„Thesen des ZK der KPD Zum Friedenskampf")

Yabancı düşmanlığına karşı mücadele yükseltilmelidir!

Geçen sayımızda yabancı düşmanlığının vardığı boyutları ortaya koymuş ve buna karşı mücadele etmenin gerekliliğine işaret etmiştik. Yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin özellikle en küçük birimden başlayarak, yani oturduğumuz semtlerden başlayarak yaygınlaştırılmasının önemine değinmiştik. Bu mücadelenin ayrıca fabrikalarda da yoğun bir şekilde sürdürülmesinin gerekliliğini vurgulamıştık. Çünkü daha bugünden bile Alman hakim sınıfları yabancıların "Almanların işyerlerini ellerinden aldıklarını söylemekte, işsizliğin sorumluları" olarak göstermektedirler.

İşte bu nedenle daha bu günden yabancı düşmanlığına karşı çeşitli bölge ve alanlarda insiyatifler kurulmalı ve mücadele yoğunlaştırılmalıdır. Bu insiyatiflerin oluşturulması için özellikle ilerici, devrimci ve anti-faşistler yoğun bir çaba harcamalıdırlar. Bu insiyatiflerin kuruluşuna özellikle Alman anti-faşist, ilerici ve devrimcileri seferber edilmelidir. Ancak yabancı düşmanlığına karşı kurulacak insiyatifler sadece Alman, yabancı, özellikle de Türkiyeli ilerici, anti-faşistleri ile de sınırlı tutulmamalıdır. Yabancı düşmanlığına karşı ne kadar yaygın bir faaliyet sürdürülebilir ve en geniş yığınları seferber edebilirsek, o kadar da bu mücadele başarılı olur. Yabancı düşmanlığına karşı mücadele sendikalar içerisinde de yoğun bir şekilde sürdürülmelidir. Çünkü bugün sıradan işçi arkadaşlarımız da Alman hakim sınıflarının teşvik ettiği propagandadan etkilenebiliyorlar. Bu mücadeleye kilise yanlılarından tut, yabancı düşmanlığına karşı olan herkes çekilmelidir.

Bu doğrultuda uzun zandan beri Hannover-Linden çevresinde yabancı düşmanlığına karşı kurulmuş olan bir insiyatif faaliyet sürdürmektedir. Bu insiyatif faaliyetini daha önce Linden ve çevresinde olan faşistlerin yabancılara karşı saldırılarını teşhir etmekle sınırlamıştı. Son dönemlerde yabancılara karşı düşmanlık daha körüklenince ve saldırılar artınca insiyatif faaliyetlerini genişletti. Çeşitli Alman ve Türkiyeli anti-faşistlerinin, ilercilerinin yer aldığı bu insiyatif çıkardığı broşüründe bir taraftan yabancı düşmanlığının nedenlerini ortaya koymakta ve yabancı düşmanlığında ileri sürülen "yabancıların Almanları işyerlerini ellerinden aldığı" vb. noktaları somut örneklerle çürütmektedir. Diğer yandan broşürde insiyatifin hedefi olarak şunlar belirtilmektedir: "Hedefimiz Neo-Nazilerin ve yabancı düşmanlığı faaliyetlerini Linden ve çevresinde kamuoyuna açıklamak ve buna karşı çıkmaktır.'' İnsiyatif şimdiye kadar yöresel gazetelere yazılar göndermesinin yanı sıra, yabancı düşmanlığını teşhir eden çeşitli enfermasyon masaları açtı.

Diğer yandan geçen yazımızda yabancılara karşı düşmanlığın sadece faşist partilerle sınırlı kalmadığını yazmıştık. Ve bunun boyutlarının hükümet partilerine ve eyalet yönetimlerine kadar vardığını açıklamıştık. İşte bu doğrultuda geçen Cumartesi günü saat 10'da Stuttgart'ta Marienplatz'dan başlayarak Schlossplatz'a kadar devam eden bir yürüyüş yapıldı. Yürüyüş; gazetemizin evvelki sayılarında yayınladığımız Baden Württemberg Eyaleti'nin yabancılara yönelik saldırılarına karşı düzenlendi. Yürüyüşe çeşitli Türkiyeli yurtsever, devrimci örgütlerin yanı sıra DİDF ve benzeri demokratık ışçı dernekleri çağrı yapmıştılar. Yürüyüşe 1000'in üzerinde kitle katılarak Baden Württemberg Eyaleti'nin yabancılara yönelik kararlarını protesto ettiler.

DÜZELTME

Geçen sayımızda üçüncü sayfada dizgi hataları yapılmıştır.
Doğrusu şöyle: 1. sütun 1. paragraf: ...yuvarlak olarak **bir bilyon DM çarcur etmektedirler.**
3. sütun 2. noktada; ... şiarı altında mücadeleye **çekilmelidir.** Gene aynı paragrafta alt satırda; mücadele **yenik düşmeye mahkumdur.**
3. sütun 4. paragrafta; ... bundan dolayı **Rusyalı, Polonyalı, Amerikan ve Fransalı sınıf kardeşlerinin kendi ülkelerinin hakim sınıflarından daha çok kendilerine yakın olduğunu açıklamalıyız.**
4. sütun 2. paragrafın alt satırında; ... düşmanlık körüklenmesi, propaganda yapılması **yasak olmasına ve** Hessen Eyaleti...
2. sayfada sendikalar başlıklı yazıda; ... 2. sütun 2. paragrafın alt satırında patronlar ... kazanılmış sosyal hakların kaldırılmasını **istemektedirler.** Düzeltir özür dileriz.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.**